Antifa-Nachrichten-Doku
#17 - Sommer '96
A 13803 - 3,50 DM



Liebe antifaschistische LeserInnenschaft,
hier ist sie nun unsere siebzehnte Ausgabe der WGA und „mit 17 hat man noch Träume“...! Wie im Titelbild schon angedeut hatte die Redaktion neben ihrer journalistischen Tätigkeit jede Menge um die Ohren: 1. Mai in Berlin-Marzahn, später eine angemeldete Nazi-Demo die nicht stattfand, dann eine kleine Stippviste beim JN-Kongreß in Leipzig und sich nebenbei noch gegen den Sozialabbau wehren. Doch wie sagen wir so großkotzig: Abhacken statt abkacken, immerhin der Versuch der Berliner Nationalen vor dem Berliner Amtsgericht zu demonstrieren scheiterte - genauso ging der Versuch der Republikaner am 16. Juni in Berlin zu marschieren in die Hose. Die etwa 200 (abzüglich Zivilpolizisten und Antifas) bundesweit angereisten REPs sahen sich 900 AntifaschistInnen gegenüber und konnten von Glück reden, daß sie sich nach einer Kundgebung unter massiven Polizeischutz mehr oder auch weniger ungeschoren wieder aus den Staub machen konnten. Ansonsten freuen wir uns nach wie vor über Berichte die uns zugesandt werden - Von nichts kommt nichts!

Eure Redax

Folgende **Quellen** *haben wir für diese Ausgabe benutzt:*

AA/SB = Autonome Antifa Saarbrücken
AN = Antifaschistische Nachrichten
Antifa HaQu = Halberstadt/Quedlinburg
Asta Essen
AZ = Amberger Zeitung
BAT = Bundesweites Antifatreffen
BB = Berliner Berichte
BeZe = Berliner Zeitung
blickpunkt
bnr = blick nach rechts
BZ = Berliner (Springer-) Zeitung
DESG
DGvE = Die Glocke von Ettersberg
DibN Drahtzieher im braunen Netz
DNZ = Deutsche Nationalzeitung
DZ = Deutsche Zukunft
EV = Europa Vorn
Focus
GARFIELD
HAb = Hamburger Abendblatt
Halt
Infoblatt = Antifa Infoblatt
Interim
JF = Junge Freiheit
JRE = Jugend gegen Rassismus
Junges Franken
JW = Junge Welt
ND = Neues Deutschland
NE = Nation & Europa
NIT = Nationales Infotelefon
RAG = Rundbrief antirassist. Gruppen
REP
Sabotage
Sleipnir
Spiegel
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
UZ = Unsere Zeit
Welt
WGA = Eigener Bericht









Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #17

Erscheinungsdatum:
15. Juni '96
3. Jahrgang

Herausgeber:
A-Point e.V.

Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin

Verantwortlich iSdP:
Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel: Kai Mara
Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdPder Quelle verantwortlich

Sammelanschrift für alle:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: zur Zeit nicht

Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

So funxioniert diese Zeitung:

Die *Was geht ab?* ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International**, **Buchbesprechung**, **Neuerscheinungen** sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Inhalt:

LÖFFEL DES MONATS

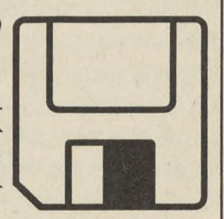
Arme BGS'ler...

»Bundesgrenzschützer an den deutsch-polnischen Grenzübergängen klagen angesichts der Abgaswolken über Übelkeit und Kopfschmerzen. Manche Polizisten stehen bis zu zehn Stunden in den Abgaswolken. Krankheiten sind keine Seltenheit mehr. "Wahrscheinlich hat man beim Innenministerium noch nicht gemerkt, daß die Straßenübergänge vor allem von ausländischen Autos ohne Katalysator benutzt werden." beklagt sich die "Gewerkschaft der Polizei" und fordert deshalb Luftmessungen durch die Bundesregierung.«

Quelle: Berliner Zeitung vom 7.5.96

Unser Tip: Entweder die Menschenjagd sein lassen oder aber erhobenen Hauptes seine Gesundheit dafür opfern, daß ja niemand "illegal" in unser Land kommt...

Was geht ab? Der gesamte Index als F&A-Datei



Man kann ein Stichwort (z.B. Name, Organisation, Ort) eintippen und erhält die Angaben: WGA-Ausgabe, Seite, Überschrift des Artikels sowie alle zusätzlichen Stichworte zum betreffenden Artikel. Die Datei wird auf einer 3½"-Diskette verschickt. Derzeit sind 2.220 Nachrichten verarbeitet. Allerdings wird die Datei ständig aktualisiert und bei einer Bestellung erhält man immer die aktuellste Version (also inkl. der jeweils zuletzt erschienenen Nummer). Es ist also auch die vorliegende Ausgabe enthalten. Updates kosten 5 DM.

Die Diskette kann (für AbonnentInnen) **für 10 DM** inkl. Versand bei uns bestellt werden! Für Nicht-AbonnentInnen kostet sie 15 DM.

Achtung: Zur Nutzung der Datei muß das Programm **F&A** installiert sein! Andere Möglichkeiten haben wir nicht

Aufmarsch der »Jungen Nationaldemokraten« am 1. Mai in Berlin

WGA, AZ, Infoblatt - Wie bereits in der vorigen WGA berichtet, konnten die ***Jungen Nationaldemokraten*** am 1. Mai '96 eine mehrstündige bundesweite Demonstration in Berlin abhalten. Hier nun weitere Informationen dazu: Für viele AntifaschistInnen kam der Nazi-Aufmarsch in Marzahn überraschend. Eine Gegenmobilisierung zur Verhinderung konnte nicht zustande gebracht werden. Dies liegt auch daran, daß in der eigenen „Szene" die Befassung und Auseinandersetzung mit Nazi-Strukturen mindestens in den letzten zwei Jahren vernachlässigt wurde und wird. Blickt mensch auf den 1. Mai der letzten Jahre zurück, so waren sie bis '94 immer geprägt mit Auseinandersetzungen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche. Organisator war die nun verbotene ***Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)***. Dabei ist jetzt festzustellen, das die FAP bei weitem nicht so viele Nazis mobilisieren konnte (maximal 120) wie es dieses Jahr den bundesweiten Jungen Nationaldemokraten (JN), den ***Nationalen*** und diversen Kameradschaften mit ca. 250 Faschisten gelang. Dabei handelt es sich immer um eine verdeckte Mobilisierung einer direkten und eingebundenen Anhängerschaft. Für den 1. Mai hatte die JN bereits einige Wochen im Voraus zu einem einem Aufmarsch unter dem Motto *„Sozialabbau stoppen - Massenarbeitslosigkeit bekämpfen"* mobilisiert. Über die ***Nationalen Infotelefone (NIT)*** wurde schon lange im Vorfeld bundesweit für diese Veranstaltung mobilisiert. Ursprünglich sollte er in Nürnberg vor der Bundesanstalt für Arbeit stattfinden, wurde dort jedoch vom bayerischen Innenminister **Günther Beckstein** (CSU) verboten. Ersatzveranstaltungen waren unter anderem in Coburg und Berlin angemeldet. Der Berliner Innensenator und ex-General **Jörg Schönbohm** (CDU) hatte anscheinend weniger Probleme, die Nazis marschieren zu lassen, und so fand der Aufmarsch schließlich im Berliner Plattenbaubezirk Marzahn statt. Das Konzept wurde vom Nationalen Infotelefon auf den Punkt gebracht *„Wir Nationalisten dürfen diesen Tag nicht den marxistischen Klassenkampfparolen überlassen, sondern müssen dagegen die solidarische Volksgemeinschaft stellen"*. Was die Nazis unter „Volksgemeinschaft" verstehen, wurde beim Aufmarsch deutlich: auf Befehl - zack, zack - in Reih und Glied und zwar auf exakt 4 Personen pro Reihe, Zigaretten aus - Bier weg und losmarschiert. Dazu aus einem Trabbi noch ein altes SA-Lied. Die Ordner wachten darüber, daß niemand (wie z.B. Wendt) aus der Reihe tanzte, Kasernendisziplin war angesagt. Nachdem sich die Nazis in Hellersdorf gesammelt hatten, fuhren sie geschlossen nach Marzahn. Dort sahen sich die 50 anwesenden Antifas bzw. GewerkschafterInnen dann einem Haufen von 250 Faschisten gegenüber, der ca. zur Hälfte aus organisierten Nazis und Kadern, die zum Teil bundesweit angereist waren (**Steffen Hupka, Michael Dräger, Sofia Boche, Andrew Stelter, Jan Gallasch** etc.), und zur Hälfte aus Berliner Boneheads und anderen Erscheinungen faschistischer Subkultur bestand. Neben den scharfen Ordneranweisungen waren während des Aufmarsches durch das triste Neubaughetto so geistreiche Parolen wie *„Gegen Staat und Kapital, unser Kampf ist national"* und *„Antifa ha ha ha"* zu hören. Bei dem Aufmarsch wurde keine plumpe NS-Propaganda verbreitet, sondern in Parolen auch fleißig bei Linken abgekupfert, z.B. *„Hoch die nationale Solidarität"*. Auf der Abschlußkundgebung redeten neben den JN-Funktionären **Holger Apfel, Andreas Storr** und **André Goertz** auch der Leitende Redakteur der ***Berlin-Brandenburger Zeitung*** und Kader der Nationalen, **Christian Wendt**, und der Betreiber des ***REP-Infotelefons*, Nicolas Wernicke** (siehe WGA # 8, 11, 16), der auch Mitglied in der Berliner ***Kameradschaft Nord Beusselkiez*** ist. Selbige hatte neben den Nationalen, den Kameradschaften Treptow und Marzahn und den Hauptorganisatoren, der JN, zu dem Aufmarsch



aufgerufen. Angemeldet wurde das ganze von Andreas Storr mit dem juristischen Beistand von **Wolfgang Nahrath**, dem ehemaligen Bundesführer der verbotenen ***Wiking Jugend (WJ)***. Exemplarisch zeigte sich hier die neue Funktion der JN: Neben dem traditionellen JN-Klientel und dem subkulturellen Umfeld waren viele Kader inzwischen verbotener Organisationen anwesend und übernahmen auch Ordneraufgaben. Kader wie André Goertz (ehemals FAP) und **Jens Pühse** (ehemals NF) versehen heute leitende Aufgaben bei den Jungen Nationaldemokraten, die das wichtigste Auffangbecken für Kader verbotener Naziorganisationen darstellen, bzw. machen ihre Arbeit unter dem Label der JN weiter. Die Szene ist zusammengerückt und die JN feierte mit dem Aufmarsch ihren Einstand als bundesweite Propaganda- und Öffentlichkeitsorganisation. Eher peinlich war die antifaschistische Mobilisierung zu dem Naziaufmarsch, der stattfand, während 15.000 Menschen etwa zehn Kilometer entfernt auf der „Revolutionären 1. Mai Demonstration" waren. Zu verdanken ist dies u.a. dem Marzahner Bürgermeister **Harald Buttler** (PDS), der den angemeldeten Aufmarsch geheimhielt, um ein Zusammentreffen der „Rechten" mit „Chaoten" zu verhindern (siehe Berlin-Teil). Einziges Trostpflaster war, daß ein Auto der JN von Antifaschisten angegriffen wurde. Zu kurzen Auseinandersetzungen kam es am Bahnhof Friedrichsfelde. ◆

Lauck-Prozeß

AN 11/96 - Am 9. Mai '96 begann in Hamburg der Prozeß gegen den US-Nazi **Gary Lauck** von der ***NSDAP/AO*** (siehe WGA #16). Die Pressebilder waren geprägt vom Auftreten von AntifaschistInnen, die sich vor'm und im Gerichtssaal einfanden. Den Neonazis gelang keine größere Mobilisierung, obwohl über die „Nationalen Infotelefone", das „Thule-Netz" und verschiedene Nazizeitungen zur Unterstützung aufgerufen wurde. Eigentlich war ein Aufmarschversuch der Faschisten zur Unterstützung ihres Kameraden erwartet worden, deshalb wurde vorher eine Antifa-Demonstration von der Feldstraße zum Gerichtsgebäude organisiert, an der sich dann über hundert Menschen beteiligten. Auf dem Sievekingplatz waren dann jedoch nur vier junge, eingeschüchterte Lauck-Anhänger, sowie ein riesiges Presseaufgebot. Während ein Teil der Antifas den Prozeß beobachtete, blieben die anderen vor dem Gericht und hielten dort eine Kundgebung ab. Da sich nichts weiter tat, wurde diese Kundgebung gegen zehn Uhr beendet, kurz danach tauchten dann aber etwa 30 Neonazis im Gericht auf. Sie kamen wahrscheinlich von einer Kurzkundgebung vor dem Knast Fuhlsbüttel zugunsten ihres dort einsitzenden Gesinnungsgenossen **Christian Worch**. Unter diesen Nazis waren verhältnismäßig wenig Hamburger, dafür aber welche aus Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien. Die bekannteste Gestalt war **Roy Armstrong-Godenau**. Der in Nordhessen lebende US-Amerikaner ist ein Bindeglied zwischen verschiedenen Spektren der braunen Szenerie, vor allen zwischen dem GdNF-, FAP- und DL-Struktur. In der Mittagspause verschwanden die Faschisten ziemlich plötzlich und tauchten auch am nächsten Tag nicht wieder auf. Für Lauck muß dies ein ziemlich entmutigendes Bild sein. Am ersten Prozeßtag wurde die 40seitige Anklageschrift verlesen. Lauck wurden 38 Einzelstraftaten zur Last gelegt, hauptsächlich aus den Bereichen Volksverhetzung und Verbreitung von Schriften einer verbotenen Organisation. Ein Antrag von Laucks Wahlverteidiger **Hans-Otto Sieg** aus Frankfurt/Main, das Verfahren aufgrund von Fehlern beim Auslieferungsverfahren aus Dänemark einzustellen, wurde zurückgestellt und soll zum Prozeßende gewertet werden. Der zweite Prozeßtag brachte lediglich die Verlesung von Tagebüchern, die Lauck während seiner Haftzeit verfaßte - Anlaß für die Presse, ihn als nicht ernstzunehmenden Spinner darzustellen. Es ist den Antifas nicht gelungen, Lauck in der Öffentlichkeit (also vor allem gegenüber den Medien) stattdessen als einen Teil einer internationalen NS-Struktur darzustellen, der weder ein Spinner noch ein alleiniger Führer ist. Die hinter ihm stehende Organisierung der Faschisten wurde bisher in der Presse meist nicht zur Kenntnis genommen. Der jetzige Prozeß gegen Lauck ist bis Anfang August terminiert. ◆

Antisemitische Straftaten

AN 10/96 - Während die rechtsextremen Straftaten - wenn auch auf hohem Niveau - stagnieren, steigen die antisemitischen Straftaten weiter dramatisch an. 210 antisemitische Straftaten sind dem Bundeskriminalamt für das erste Quartal 1996 gemeldet worden, darunter drei Körperverletzungen, vier Fälle der Störung der Totenruhe, 18 Sachbeschädigungen und 185 „sonstige" Verfahren (hierbei handelt es sich im wesentlichen um Volksverhetzung). In diesen nackten Zahlen kommen die Überlegungen neofaschistischer Kreise zum Ausdruck, daß antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung weit verbreitet sind und daß man diese Stimmungen gezielt ansprechen will. Bei den vorgelegten Zahlen muß man natürlich davon ausgehen, daß die Dunkelziffer noch viel höher liegt. ◆

»Deutsche Liga« keine Partei mehr

AN 9/96 - Laut Durchsage des Europa-Vorn-Infotelefons hat der Parteivorstand der ***Deutschen Liga*** am 14. April '96 beschlossen, daß auf dem nächsten Bundesparteitag die Partei in einen Verein umgewandelt wird. Das bedeutet, die Deutsche Liga werde nicht mehr an Wahlen teilnehmen und wird auch nicht, wie sie es noch als Partei getan hat, in irgendeiner Weise in Konkurrenz zu Republikanern, NPD oder der DVU auftreten. Ebenfalls am 14. April fand laut dieser Durchsage in Ludwigshafen ein weiterer Runder Tisch statt, den rund 200 Rechtsextremisten besucht haben sollen, unter anderem der stellvertretende Landesvorsitzende der ***Republikaner*** im Saarland. ◆

Treffen von Alt- und Neonazis

JW 3.5.96 - Mit einem „geselligen Beisammensein" sollte am 2. Mai '96 im ***Düshorner Hof*** in Walsrode das Europa-Treffen der ***Kameradenwerks Korps Steiner*** von ehemaligen Angehörigen der ***SS*** beginnen. Nachdem Proteste dagegen laut wurden, kündigte jedoch der Wirt dem Koordinator **Eduard Janke** die Räume. Zum wiederholten Male hatten die SS-Veteranen des „III. Germanischen Panzerkorps" der Waffen-SS junge Neonazis aus mehreren europäischen Ländern geladen und warben unter anderem in der Zeitschrift der ***HIAG*** dafür. Diese Organisation kümmert sich ebenfalls um ehemalige SS'ler. Die Kampfverbände des SS-Generals **Felix Steiner** fielen von Jugoslawien aus über Osteuropa her und und wurden als die „letzten Verteidiger Berlins" bekannt. Nach 1945 bauten sie in Spanien, Schweden, der Schweiz und Lateinamerika eine Untergrundorganisation auf, die zahlreiche Kriegsverbrecher und SS-Leute befreite. Als offizielle Organisation gründeten sie die HIAG und bauten mit alten Nazi-Geldern ein internationales Netz auf. Die Mitglieder sind weltweit verstreut und agieren im Sinne des SS-Europa-Gedankens. Das „Kameradenwerk", dem SS-Angehörige aus europäischen Ländern angehören, führt diese Tradition weiter und vermittelt sie seit Jahren an „jüngere Kameraden". Gegenüber der Presse behauptete Janke, die Tagung sei abgesagt worden. Hiervor gehen aber die OrganisatorInnen des Protestes nicht aus: Zum einen gebe es genügend Ausweichmöglichkeiten, außerdem seien die SS-Veteranen darin geübt, solche Situationen zu handhaben. ◆

Keine Einreise für Christophersen

JW 28.5.96 - Der in Deutschland per Haftbefehl gesuchte deutsche Alt-Nazi **Thies Christophersen** hat keine Sondererlaubnis zur Einreise in die Bundesrepublik erhalten. Der 78jährige hatte um einen „Passierschein" gebeten, um zur Beerdigung seines Sohnes in einem Dorf nahe Flensburg teilnehmen zu können. Die Staatsanwaltschaft von Flensburg hatte dies unter Hinweis auf zwei Haftbefehle gegen ihn abgelehnt. Christophersen verbreitet seit Jahrzehnten faschistische Propaganda, unter anderem mit der Lüge, in Auschwitz seien keine Juden vergast worden. ◆

Pfingsttreffen der Sudetendeutschen

Tsp 28.5.96 - Auch beim diesjährigen Pfingsttreffen der ***Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL)*** in Nürnberg empfahl sich wieder die ***CSU*** als Interessenvertreter der als besonders revisionistisch geltenden Vertriebenen-Organisation. Die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten **Edmund Stoiber** wurde mit Ovationen bedacht. So bot er sich als „Begleiter und Moderator" bei den Verhandlungen der Bundesregierung mit der Tschechischen Republik an. Selbstverständlich tritt er vehement für die Forderungen der Landsmannschaft ein, die als Verhandlungspartner von Prag hinzugezogen werden will. Was er bei den Verhandlungen um eine gemeinsame Versöhnungserklärung beider Staaten von Kohl und Kinkel hält, machte Stoiber mit klaren Worten deutlich: „Wenn jemand denkt, er könne so Politik machen, wird er gewaltig auf die Schnauze fallen". Wie auch der SL-Vorsitzende **Franz Neubauer** vertrat Stoiber die „vier Eckpunkte" der Sudetendeutschen: Dialog der tschechischen Seite mit der Landsmannschaft, ein Eingeständnis Prags, daß „die Vertreibung von Anfang bis Ende Unrecht war und ist", vor dem EU-Beitritt von Tschechien ein Bekenntnis zum Heimatrecht mit der Möglichkeit zur Rückkehr der Sudetendeutschen „unter rechtstaatlichen Bedingungen" sowie eine Aufhebung der Dekrete des Nachkriegsministerpräsidenten **Eduard Benesch**, in denen die Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen als rechtmäßig bezeichnet werden. ◆

Rassismus in der Wirtschaft

JW 25.5.96 - Deutsche Unternehmen wollen nach außen nicht von AusländerInnen repräsentiert werden. Benachteiligungen schon bei den Bewerbungen sind alltäglich. Das bestätigt eine jetzt veröffentlichte Studie des Essener ***Zentrums für Türkeistudien***. Neben verschiedenen internationalen Organisationen fordert auch der ***DGB*** schon seit längerem ein Anti-Diskriminierungsgesetz. Die Bundesregierung lehnt dies aber ab, obwohl sie die Begründung nicht bestreitet. In der Studie, die im Auftrag des ***International Labour Office (ILO)*** der Vereinten Nationen in Genf in mehreren europäischen Staaten, den USA und Kanada durchgeführt wurde, ermittelten die Forscher für Deutschland eine Diskriminierungsquote von 19 Prozent. Das Zentrum verschickte 4.000 Bewerbungen jeweils zur Hälfte von Deutschen und Türken, die gleichwertige Zeugnisse und Lebensläufe vorweisen konnten und die deutsche Sprache gleich gut beherrschten. Als Diskriminierung wurde erfaßt, wenn etwa dem türkischen Bewerber gesagt wurde, die Stelle sei schon besetzt, während der Deutsche zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wurde. Bei Bewerbungen als Bankkaufmann stellten die Forscher eine Diskriminierungsrate von 52,6% fest. Bei Tätigkeiten im Außendienst belief sie sich auf 40,9%. Im Baugewerbe sowie in der Gastronomie lag die Benachteiligung mit 7,7 bzw. 5,6 Prozent am niedrigsten. „Im Durchschnitt wird einer von drei Ausländern bei der Bewerbung diskriminiert", sagt **Rogers Zegers de Beijl**, Projektleiter des Genfer ILO. Was Deutsche von den anderen Teststaaten unterscheide, sei die mangelnde Unterstützung für die Studie, sagt Zegers de Beijl. Gelder seien nur vom Berliner Senat und der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gekommen. Die Bundesregierung habe nicht einmal zu den Ergebnissen der Studie Stellung bezogen. Zahlen über ausländische Beschäftigte in den einzelnen Branchen sind weder bei Gewerkschaften noch bei den Arbeitsgebern zu erhalten. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit aber betrug die Quote der arbeitslosen AusländerInnen in Westdeutschland Ende April 19,1 Prozent; die Quote aller Arbeitslosen lag im selben Bereich dagegen bei 10,1%. Bei den in Westdeutschland lebenden TürkInnen belief sie sich auf 22,7%. Wie das ILO fordert nun auch das Zentrum für Türkeistudien ein deutsches Anti-Diskriminierungsgesetz: „Das wäre ein politisches Signal, daß man sich auf die Seite der Diskriminierten stellt", sagt Geschäftsführer **Goldmann**. Der DGB forderte ein solches Gesetz bereits 1993. Das Grundgesetz verbiete zwar die Benachteiligung von Personen aufgrund ihrer Herkunft, doch sei dies „im Bewußtsein der Menschen bis heute nicht verankert", hieß es in einem Beschluß des Bundesvorstands. Deshalb müsse das Verbot „orientiert an tatsächlichen Benachteiligungen, insbesondere beim Zugang zum Arbeitsmarkt" ausformuliert werden. Die Bundesregierung lehnt das Gesetz ab und findet, daß das Bewußtsein verändert werden müsse: „Es ist sicher, daß es Diskriminierung gibt", sagt **Helmut Heyden**, der im Arbeitsministerium für Ausländerpolitik zuständig ist. Im Handwerk etwa sei bekannt, daß Arbeitgeber für den Kundendienst ungern AusländerInnen einstellten. Goldmann bestätigt das gerade für kleine Betriebe: Der Chef sagt dann: „Ich hab' ja nix gegen Türken, aber wenn der zur Oma hoch muß und den Fernseher reparieren, dann hat die Angst. Und das kann ich mir einfach nicht leisten". ◆

Antisemitisches Handbuch

AN 8/96, 9/96 - Im ***FZ-Verlag*** des DVU-Vorsitzenden **Gerhard Frey** ist soeben ein Handbuch mit dem Titel „Wer ist wer im Judentum?" erschienen. Wenn ausgerechnet dieser Verlag ein „Lexikon der jüdischen Prominenz" herausgibt, dann bedeutet das nichts Gutes. Schon in der Vergangenheit gab es verschiedene Veröffentlichungen des Verlags, in denen Prominente „ohne Maske" diffamiert wurden. Aufgrund der Veröffentlichung stellte die ***PDS*** im Bundestag eine Kleine Anfrage, ob verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse zu Autor und Buch vorliegen, ob das Buch auf strafrechtliche Tatbestände hin überprüft worden sei und ob ein Indizierungsverfahren eingeleitet worden sei. Die Antwort der Bundesregierung ist wie immer dürftig: Der Autor **David Dorn** ist nicht bekannt, möglicherweise ein Pseudonym? Aufgrund der fehlenden strafrechtlich relevanten Inhalte ist auch kein Indizierungsverfahren eingeleitet worden. ◆

Presse-Netz der Faschisten

bnr - Im bundesdeutschen ***Thule-Netz*** wird verstärkt über den Aufbau eines rechtsextremistischen Presse-Netzes diskutiert. Die „nationale Opposition" wird aufgefordert, „eigene Nachrichtenträger aufzubauen und somit neue Kommunikationswege zu eröffnen". Der „printmedialen Gegenöffentlichkeit" gehören bisher an: ***Berlin-Brandenburger Zeitung / BBZ*** (**Christian Wendt**, Berlin), ***Junges Franken*** (**Klaus Beier**, Miltenberg), ***Neue Thüringer Zeitung / NTZ*** (**Tino Brandt**, Rudolstadt), ***Mitteldeutsche Rundschau / MR*** (**Udo Hempel**, Weißwasser; **Carola Bauer**, Zahna) sowie die ***Westdeutsche Volkszeitung / WVZ*** (**Rüdiger Kahsner**, Hagen). Die bereits einmal erschienene ***Süddeutsche Allgemeine Zeitung / SAZ*** ist aus internen Gründen „vorerst auf Eis gelegt worden", soll jedoch fortgeführt werden. Auch an einer eigenen Ausgabe für den badischen Teil wird bereits gearbeitet. ◆

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #18 ist der
10. August '96

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin

Neues Verfahren gegen Oberländer

JW 29.4.96, Spiegel - Die Kölner Staatsanwaltschaft hat wegen Verdacht des vielfachen Mordes wärend des Zweiten Weltkriegs, erneut Ermittlungen gegen den früheren Bundesminister **Theodor Oberländer** aufgenommen. Gegen den ehemaligen Wehrmachtsoffizier, der von 1953 bis 1960 dem Bundeskabinett als Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte angehörte, war 1960 ein erstes Ermittlungsverfahren wegen „fehlenden Tatverdachts" eingestellt worden. In der DDR dagegen wurde er 1960 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Dieses Urteil wurde aber 1993 vom Landgericht Berlin auf Antrag Oberländers als „rechtsstaatwidrig" erklärt. Das neue Verfahren

stützt sich nun auf Vernehmungsprotokolle der Stasi. Oberländer wird vorgeworfen, zwischen Sommer 1941 und Spätherbst 1942 als Offizier der Spezialeinheiten der ***Wehrmacht*** „Nachtigall" und „Bergmann" in der Sowjetunion völkerrechtswidrige Bluttaten begangen und Gefangene eigenhändig getötet zu haben. ◆

Nazikader im Auftrag des Verfassungsschutzes

Taz 13.5.96 - Der heute 23jährige **Michael Wobbe** war Spitzel des niedersächsischen Landesamts für ***Verfassungsschutz*** (VS). Jahrelang war er als V-Mann in der inzwischen verbotenen Neonazi-Partei ***Nationalistische Front (NF)*** aktiv. Im wahrsten Sinne des Wortes: Wenn der VS Berichte brauchte, sollte Wobbe „was anleiern". Er agitierte die Neonazi-Szene, machte Schulungen, verteilte Propagandamaterial. Ohne ihn wäre so manche „Kameradschaft" gar nicht erst entstanden, sagt Wobbe, der derzeit versteckt lebt. Nach seiner Enttarnung erklärte ihn der ehemalige NF-Führer **Meinolf Schönborn** für vogelfrei. Das folgende Interview veröffentlichte die Taz.

Taz: Herr Wobbe, Sie geben gerne die Story zu besten, daß sie eigentlich gerade aus der Rechtsradikalen-Szene aussteigen wollten, als Sie beim Verfassungsschutz als Spitzel anheuerten.

M. Wobbe: Das stimmt auch. Ich wollte aus der Szene weg. Aber eines Tages, im Herbst 1991, standen zwei Herren an der Tür und offenbarten mir meine Skinheadgeschichten. Die wußten auch, daß ich schon mal Kontakt zu Meinolf Schönborn gehabt hatte. Beim ersten Besuch erzählten sie mir das alles, dann kamen sie alle paar Wochen mit Listen wieder. Ich sollte ankreuzen, wen ich kannte. Dafür habe ich zwischen 100 und 500 Mark bekommen. Nach einem Jahr fragten sie, ob ich mehr Geld verdienen wollte.

Also war es das Geld...

Klar, das Geld hat mich verführt. Meine Ideologie ist es, zu überleben. Ich hab für gutes Geld einen Job gemacht, ich bin käuflich. Aber sie haben mich auch moralisch erpreßt. Wir hatten damals eine Gruppe gegründet, die ein Flugblatt der FAP abgeschrieben hatte. Die Eltern eines Mädchens in der Gruppe kamen nicht damit klar, daß ihre Tochter nach rechts abgedriftet war. Sie setzten Karen unter Druck. In den Sommerferien 1991 nahm sie sich das Leben. Die beiden machten mir klar, daß ich nicht ganz unschuldig daran sei, schließilch hätte ich die Gruppe gegründet. Ich sagte, ich will doch raus aus der Szene. Und dann meinten sie: „Wenn du bei uns mitmachst, ist das die beste Chance, etwas wiedergutzumachen".

Und diese Masche wirkte?

Ich war 18, da läßt man sich schnell auf sowas ein.

Und wie wurden Sie in Ihr Leben als V-Mann eingeführt?

Das muß im Februar '92 gewesen sein. Da bat mich „Uwe Helmbrecht", mein Kontaktmann beim Verfassungsschutz, in ein nobles Chinarestaurant. Zwei andere Männer waren auch dabei. Sie drückten mir einen Laptop in die Hand und erklärten, ich dürfe nichts an Daten speichern. Einige Monate später mußte ich eine Erklärung unterschreiben, daß ich wahrheitsgemäß berichte und keine Straftaten begehe. Sonst würde das Verhältnis sofort aufgelöst. Für den Fall, daß ich „abgeschaltet" würde, versprach man mir eine Prämie in Höhe eines Jahresfixums pro gearbeitetes Jahr.

Wie hoch lag Ihr Honorar?

Als Basis bekam ich erst 300, später 700 Mark im Monat, hinzu kamen Gelder für die gelieferten Informationen und Spesen. Ich konnte davon leben, brauchte mich um keinen anderen Job zu kümmern.

Ihre Gegenleistungen?

Psychogramme der NF-Führungsspitze. Den Kontakt zu denen bekam ich im „Heide-Heim" in Hetendorf. Das ist *das* Neonazi-Schulungszentrum. Da habe ich 14 Tage lang den Vorzeigenazi raushängen lassen. Hab' nicht gesoffen, wie die anderen, hab zu Schönborn immer gesagt: Ich will politisch aktiv werden. Der suchte gerade Leute. Also bin ich bei ihm in Pivitsheide eingezogen. Ich mußte fünf Prozent meines Bruttoeinkommens abgeben und an vier Grundschulungen teilnehmen. Nach sechs Wochen wurde ich Sicherheitsverantwortlicher für das Schulungszentrum in Pivitsheide.

So eine Art innerer Blockwart?

Ich hatte gute Ideen. Um Spitzel und Provokateure zu enttarnen, schlug ich vor, von allen Besuchern die Personalausweise zu kopieren. Das machte ich in doppelter Ausführung. Eine Kopie steckte ich später in einen toten Briefkasten am Soldatenfriedhof. Ich habe den NF-Laptop mit allen Adressen geplündert.

Das ist aber keine Aufgabe, die einen über Jahre ausfüllt.

Als die Psychogramme von NF-Kadern, also Schönborn und seinen zwei Hunden fertig waren, wollte der VS mehr Infos. Ich sollte Adressen von Kontaktleuten und unabhängigen Kameradschaftsverbänden liefern.

Wie wurden Sie „Reisekader"?

Der hat der Verfassungsschutz erfunden. Als die NF verboten war, kamen auf einmal 80, 90 Briefe am Tag für Schönborn an. Ich schlug ihm vor, die Interessenten persönlich zu besuchen und sie auch finanziell abzuschöpfen. Ich sagte, wenn die uns Geld überweisen, dann sieht das der Verfassungsschutz, man sollte so etwas wie einen Reisekader machen. Den Vorschlag fand Schönborn wunderbar. Ich habe dann einen grauen Koffer mit unseren Schriften und Flugblättern bestückt. „Blut und Ehre"-Aufkleber gingen ebenso weg wie T-Shirts mit einem Fallschirmspringer des Zweiten Weltkriegs: „Deines Volkes Ehre ist auch Deine Ehre". Ich war als Parteidrücker zweieinhalb Jahre ständig unterwegs. Bin quer durch Deutschland gefahren. Ich habe an Orten geworben, wo sie die NF gar nicht kannten. Der Verfassungsschutz wollte es so. So habe ich der Bewegung 50.000 bis 60.000 Mark eingebracht. Der Verfassungsschutz bekam seine neuen Namen und finanzierte alles: Reisen, Hotels, Essen. Ich hab nicht schlecht gelebt.

Sie wurden Spesenritter.

Abrechnungen von 5.000 Mark im Monat waren keine Seltenheit. Ich brauchte niemals Quittungen abzugeben, konnte sagen, ich war im teuren Restaurant, obwohl ich bloß eine Currywurst gegessen hatte. Ich habe einmal eine Jahreskarte fürs Schwimmbad abgerechnet, weil Schönborn gerne schwimmen ging. Ich habe mein komplettes Leben durch Spesen finanziert.

Wie erklärten Sie Schönborn das aufwendige Leben?

Der Szene sagte ich, ich hätte geerbt. Mein Opa war ja gerade gestorben. Außerdem war ich offiziell Sozialhilfeempfänger, darüber ging meine gesamte Sozialversicherung.

Und niemand fragte, wie Sie die Erbschaft am Sozialamt vorbeibringen?

Hat keinen interessiert.

Lieferten Sie ständig neue Nachrichten?

Wenn ich eine Berichtsflaute hatte, fragte mein Führungsoffizier: Was ist los, warum passiert nichts mehr? Los, aktivier die Leute, leier mal was an!

Und Sie machten etwas los?

Ich hatte ja die Adressen derer, die mal was im Zentrum bestellt hatten. Die habe ich angerufen und gesagt, in drei Wochen komme ich, trommelt mal alle Interessierten zusammen. Dann bin ich zum Beispiel nach Oldenburg gefahren. Habe den Jugendlichen gesagt: Haut mal rein, ich schul' euch auch. Da entstand langsam eine unabhängige Kameradschaft, die sich ohne mich nie gegründet hätte. Heute sitzen die Jungs alle im Knast, die hätten sehr wahrscheinlich nie etwas gemacht ohne mich. Ich habe gegründet, damit das Amt zuschlagen kann.

Das erfüllt Sie noch heute mit Stolz?

Ich war kein schlechter V-Mann.

Sie hatten keinerlei Probleme, Leute in den Knast zu bringen?

Die haben ja die Sachen gemacht, nicht ich.

Sie wollen doch nicht etwa behaupten, Sie hätten aus den hehren Motiven des geläuterten Aussteigers gehandelt.

Doch. Diese Typen, die ich ans Messer lieferte, haben es nicht besser verdient. Deren ideologische Einstellung war doch schon da.

Haben Sie sich niemals als Verräterschwein

gefühlt?
Anfangs schon, aber nach einem Jahr habe ich im Kopf abgeschaltet. Wenn ich in der Szene war, fühlte ich mich als „Artland“ oder „Rehkopf“, wie ich mit Decknamen hieß. Zuhause war ich Michael, der sich den Kopf zusoff.
Von Beruf ein Anstachler?
Der Verfassungsschutz hat mich angestachelt. Ich hatte bloß prima Ideen. Im Mai '93 hatte wir uns Anti-Aufkleber besorgt und die nachts auf Oldenburger Geschäfte gepappt. Dieses „Gegen Nazis“ konnte bald niemand mehr lesen. Die Leute haben gesagt: Die Roten bekleben uns die Schaufenster. Dann sind wir hingegangen und haben mit den ***Jungen Nationaldemokraten*** einen Stand aufgebaut - gegen die „linken Gewalttäter“. Das hat prima geklappt. Ein Geschäftsmann hat uns eine Spende von über 1.000 Mark gegeben, ist anschließend sogar beim Rudolf-Heß-Marsch dabeigewesen und hat zwei Handys und Funkgeräte spendiert. So etwas brachte mir viel Achtung in beiden Szenen ein.
Der niedersächsische Verfassungsschutz sagt, Sie hätten erstklassig gearbeitet, seien aber wegen Ihrer Raffgier unzuverlässig geworden und hätten abgeschaltet werden müssen.
Im Herbst '93 war ich in Füssen. Ich hatte meine Schulungsbriefe von der NF verteilt, die neuen Kameraden hatten ihre Interpretationen geschrieben. Ich saß acht Wochen da unten und hatte nichts Neues zu berichten. Abgestiegen bin ich im Nobelhotel, mit Kutschfahrten und anderem habe ich mich amüsiert. Da waren schnell 9.000 Mark aufgelaufen. Ich konnte die Hotelrechnung nicht mehr bezahlen und bin verhaftet worden. 62 Tage saß ich in Untersuchungshaft. Einem Beamten habe ich erzählt, ich sei ein V-Mann. Und ausgerechnet diese Aussage landete in der Prozeßakte von Meinolf Schönborn. Der wußte dann später, wer ich wirklich war. So etwas Dilletantisches habe ich vom VS nichts erwartet. Die haben mich einfach auffliegen lassen. ◆

Frank Rennicke

bnr 8/96 - Den rechtsextremen Barden **Frank Rennicke** gibt es neuerdings im Angebot der ***Medien-Marketing GmbH (MTM)*** aus Bad Soden-Salmünster. MTM ist bundesweit eine der umsatzstärksten Videoversandfirmen und vertreibt auch auch Bücher, CDs und MCs. Laut MTM-Werbung für Rennickes Cassette „Mein Kamerad“ will dieser mit seinen Liedern „der Gefallenen des 2. Weltkriegs“ gedenken. Im neuesten MTM-Angebot finden sich auch Videos wie „Hitlers Bunkeranlagen am Obersalzberg“ oder „Hitler - Der Privatmann“. Außerdem Bücher wie „Rudolf Heß: Ich bereue nichts“ oder „Franz Schönhuber: In Acht und Bann“ sowie CDs wie „Wenn wir marschieren“ und „Deutsche Marschmusik“. ◆

Kontakte zur DVU

WGA; DNZ 23/96 - In ihrer Ausgabe vom 31. Mai '96 veröffentlicht die Zeitung der ***Deutschen Volksunion (DVU)*** folgende Kontaktadressen und Telefonnummern, die wir teilweise noch ergänzt haben: Kreisverband (KV) Stuttgart: 0711-8872410; KV Rottweil/Freudenstadt, Postfach 213, 72232 Freudenstadt; KV Ludwigsburg, Pf. 1201, 71612 Ludwigsburg; Mannheim, 0621-825646; KV Kaufbeuren, 08341-8311, sowie Herr Berger, 089-8960850; Nürnberg/Fürth, 0911-261258; Bezirksverband (BV) Regensburg, 0941-792561 o. 795335; LV Berlin-Brandenburg, Oranienburger Str. 8, 13437 Berlin, 030-4118059; Bremen, Pf. 105601, 28056 Bremen; Hamburg, Pf. 730924, 22129 Hamburg, 040-6695249; Minden/Herford, Pf. 3127, 32285 Rödinghausen; Goslar, 05325-4649; KV Soest, Pf. 1103, 59506 Lippetal, Eugen Dux, 02923-1692; Mainz, Pf. 250221, 55120 Mainz, 06131-680166; KV Neuwied/Ahrweiler, Pf. 3, 53578 Windhagen; Halle/Saale, Filiale 52, Heidering 8, 06120 Halle; LV Schleswig-Holstein, Pf. 1134, 21451 Reinbek, 040-7222195; LV Thüringen, Pf. 51, 99301 Arnstadt; Tirol/Österreich, Christoph Meister, Hauptstr. 15, A-39028 Schlanders. ◆

»Graue Wölfe« und türkische Geheimdienste

Asta Essen 1/96 - Mehrmals haben wir in den letzten Ausgaben über Aktivitäten türkischer Faschisten an deutschen Universitäten berichtet. Unter anderem auch über den Terror, den sogenannte ***Graue Wölfe*** an der Uni in Essen ausübten, vor allem nachdem in der Asta-Zeitung ein Artikel über die Grauen Wölfe, der MHP und türkischer Geheimdienste erschienen war. Den Inhalt dieses Artikel dokumentieren wir nun hier.
Die nationalistischen und rechtsextremen Ideen haben unter türkischen Jugendlichen in Deutschland merklich zugenommen. Immer mehr dieser Jugendlichen tragen das Halsband mit dem Wolf und dem Halbmond, die - ähnlich dem Hakenkreuz - als Symbole des Faschismus und Rassismus gelten. Noch immer aber werden die Aktivitäten der türkischen Faschisten von vielen (deutschen) demokratischen Kräften unterschätzt. Wie sonst ist zu erklären, daß Großveranstaltungen der faschistischen ***MHP*** („Partei der nationalen Bewegung“) mit mehreren tausend Besuchern auf keinerlei Proteste stößt. Sie treten öffentlich auf und stellen ihre MHP-Zugehörigkeit offen zur Schau. Die MHP war vor 1980 in der Türkei für die Ermordung Tausender linker Oppositioneller verantwortlich. Diese Partei hat jetzt eine Reihe von Abgeordneten im türkischen Parlament. Gegenwärtig sind die Angehörigen der MHP besonders im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen und ungeklärten Morden in Kurdistan und im Westen der Türkei in Erscheinung getreten. Ihre aggressive nationalistische Propaganda ist entscheidender Faktor zur türkischen Mobilisierung für den Krieg in Kurdistan. Die Kräfte der offiziellen Kontergueriliaarmee „Spezialarmee“ wird aus der MHP rekrutiert. Heute ist die MHP im türkischen Staat zur populärsten Strömung geworden. Die meisten Personen in der Polizei- und Armeeführung sind MHP-Anhänger. Tagsüber laufen sie in Polizei- oder Offiziersuniform herum und verschleppen nachts unter Benutzung ihrer Polizeiausweise Menschen und erschießen sie. Auch im Ausland, und hier besonders in Deutschland, sind die ***Bozkurt*** („Grauen Wölfe“) stark organisiert und verstecken sich hinter harmlosen Bezeichnungen. In Tarnorganisationen wie Sportvereinen, Moscheen und Gemeinden werden türkische Jugendliche ausgebildet und zum Teil bewaffnet. Durch ihre Tätigkeiten hetzen sie Menschen türkischer, kurdischer und deutscher Nationalität, sowie Menschen verschiedener religiöser Ausrichtung gegeneinander auf. Mit der Ermordung des Kurden **Seyfettin Kalan** am 3. September '95 in Neumünster hat der Terror türkischer Faschisten einen weiteren Höhepunkt erreicht. In Großstädten wie Hamburg, Berlin, Köln oder Duisburg befinden sich mittlerweise ganze Stadtviertel unter der Dominanz der türkischen Faschisten. Hochzeits- oder Beschneidungsfeiern werden zu Parteidemonstrationen umfunktioniert. So wie die MHP in der Türkei als ein Arm der Konterguerilla tätig ist und heute wichtige Teile des türkischen „Sicherheitsapparates“ kontrolliert, ist auch in Westeuropa davon auszugehen, daß die verschiedenen Tarnorganisationen ebenfalls als Aktionsbasis für den türkischen Geheimdienst ***MIT*** dienen. Es gibt zahlreiche Verbindungen türkischer Faschisten zu den Behörden und ihrer Botschaft in Bonn sowie zu deutschen Parteien und Behörden. Die türkischen diplomatischen Vertretungen in Deutschland spielen bei der Organisierung der MHP eine wichtige Rolle. Der bis 1995 ernannte türkische Botschafter in Deutschland, **Volkan Vural**, ist lange Zeit Mitglied im „Nationalen Sicherheitsrat“ (MGK) der Türkei gewesen, einer militärisch-geheimdienstlichen Organisation, die de facto über dem Parlament steht. Kurz nachdem die MGK beschloß, Aktivitäten von Todesschwadronen und Geheimdiensten gegen die PKK im Ausland auszuwei-

ten, wurde der neue Botschafter ernannt. Ihren gestiegenen Masseneinfluß verdanken die „Grauen Wölfe" vor allem der Tatsache, daß sie am radikalsten das vertreten, was von der türkischen Presse, Fernsehsendern, Konsulaten, rechten und islamischen Vereinen usw. täglich an nationalistischer Propaganda an Mobilisierung betrieben wird. Auch wenn man diese explizit nicht als faschistisch bezeichnen kann. Insbesondere Ende der 80er Jahre hat der MIT ihre Tätigkeiten in Westeuropa verstärkt. Von hier aus leitete der MIT die ganze Operationen in Westeuropa. Zur Zeit gibt es offiziell 800 Geheimdienst-Mitarbeiter. Inzwischen ist der MIT in Deutschland so erstarkt, daß hier ausgebildete Mitarbeiter in der Türkei zum Einsatz kommen. Die ***DITIB*** („Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.") ist einer der wichtigsten Stützpunkte für den türkischen Geheimdienst. Sie wurde 1984 in Köln gegründet und gilt als direkter Zugang des türkischen „Ministeriums für religiöse Angelegenheiten" sowie als Zentrale des Geheimdienstes MIT in Deutschland. nach Recherchen stellte „Focus" 1994 fest, daß von Köln aus ein weitgefächertes Agentennetz geführt wird. DITIB ist die Dachorganisation für ca. 700 Vereine in Deutschland. DITIB organisiert sich europaweit und hat offiziell 100.000 Mitglieder. Die Vorbeter in DITIB-Moscheen werden von der Türkei staatlich beauftragt. Diese Personen müssen sich als freiwillige Agenten für den türkischen Staat verpflichten. Mitarbeiter, die sich nicht an die Abmachungen halten, werden vom Dienst entfernt und in die Türkei zurückgeschickt. So sind vor einigen Monaten in Gelsenkirchen drei Vorbeter vom Dienst suspendiert worden, weil sie die Zusammenarbeit mit dem MIT abgelehnt haben. Allein in Deutschland befinden sich zur Zeit mindestens 400 staatlich beauftragte Vorbeter. Weitere Stützpunkte des türkischen Geheimdienstes sind LehrerInnen, die vom „Nationalen Bildungsministerium der Türkei" als Türkischlehrer nach Deutschland geschickt werden. Weitere Informationsquellen für den türkischen Geheimdienst stellen Übersetzungsbüros, Reisebüros, Banken und Geschäfte dar. Neben DITIB organisiert sich der MIT insbesondere innerhalb der ***ADÜTDF*** („Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa" kurz „Türk Föderation"), die als die Auslandsorganisation der faschistischen MHP gilt, die 1978 in Frankfurt/Main gegründet wurde. Die dort ansässige Untergrundorganisation ist die zentrale Schaltstelle der MHP in der BRD. Offiziell verfügt sie über 180 Vereine und Moscheen und 15.000 Mitglieder. Führende Mitglieder arbeiten auch mit dem ***BND*** zusammen. In einer Antwort auf die Anfrage der PDS-Bundestagsgruppe nach der Urheberschaft der antitürkischen Anschläge gab das BKA zu, daß es nur bei zwölf von 139 Anschlägen (Februar bis April '95) Verdachtsmomente in Richtung auf eine Täterschaft aus dem PKK-Umfeld gäbe. Die Vermutung, daß auch der türkische Geheimdienst hinter den Anschlägen auf Reisebüros, Moscheen, Kulturvereinen und Obsthändlern stehe, ist in mehreren Fällen bewiesen. Außerdem gehen deutsche „Sicherheitsexperten" davon aus, daß mindestens drei von vielen ungeklärten Mordfällen auf das Konto des türkischen Geheimdienstes gehen. Es gab und gibt gute Kontakte der MHP und nahestehenden Organisationen zu deutschen rechtsradikalen und faschistischen Organisationen und Parteien. Die Mörder von den fünf Türkinnen in Solingen „schätzen" die MHP bzw. die Grauen Wölfe sehr. Einer der im Solingen-Prozeß Verurteilten ist auch Mitglied in der ***DVU***. Deren Vorsitzender **Gerhard Frey** empfing den MHP-Vorsitzenden **Alparslan Türkes** bei dessen Deutschlandbesuch in seinem Haus. Ungeachtet der Tatsache, daß schon Dutzende TürkInnen Opfer deutscher Faschisten wurden, werden die türkischen Faschistenanwerber auch mit Hitlers Buch „Mein Kampf" ausgebildet. Und Türkes bekannte, daß er Atatürk und Hitler geschichtlich für die größten Männer halte!

Morde und Mordversuche, an denen der MIT beteiligt war:

Kopenhagen/Dänemark: Am 7. Februar '94 überlebte **Imdat Yilmaz**, Koordinator des Kurdistan-Komitees in Dänemark, schwerverletzt einen Anschlag.

Nicossia/Zypern: Am 20. März '94 wurde **Theofilis Georgidas**, Vorsitzender des Kurdischen Solidaritätskomitees Opfer eines tödlichen Anschlags.

London/Großbritannien: Am 29. Dezember '94 wurde von der MIT ein Attentat auf den Vorsitzenden der kurdisch-türkischen Gemeinde, **Nafiz Bostanci**, verübt. Während Bostanci unverletzt davonkam, wurde ein Freund von ihm schwer verletzt.

Germersheim: Am 31. Dezember '94 wurden drei Anhänger der ***TKP/ML*** während eines Überfalls auf das türkische Lokal „Hardcore" mit drei gezielten Schüssen von einem ehemaligen Angehörigen der türkischen „Anti-Terror-Einheit" getötet.

Neumünster: Am 3. September '95 wurde der Kurde Seyfettin Kalan von Angehörigen der „Grauen Wölfe" ermordet. ◆

Siegerists Aktivitäten

bnr 10/96 - Die ***Aktion Reiskorn e.V.*** des Deutsch-Letten **Joachim Siegerist** rief Anfang Mai '96 in großformatigen Anzeigen in der ***Frankfurter Allgemeinen Zeitung*** zu Spenden für Lettland auf. Die gemeinnützige Hilfsorganisation war im Winter 1992/93 von Siegerist ins Leben gerufen worden. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Johanniter-Hilfe betrieb er in Riga eine Suppenküche für Bedürftige, die er propagandistisch für Wahlkampfzwecke ausnutzte. Der besagte Spendenaufruf wirkt insofern befremdlich, als er mit einer Rückblende auf das Kriegsende beginnt und die Letten nur als unschuldige Opfer Stalins darstellt. Seine Sympathie für die ehemaligen lettischen Waffen-SS'ler hatte Siegerist schon einmal 1993 in einem Rundschreiben bekundet. ◆

Pape verurteilt

BeZe 15.5.96 - Der Gründer und frühere Bundesvorsitzende der 1995 verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)***, **Martin Pape**, ist am 14. Mai '96 wegen zweifachen Meineids zu eineinhalb Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Pape muß zudem eine Geldbuße von 2.000 Mark zahlen. Das Stuttgarter Amtsgericht sprach den 68jährigen schuldig, als Zeuge in einem Gerichtsverfahren gegen Neonazis unter Eid eine Falschaussage geleistet und diesen Meineid in einer Berufungsverhandlung wiederholt zu haben. ◆

»Freunde der Jungen Freiheit«

WGA - Mit einem herzzerreißenden, schleimigen Brief an die AbonnentInnen der ***Jungen Freiheit (JF)*** bittet eine **Ulrike Guleikoff** unter der Anschrift der JF um eine Spende für die gebeutelte Junge Freiheit. Sie schreibt als Vertreterin der „Freunde der Jungen Freiheit". Hier einige Auszüge aus ihrem Brief: *„Als ich hörte, was man dieser netten jungen Mannschaft antut, war ich geschockt! Von der Verbrechensserie gegen die 'Jungen Freiheit' wissen Sie ja. Dem bewaffneten Raubüberfall, den Drohungen mit 'Personenschäden', den Pflastersteinen und Gasgranaten, den Überfällen auf Zeitungshändler, den Brandanschlägen auf Kioske, Auflieferungsfahrzeuge, Herrn Steins Auto und die Zeitungsdruckerei (1,5 Millionen DM Schaden). Wissen Sie auch, daß die Straftaten Monat für Monat weitergehen? Wissen Sie, daß es sich um Dutzende von Tätern mit Hunderten - vielleicht Tausenden - von Sympathisanten handeln muß? Jetzt machen sich Druckereien Sorgen um das Leben (!) ihrer Mitarbeiter. Zeitungshändler fürchten um ihre Existenz. Viele verkaufen die 'Junge Freiheit' nicht mehr - andere nur noch 'unter der Theke'. Ist es da ein Wunder, daß der Kioskverkauf auf einen Bruchteil zurückgegangen ist? Daß viele junge Menschen, die sich kein Abo leisten können, sie jetzt gar nicht mehr bekommen? Der Einbruch des Kioskverkaufs ist für die Zeitung auch ein großer wirtschaftlicher Schaden. Die 'Junge Freiheit' muß den Terror durchstehen! Wenn wir als Leser schon nichts gegen die Täter - und ihre Hintermänner - tun können, sollten wir wenigstens dafür sorgen, daß sie ihr Ziel nicht erreichen!"* Und wir als AntifaschistInnen sollten endlich dafür sorgen, daß wir das Ziel doch erreichen, daß die „Junge Freiheit" und ähnliche Zeitungen endlich vom Markt verschwinden! ◆

BFB-Parteitag

NE 6/96 - In Berlin fand der 3. ordentliche Bundesparteitag des ***Bunds freier Bürger - Die Freiheitlichen (BFB)*** statt. Der Rechts-Anwalt **Manfred Brunner** wurde in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten **Rolf-Dieter**

Gmeiner, Regina von Schrenck-Notzing, Wolfgang Hacker und Franz-Ulrich Willeke. Weiterhin wurden Vorbereitungen für die Bildung einer Jugendorganisation der vor zwei Jahren gegründeten Partei beschlossen und die Teilnahme an den nächsten Bundestags- und Landtagswahlen angekündigt. Zusammen mit einer Parteifreundin war Brunner kürzlich in den Münchner Stadtrat gewählt worden. ◆

Mitgliederschwund bei den REPs

BeZe 22.5.96 - Die *Republikaner* haben im vergangenen Jahr rund ein Fünftel ihrer Mitglieder verloren. Dies geht aus dem neuesten Verfassungsschutzbericht hervor. Die Partei wird darin erneut als rechtsextremistisch eingestuft. Die REPs haben demnach 1995 rund 4.000 Mitglieder verloren und zählen bundesweit jetzt noch rund 16.000 eingeschriebene AnhängerInnen. Bereits im Jahr zuvor hatten 3.000 Mitglieder die Partei verlassen. Allerdings unterhält die Partei weiterhin in allen 16 Bundesländern Landesverbände. Der Verfassungsschutz stuft die Republikaner in dem Bericht erneut als rechtsextremistisch ein. Diese Einordnung war im vorangegangenen Bericht erstmals vorgenommen worden. Vermehrte „Anhaltspunkte für rechtsextremistische Betrebungen" und „verfassungsfeindliche Positionen", so der Bericht, würden sich dabei weniger im Parteiprogramm, sondern mehr in den mündlichen Äußerungen von Funktionären und in den Publikationsorganen zeigen. Aus denen sprächen aggressiver Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und rassistisches Gedankengut. Vorsitzender der Partei ist seit Ende 1994 **Rolf Schlierer**, sein Vorgänger **Franz Schönhuber** war nach internen Differenzen 1995 aus der Partei ausgetreten. Die Einstufung als rechtsextremistisch bedeutet, daß die Partei bundesweit mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden darf. Sie ermöglicht es auch, Beamte mit REP-Parteibuch aus dem Staatsdienst zu entlassen. ◆

Debatte um das Holocaust-Denkmal

WGA; Welt 10.5.96 - Die von einigen erhoffte Sternstunde im Bundestag blieb aus. Nur ein knappes Drittel der Abgeordneten fand sich am Morgen des 9. Mai '96 im Plenarsaal ein, um über die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten europäischen Juden im künftigen Berliner Regierungsviertel zu debattieren. Am Ende waren die Parlamentarier in der ohnehin zähen und verwirrenden Debatte um das Holocaust-Denkmal nicht klüger als zuvor. Daß eine Lösung im breiten Konsens gesucht werden müsse, darin bestand weitgehend Einigkeit. Ein Denkmal von „Schlichtheit und Eindringlichkeit" müsse her, statt Entwürfe wie die zunächst vorgesehene 100 x 100 m große Grabplatte mit den bekannten Namen von über vier Millionen Ermordeten zu realisieren, so der Tenor während der Diskussion. Eigentlich war diese Diskussion schon abgeschlossen und es stand nur noch die Wahl zwischen zwei Entwürfen aus, doch dann wurde diese Entscheidung letztes Jahr doch wieder gekippt und der Bundeskohl mischte sich ein. So wurde nicht nur die Gestaltung, sondern auch der Platz kritisiert und gefordert, einen neuen Wettbewerb auszuschreiben. Mit einer Entscheidung ist nun so bald nicht zu rechnen. Jetzt soll erstmal in Kolloquien darüber beraten werden, ob eine akzeptable Lösung gefunden werden kann. Die Grundsteinlegung wurde mittlerweile auf 1999 verschoben. ◆

REP-Jugend bundesweit

REP 5/96, bnr 10/96 - Vom 24. bis zum 27. Mai '96 hat sich in Thüringen die *Republikanische Jugend* bundesweit konstituiert und den Aufbau eines bundesweiten Organs des neugegründeten Bundesverbandes der REP-Jugend vorbereitet. Wer mitmachen will, schreibt unter dem Stichwort „Ich mache mit" an: Die Republikaner (RJ), z.H. **Frédéric Heinemann**, Pelargusstr. 1-3, 70173 Stuttgart. ◆

Offene Grenzen Offene Menschen

NEIN zur FESTUNG EUROPA

Flüchtling aus Togo erhängte sich

JW 2.5.96 - Am 25. April '96 erhängte sich der Flüchtling **Apedo Lossou-Gavo** aus Togo im Bezirkskrankenhaus Landshut. Der Grund für diese Verzweiflungstat ist die Ablehnung seines Asylantrags. Die Bundesarbeitsgemeinschaft *Pro Asyl* forderte daraufhin ein Ende der Gleichgültigkeit gegenüber Schutzsuchenden. Nichts zeigte eindringlicher den erschreckenden Erfolg des BRD-Asylrechts als die 25 bisher bekannte gewordenen Todesfälle im Zusammenhang mit gnadenlosen Abschiebungen, so Pro-Asyl-Sprecher **Heiko Kauffmann**. Den von Apedo Lossou-Gavo immer wieder geäußerten Satz „Warum habt Ihr mir nicht geglaubt?" stellten lokale Flüchtlingsinitiativen einer Traueranzeige voran. ◆

Asylunrecht verfassungsrechtlich bestätigt

ND 15.5.96 - Die zum 1. Juli '93 in Kraft getretene Änderung des Asylrechts sei in allen seinen Punkten verfassungskonform. So entschied das Bundesverfassungsgericht in seinem am 14. Mai '96 in Karlsruhe verkündeten Urteil. Während *CDU*, *FDP* und *SPD* den Spruch begrüßten, äußerten *PDS*, die *Grünen/Bündnis 90* sowie Flüchtlings- und Menschenrechts-Organisationen Kritik. Die Drittstaaten- und die Herkunftsländerregelung sowie das verkürzte Flughafenverfahren widersprechen nicht dem Grundgesetz, befand der Zweiten Senat unter dem Vorsitz von **Jutta Limbach**. Lediglich beim Flughafenverfahren wurde jetzt verfügt, die Frist zur Begründung eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz von drei auf sieben Tage zu verlängern; auch sollen die AsylbewerberInnen einen unabhängigen Asylrechtsberater hinzuziehen können. Dem Gericht lagen Verfassungsbeschwerden von fünf abgelehnten Asylbewerbern aus Iran, Irak, Ghana und Togo vor, die abgewiesen wurden. Die drei Urteile ergingen in Teilen einstimmig, zu einigen Passagen gaben drei der acht Richter Sondervoten ab. Gerichtspräsidentin Limbach und die Richter **Ernst Wolfgang Böckenförde** und **Berthold Sommer** (alle SPD) wandten sich gegen die Einschränkung der Verfassungsbeschwerde und dagegen, der Bundesregierung bei der Festlegung „sicherer Herkunftsstaaten" weitgehend freie Hand zu lassen. Die Richter betonten in ihren Entscheidungen, das Grundrecht auf Asyl in Deutschland falle nicht unter die grundgesetzliche Gewährleistung der Menschenwürde. Sie messen der Bundesregierung und dem Parlament daher einen breiten Ermessensssspielraum zu. Dieser gelte auch für die Entscheidung der Frage, ob ein Staat als sicheres Herkunftsland einzustufen sei, in dem es normalerweise keine politische Verfolgung gebe. Fünf der acht Richter sehen ausdrücklich auch Ghana als sicheres Herkunftsland, dessen Einstufung während der Verhandlung strittig war. Im übrigen sei mit der Änderung des Asylrechts eine Grundlage für eine europäische Gesamtregelung geschaffen worden. Bundeskanzler **Helmut Kohl** ist „sehr zufrieden mit diesem Urteil". Niedersachsens Innenminister **Gerhard Glokowski** (SPD) erklärte, nun zeige sich, daß die damals in der SPD umstrittene Entscheidung zur Änderung des

Asylrechts richtig gewesen sei. Bündnis 90/Grüne bezeichneten das Urteil als bittere Niederlage für alle Flüchtlinge. Mit der Billigung habe sich das Gericht dem politischen Druck von rechts gebeugt und das Grundrecht auf Asyl faktisch gestrichen, äußerte Fraktionssprecherin **Kerstin Müller**. Für den PDS-Vorsitzenden **Lothar Bisky** bedeutet die Entscheidung „höchstrichterliche Legitimation einer Politik der schleichenden Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl". Die Organisation ***Pro Asyl*** erklärte, mit ihrem Asylurteil hätten sich die Richter für „Staatsräson vor Menschenrecht" entschieden. ◆

Kinder-Abschiebung

JW 31.5.96 - Die Münchner Ausländerbehörde hat die Abschiebung enes fünfjährigen Mädchens in die Türkei angeordnet, obwohl sein zum Vormund bestellter Großvater in München lebt und sich die geisteskranke Mutter in der Türkei nicht um das Kind kümmern kann. Wie die Justizbehörden mitteilten, bestätigte das Verwaltungsgericht der Stadt diese Entscheidung. Das Kind ist 1991 ohne Visum eingereist, was nach dem Ausländergesetz zwingend dazu führe, daß keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. ◆

Pakistani nach Fenstersturz in Abschiebehaft

AN 9/96 - Am 30. Januar '96 sprang ein pakistanischer Flüchtling in der Vauban-Kaserne in Freiburg aus Angst vor seiner Abschiebung dem Fenster und zog sich schwerste Verletzungen zu. Fast zwei Monate wurde er in der Universitätsklinik stationär behandelt, anschließend dann in eine Rehabilitationsklinik nach Bad Krozingen überwiesen. Dort hatte er noch bis Ende April bleiben sollen, um über Massagen, Körpergymnastik und Elektrotherapie die gebrochenen Knochen (Becken, Lenden, Hände) wieder gebrauchen zu können. Außerdem befinden sich noch Schrauben in seinen Knochen, die erst im Juni operativ entfernt werden können. Am 11. April '96 aber kam er in Polizeigewahrsam. Ein äußerst dubioser Hintergrund bildete den Anlaß, daß er einen Tag später durch den Amtsrichter **Grabe** in Abschiebe(sicherungs)haft in die JVA Rottenburg eingewiesen wurde. Die „Schwarzwaldklinik" in Bad Krozingen (Orthopädie-Oberarzt **Dr. Peters**) beurteilt ihn ohne Kenntnis der Abschiebehaftbedingungen als „haftfähig", obwohl er ohne Gehhilfen kaum laufen kann und ein Stützkorsett tragen muß. Der Verwaltungschef der Klinik verdächtigte den Flüchtling, ohne Bezahlung Telefongespräche geführt zu haben und kündigte dann an, daß er rausfliegt. Dieses Zeichen war für das Regierungspräsidium Freiburg der offensichtlich erwartete Hinweis, daß der Flüchtling nunmehr zur Abschiebung freigegeben sei - völlig entgegen der Stellungnahme der Uniklinik. Dieses Präsidium formulierte dem Haftrichter gleich den passenden Haftbefehl vor, nachdem es sich noch am selben Vormittag mit der Klinikleitung verständigt hatte. Rechtsanwalt **Althaus** hat inzwischen beim Verwaltungsgericht als auch beim Amtsgericht entsprechende Anträge gegen diese menschenverachtende Behandlung des Flüchtlings eingereicht. ◆

Kein Zurück nach Vietnam?

JW 23.5.96 - Der Adrenalinpegel im Bonner Regierungszentrum ist erheblich angestiegen und zwar gleichzeitig in Innen-, Außen- und Entwickungshilfeministerium. Grund: Ausgerechnet die Sozialistische Republik Vietnam zeigt der Bundesrepublik Deutschland den Stinkefinger. In einem Brief, den der vietnamesische Außenminister der deutschen Botschaft in Hanoi überreichte, wird von „ungünstigen Auswirkungen auf die Beziehungen beider Länder" gewarnt. Nachdem es in den vergangenen Wochen in Berlin zu zehn Morden an Vietnamesen gekommen war, die mit dem illegalen Zigarettenhandel zusammenhängen sollen, hatten deutsche Spitzenpolitiker (u.a. Außenminister **Klaus Kinkel**) Druck auf Vietnam ausgeübt, endlich das sogenannte Rückführungsabkommen umzusetzen. Dieses Abkommen war nach langem, zähen Ringen im September '95 von beiden Seiten unterzeichnet worden. Es sieht vor, daß 40.000 in Deutschland lebende VietnamesInnen bis zum Jahr 2000 nach Vietnam abgeschoben werden sollen. Bei den Betroffenen handelt es sich um rund 10.000 ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen, 10.000 illegal in der BRD lebende Flüchtlinge und 20.000 abgelehnte AsylbewerberInnen. Nach dieser Vereinbarung hätten bereits im vergangenen Jahr 2.500 VietnamesInnen Deutschland verlassen sollen. Allerdings sind erst 69 Vietnamesen, zumeist Straftäter, aufgrund des Abkommens nach Hanoi ausgeflogen worden. Grund sind laut Bundesinnenministerium „kleinliche, bürokratische Methoden" Vietnams. Von 4.000 Anträgen, die die Innenbehörde nach Hanoi schickte, seien erst 300 überhaupt bearbeitet worden. Die Beamten des aufstrebenden asiatischen Staates bearbeiten die Anträge offenbar mit deutscher Gründlichkeit. So würden, klagt man im Innenministerium, Namenslisten mit der Begründung zurückgeschickt, daß man von den Flüchtlingen nicht nur den Wohnort brauche, sondern auch Straße und Hausnummer. Vietnam war von Anfang an nicht darauf erpicht, die 40.000 Staatsbürger wieder aufzunehmen. In Vietnam herrscht eine Arbeitslosigkeit von rund 25 Prozent. Es war hart verhandelt worden, und die deutsche Regierung mußte schließlich große Zugeständnisse machen. 1995 stellte die Bundesregierung 23 Millionen Mark für konkrete Wiedereingliederungsmaßnahmen bereit, zudem sollte die eingefrorene Entwicklungshilfe von 75 Millionen Mark freigegeben werden, was bisher allerdings nicht geschah. Auch für 1996 sind noch einmal 100 Millionen Mark vorgesehen. Zu den direkten Geldzahlungen kamen noch ein ganzer Stapel an Investitionsförderverträgen. So wurden bereits im Januar '95 wieder erste Hermes-Bürgschaften gewährt, die investierenden deutschen Firmen Deckung bei Zahlungsausfall garantieren. Umso mehr tobt jetzt die deutsche Regierung. Außenminister Kinkel drohte ganz offen: Wenn Vietnam nicht bald seinen Verpflichtungen nachkomme, müsse man über Konsequenzen nachdenken. Gerade nach den jüngsten Gewalttaten „innerhalb der vietnamesischen Zigaretten-Mafia" dürften Straftäter nicht auf Nachsicht rechnen können. Sauer zeigte sich auch Entwicklungshilfeminister **Carl-Dieter Spranger**. Er warf der Regierung in Hanoi „vertrags- und völkerrechtswidriges Handeln" vor: „Wir bestehen darauf, daß sich Vietnam an Geist und Buchstaben unserer bilateralen Abmachung hält". Doch in Vietnam reagierte man nicht etwa kleinlaut. Bonn solle endlich „positive Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit der Vietnamesen zu garantieren". Man erwarte, daß die Verantwortlichen für die Morde so schnell wie möglich gefaßt werden. Außerdem wurden „unfreundliche, beleidigende und unakzeptable Äußerungen gewisser deutscher Regierungsbeamter" kritisiert. Der Versuch, die Gewährung von Entwicklungshilfe als Druckmittel einzusetzen, werde wirkungslos bleiben. Die Bundesregierung verfügt in der Tat über weniger Druckmittel als zunächst angenommen. Denn seit den ersten positiven Zeichen einer Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen, sitzen deutsche Unternehmen in den Startlöchern. Die Wirtschaft drängt daher die Bundesregierung massiv, ihren politischen Kurs gegenüber Vietnam nicht von der Rücknahme der Flüchtlinge allein abhängig zu machen. Der Machtkampf zwischen Hanoi und Bonn geht indes weiter. Vietnam will nun Nachverhandlungen zu dem Rückführungsabkommen. Die Bundesregierung akzeptiert neue Gespräche, doch müsse es dabei um die Umsetzung des geltenden Rückführungsabkommens gehen. ◆

Toter angeschwemmt

BZ 29.5.96 - Eine männliche Wasserleiche entdeckte ein Angler in der Oder bei Schwedt. Der Tote konnte noch nicht identifiziert werden, aber es handelt sich vermutlich um einen ertrunkenen Flüchtling, der von Polen durch die Oder nach Deutschland schwimmen wollte. In den vergangenen Jahren sind dutzende Fälle bekannt geworden, wo Flüchtlinge beim Versuch ertrunken sind, durch einen der beiden Grenzflüsse nach Deutschland zu gelangen. Teilweise wurden die gefundenen toten Körper sogar wieder ins Wasser zurück geworfen. ◆

Kein Asyl für Somalier

JW 22.5.96 - Flüchtlinge aus Somalia haben nach einem Grundsatzurteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH) in Kassel generell keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland. Nach der Flucht von General Siad Barre im Januar '91 seien „die gesamtstaatlichen Herrschaftsstrukturen zerfallen", begründete das Gericht seine am 21. Mai '96 bekanntgegebene Entscheidung. Voraussetzung für Asyl sei aber eine staatliche Verfolgung und damit eine zumindest „staatsähnliche Herrschaftsgewalt". Der Kläger war im November '93 als Bürgerkriegsflüchtling nach Deutschland gekommen. Im späteren Asylverfahren hatte er angegeben, als Anhänger Barres werde er von den verschiedenen Clans verfolgt. Trotz seiner Niederlage muß der Flüchtling derzeit nicht mit einer Abschiebung rechnen, weil eine geordnete und sichere Heimkehr nicht möglich sei, erläuterte der VGH auf Anfrage. ◆

Kirchenasyl begrenzt

BeZe 31.5.96 - der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, **Wolfgang Huber**, hat betont, daß Kirchenasyl seinem Wesen nach nur eine zeitlich begrenzte Hilfe sein kann. „Kirchenasyl ist kein selbständiges Recht, sondern nur eine Notmaßnahme", sagte er am 30. Mai '96 vor dem Hintergrund der Entscheidung einer Kirchengemeinde in Berlin-Treptow, einen verurteilten illegalen Zigarettenhändler aus Vietnam und dessen Familie vor der Abschiebung zu schützen. Die Gemeinde habe nicht in Anspruch genommen, sich in einem rechtsfreien Raum zu bewegen. Sie trete für eine „humane, eher verträgliche Lösung" ein, betonte Huber. „Und die Erfahrung belegt, daß es bei vergleichbaren, rechtskräftigen Fällen segensreich war, daß man noch einmal Aufschub zu neuem Überlegen hatte". ◆

Baden-Württemberg

Tag verurteilt

bnr 6/96 - Das Mannheimer Landgericht hat am 4. März '96 die Berufung von **Ernst Tag** (49) verworfen. Es sah es als erwiesen an, daß Tag sich der Mitteilung eines amtlichen Schriftstücks schuldig gemacht hatte. Das Gericht hatte Tag erstinstanzlich im November '95 zu 100 Tagessätzen á 20 Mark verurteilt. Verteidigt wurde er von dem Mannheimer Nazi-Anwalt **Ludwig Bock** (53). Der in Frankenthal bei Ludwigshafen wohnhafte, arbeitslose Tag hatte 1994 Anzeige gegen das ***Antifaschistische Infotelefon Mannheim (AIT)*** erstattet, da er sich verunglimpft fühlte. Die Ermittlungsakte gelangte in Tags Hände und er veröffentlichte einen Teil von ihr in der Zeitung des ***Internationalen Hilfskomitees für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V (IHV)***, deren Vorsitzender Tag bis zum vergangenen Jahr war. Presserechtlich Verantwortlicher dieser Ausgabe war aber nicht Tag selbst, sondern sein damaliger Stadthalter **Markus Walter** (21) aus Pirmasens. Dies wurde auch durch die Zeugenaussagen von **Walter Lutz** und **Wolfgang Lutz** (18) bestätigt. Das Gericht sah trotzdem Ernst Tag als den „führenden Kopf" der Aktion an und verurteilte ihn erneut. Tag kündigte an, in Revision zu gehen. ◆

Burschengesinge gestört

JF 20/96, Garfield, Sabotage - Das Mai-Singen der rechtslastigen Burschenschaft ***Normannia*** in Heidelberg konnte dieses Jahr wieder massiv gestört werden. So mußten die „Korporierten" der Burschenschaft in der Nacht zum 1. Mai '96 wiedermal einsehen, daß es für sie kaum möglich ist, sich ungestört in der Öffentlichkeit darzustellen. Diesjahr hatten sich ca. 50 Nazis wie **Bernd Wolf** („SS-Bernd") mit seiner Freundin, **Jürgen Ludwig** (Endsieg-Versand, ***V 88 Versand***) und **Andreas Gängel** (***NF, Anti-Antifa, Endsieg***) aus Karlsbad bei Bruchsal unter die Sänger gemischt. Die Nazis griffen mehrmals AntifaschistInnen und Fotografen an, bis sie sich irgendwann mit Kopfweh und Beulen zurückziehen mußten und die Polizei eingriff. Ein Antifaschist wurde von der Polizei festgenommen. Im Verlauf des weiteren Abends wurde der Kreis um Gängel und Wolf in der Unteren Straße gesichtet und von AntifaschistInnen angegriffen. Die Nazis flüchteten Hals über Kopf in den „Großen Mohren", flogen dort wieder raus und schafften es nur mit Mühe, den Weg zum Taxi ohne weitere Prügel zurückzulegen. ◆



Andreas Gängel

REP-Frauentag-Treffen

WGA - Der ***Republikanische Bund der Frauen (RBF)*** und die Landtagsfraktion der ***Republikaner*** laden zum Frauentag am 29. Juni '96 zwischen 14 und 18 Uhr im Plenarsaal im Landtag in der Konrad-Adenauer-Str. 3 in Stuttgart ein. **Ingeborg Ackermann** (RBF-Vorsitzende) führt die Begrüßung durch und **Christian Käs** und **Rolf Schlierer** halten ein Grußwort. Anschließend referieren Ingeborg Ackermann, **Claudia Kübel** (geschf. stellvert. Vorsitzende), **Sabine Johnson** (stellvertr. Vorsitzende) und **Ute Behrens** (stellvertr. Vorsitzende) zu verschiedenen Themen. **Marlene Wolf** hält ein Gastreferat zum Thema Islam. Die Autos sollen in der Tiefgarage der Württ. Staatsbibliothek (gegenüber) abgestellt werden und als Schlafplatz soll das Panonia-Hotel genutzt werden. ◆

DL-Parteitag

NE 6/96 - Am 29. Juli '96 findet der Parteitag der ***Deutschen Liga*** statt. Hier sollen u.a. der ehemalige Berliner ***REP***-Vorsitzende **Klaus Weinschenk** (auch Referent bei ***JN*** und ***GFP***) und **Wolfgang Juchem** (DL, ***Aktion Freies Deutschland***, ***Unabhängige Nachrichten***) reden. Infos: DL, Pf 3705, 780 26 Villingen-Schwenningen, Fax: 07720/37497. ◆

REP-Kanditaten

DESG 3-4/96 - Bei der letzten Wahl konnten die ***Republikaner*** 9,1% der Stimmen gewinnen (siehe letzte WGA) und brauchen somit in Zukunft keine Unterstützungunterschriften mehr sammeln und können die nächsten fünf Jahre mitregieren. Hier nun die einzelnen REP-Kanditaten: **Rolf Schlierer** (Wahlkreis 14 Bietigheim-Bissingen, 10.672 Stimmen), **Michael Herbricht** (WK 19 Eppingen, 9.732), **Ulrich Deuschle** (WK 8 Kirchheim, 9.579), **Egon Eigenthaler** (WK 9 Nürtingen, 9.403), **Alexander Schonath** (WK 22 Schwäbisch-Hall, 9.349), **Alfred Dagenbach** (WK 20 Neckarsulm, 9.187), **Wolf Krisch** (WK 12 Ludwigsburg, 9.090), **Klaus Rapp** (WK 44 Enz, 13.062), **Lothar König** (WK 43 Calw, 9.188), **Heinz Troll** (WK 29 Bruchsal, 8226), **Christian Käs** (WK 53 Rottweil, 6.472), **Eduard Hauser** (WK 55 Tuttlingen-Donaueschingen, 6.108), **Josef Heuchler** (WK 66 Biberbach, 9.429) und **Rolf Wilhelm** (WK 61 Hechingen-Münsingen, 7.709). ◆

Kopp beim »Canstatter Kreis«

bnr 10/96 - Der ***Canstatter Kreis - Gesellschaft für staatsbürgerliche Bildung*** hat **Hans-Ulrich Kopp** (ehemaliger Redakteur der Jungen Freiheit, ehemaliger Sprecher des Republikanischen Hochschulverbandes, Schriftleiter der Witikobriefe) zum außerordentlichen Vorstandsmitglied bestellt. Der Canstatter Kreis um den Stuttgarter ***FDP***-Rechtsaußen **Manfred Roth** („wir sind gegen den Werteverfall, ausufernde Staatsvorsorge, multikulturelle Gesellschaft, Ausverkauf nationaler Interessen") machte in der Vergangenheit mit Veranstaltungen mit **Jörg Haider**, **Alexander von Stahl**, **Alfred Mechtersheimer** und **Dieter Stein** von sich reden. ◆

Infotelefon GARFIELD

WGA - Antifaschistische Informationen, Hinweise und Nachrichten sind regelmäßig über das antifaschistische ***Infotelefon GARFIELD***

Gegen
Ausländerfeindlichkeit
Rassismus
Faschismus
Ignoranz
Engstirnigkeit
Lügen und
Deutschtümelei

06272-
3559

Infotelefon

(06272-3559) zu bekommen. Antifaschistische Informationen, Hinweise und Nachrichten sollten aber auch regelmäßig an das Infotelefon weitergegeben werden. Also schreib an das Infotelefon (Postfach 1232, 69236 Neckarsteinach) wenn du interessante Dinge weißt oder sprich auf den Anrufbeantworter. ◆

Rechter »Gesprächskreis«

JF 18-19/96 - In Karlsruhe hat sich ein rechter ***Gesprächskreis*** gebildet, wo u.a. schon **Roland Bubik** (***Junge Freiheit***), **Alexander von Stahl** (*FDP*-Rechter), **Günter Rohrmoser** (***Studienzentrum Weikersheim***) und **Klaus Hornung** (Junge Freiheit und ***Criticon***-Autor) zu Gast waren. Kontakt über: Gesprächskreis, Postfach 210 612, 76156 Karlsruhe. ◆

Deckert schreiben

NE 4/96 - Der Ex-***NPD***-Chef **Günter Deckert** („seit 13.12.'95 in politischer Haft") sucht in der ***Nation & Europa*** Briefkontakt. Wer ihm schreiben will schreibt an: Günter Deckert, JVA, Schönbornstr. 32, 76646 Bruchsal. ◆

Nazi-Leserbriefschreibertreffen

Sleipnir März/April '96 - Am 15. Juni '96 findet ein rechtsextremistisches „Leserbriefschreibertreffen" im Schwarzwald statt. Mit dabei ist **Peter Dehoust** (Mitherausgeber von ***Nation & Europa***, stellvertretender Vorsitzender der ***GFP***). Infos über: **Jürgen Schützinger**, Sturmbühlstraße 81, Villingen-Schwenningen, Fax: 07720-65281. ◆

Neue Broschüre

WGA - Das ***Antifaschistische Aktionsbündnis Rhein-Neckar*** hat eine informative Broschüre mit dem Titel „Hätte meine Mutter Fleisch gekocht statt Rüben wäre ich daheim geblieben" herausgebracht. In dieser geht es um den Überfall organisierter Nazis wie **Manfred Huck, Markus Idzikowski, Marc** und **Dirk Kinzinger, Thomas Mezullo, Ralf Herrmann, Dirk Horst Reichel, Karl Michael Wittmann, Mike Schegenauer, Uwe Herker, Holger Gölz, Jürgen Bock, Eric Rößler, Frank Detlef Bender, Sascha Polanec, Ralf Hutzel, Karl Richard Broch, Martin Stondzig** auf eine türkische Snack-Bar. In dieser Broschüre werden aber auch die faschistischen Strukturen und ihre Drahtzieher (viele neue Fotos) in der Region aufgedeckt. Die Broschüre gibt's für sechs Mark (ab fünf Exemplare 5 Mark, ab zehn Exemplare 4 Mark) plus Versandkosten beim Infoladen Moskito/AIL, c/o Autonomes Zentrum, Alte Bergheimerstr. 7a, 69123 Heidelberg. ◆

Bayern

Schlägerei bei Volksfest

JW 7.6.96 - Am ersten Juni-Wochenende '96 kam es in Wassertrüdingen bei Dinkelsbühl während eines Volksfestes zu einer Massenschlägerei zwischen rund 40 Nazi-Skins und ausländischen Jugendlichen. Die Skins kamen aus dem Raum Ansbach, Nürnberg und Ulm. Die Polizei kam zu spät und erklärte, daß es in Wassertrüdingen schon immer „Probleme mit Skins" gab. Auch nach dem Volksfest kam es zu Übergriffen von Rechtsextremisten, wobei vier Personen vorübergehend festgenommen wurden. ◆

Nazidemo in Bamberg

NIT 4.5.96 - Am 1. Mai '96 fand in Bamberg eine „Spontandemonstration" von rund 80 Nazis statt. Die personell schwache Polizei soll sich, nach Aussage der Nazis, „einigermaßen" kooperativ gezeigt haben. Zu einigen Festnahmen kam es trotzdem. ◆

NPD-Treffen in Kulmbach

NIT 4.5.96 - Am 1. Mai '96 fand in Kulmbach eine „Maifeier" der ***NPD*** Oberfranken statt. Der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt** referierte vor rund 100 Anwesenden über Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Polizei hatte den Ort abgeriegelt und führte Durchsuchungen durch. ◆

BFB-Treff am 1. Mai

bnr 10/96 - **Manfred Brunner**, Vorsitzender des rechtslastigen ***Bund freier Bürger (BFB)*** hat dazu aufgerufen, „das Immunsystem des deutschen Volkes zu stärken". Bei der 1. Mai-Veranstaltung '96 des BFB im Münchener Löwenbräukeller, zu der etwa 1.200 TeilnehmerInnen erschienen waren, verkündete Brunner seine Botschaft, daß es zwar immer „Bazillen, Viren oder Krankheitserreger geben" würde, das Deutsche Volk jedoch sein Immunsystem dagegen stärken könne. Das „Wie" empfahl Brunner mit der rhetorischen Frage: „Wie lange kann ein Volk andere von seiner Substanz zehren lassen?" Der Braunzonenaktivist General a.D. **Reinhard Uhle-Wettler** bewertete die „unseligen Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse" als „Meinungsmanipulation". ◆

Nazi-Versände

bnr 11/96 - Der ***Patria-Versand*** (Landshut) wird von dem einstigen ***REP***-Funktionär und dem ***DL***-Funktionär **Franz Glasauer** betrieben. Die Bearbeitung der Bestellung obliegt dessen Ehefrau **Andrea Glasauer**. Der ***Tonträgervertrieb*** (Freising) von **Jens Pühse** (***NF***) verschickt seine Propaganda neuerdings aus Polen. ◆

Neues von Ochsenreiter

JF 20/96 - Der Braunzonenaktivist **Manuel Ochsenreiter** (***Junge Freiheit***, ***Junge Union***, ***CKDF***) hat jetzt zusammen mit anderen süddeutschen JU-Mitgliedern und Funktionsträgern den ***Konservativen Aufbruch*** ins Leben gerufen, der die ***CDU*** noch weiter nach rechts treiben soll. Eine Erklärung des Konservativen Aufbruchs unterschrieb u.a. der Landesvorsitzende der ***Schülerunion*** Bayern, **Christian Neumayer**. Kontaktadresse: Manuel Ochsenreiter, Tobeläcker 10, 88171 Ellhofen, Tel: 08384/1790, Fax: 0834/707. ◆

DL und REPs united

Junges Franken 11, NE 4/96 - In Schweinfurt zogen der stellvertretende ***REP***-Landesvorsitzende **Richard Graupner** (Polizeibeamter) und der Internist Dr. **Roderich Sell** von der ***Deutsche Liga*** auf der REP-Liste in den Stadtrat ein. Sie erzielten bei der Kommunalwahl am 10. März '96 5,1%. ◆

Geldstrafe für's NIT

NIT 23.5.96 - Die Betreiber des ***Nationalen Infotelefon Franken*** ist am 22. Mai '96 wegen Verunglimpfung des Staates zu 750 Mark Strafe verurteilt worden. Es hatte die BRD als eine „primitive Gesinnungsdiktatur" bezeichnet. ◆

Brönner wieder REP

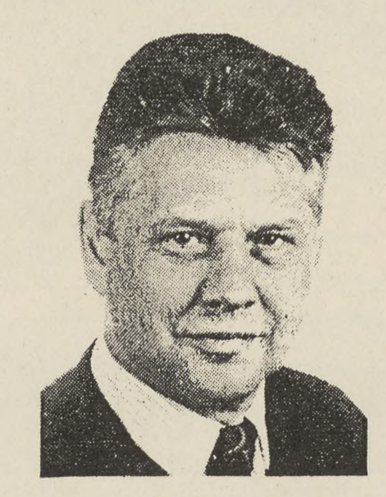
Junges Franken #11 - Der Aschaffenburger Stadtrat **Kurt Brönner** ist wieder Mitglied bei den ***Republikanern***. Er baute die REPs mit auf, zog für sie 1990 in den Stadtrat und verließ sie 1994, weil sie ihm zu radikal wurden. ◆

JN gegen Wecker

NIT 21.5.96 - Die ***Jungen Nationaldemokraten*** aus Franken (Pf. 1200, 63882 Miltenberg, Tel./Fax: 09373-99086) wollen am 27. Juni '96 in Aschaffenburg einen Aktionstag gegen Drogen machen, weil **Konstantin Wecker** auftritt. ◆

Neues von den »Republikanern«

REPintern 4/96 - Nachdem sich die ***Republikaner*** nach dem Wahlkampf kaum mehr gemeldet hatten, mal abgesehen von den Moabitern, traten sie erst wieder mit einer Kampagne gegen Fusion Berlin-Brandenburg in Erscheinung. So tauchten sie am 31. Januar '96 vor dem Rathaus Schöneberg auf - als Diepgen und Stolpe ihre Fusions-Kampagne eröffneten - und stellten sich mit Stelltafeln mit Sprüchen wie *„Kein Land mit Stasi-Stolpe"* in die Gegend. Dasselbe veranstalteten sie dann am 23. Februar '96 vor der Kongreßhalle anläßlich des CDU-Parteitags noch einmal. Der Kreisverband Charlottenburg wählte am 15. März '96 seinen Vorstand. Als Kreisvorsitzender wurde **Dieter Jochim** im Amt bestätigt. Sein Stellvertreter ist **Heinz-Jürgen Weber**. Der Kreisverband Neukölln wählte am 1. April '96. Kreisvorsitzender wurde **Bernd Bruschke**, Vertreter sind **Peter Schünemann** (mit der häßlichen Frisur) und **Mario Wenzel**. Schatzmeister blieb wie bisher **Gerhard Olboeter**, Schriftführerin **Christina Stichler** und Beisitzer **Bernd Kretschmann**. Im Kreisverband Spandau wurde bereits am 23. März gewählt, allerdings waren die REPs nicht fähig zu einem rechtmäßigen Ergebnis zu kommen. Als Kreisvorsitzender wurde zwar **Peter Rieger** gewählt. Dies war jedoch satzungswidrig und deshalb ungültig, denn Rieger unterliegt einer zweijährigen Ämtersperre und diese Ordnungsmaßnahme des Bundesgerichts ist nach wie vor in Kraft. Der Landesvorstand sah sich nach dieser Aktion gezwungen Rieger, wegen Mißachtung eines Urteils des obersten Parteigerichts eine Rüge zu erteilen. Desweiteren führen die REPs regelmäßige Veranstaltungen durch. So plant der KV Steglitz für den 23. August '96 ein Mitgliedertreffen um 19.30 Uhr im Rathaus Steglitz (Raum 203). Bei einem Treffen am 10. Mai '96 durften sich z.B. die Mitglieder bei einem Videoabend mit **Rolf Schlierer** bzw. mit dem Parteitag in Ruhrstorf beschäftigen. Der KV Tempelhof führt gerade eine Informationsreihe durch. Am 10. Mai '96 war „Heimat und Umweltschutz" das Thema, am 31. Mai '96 wurde der „Produktionsstandort Deutschland" angepriesen und am 14. Juni '96 wird die „Schul- und Bildungspolitik in Berlin" erörtert. Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 18.00 Uhr im Zimmer 110 des Rathaus Tempelhof. Der Kreisverband Spandau lud sich zum 27. April '96 die REP-Kadergrößen **Werner Müller** Landesvorsitzende aus Berlin, Herr **Krause** und Herrn **Röger** welcher sich zum Thema Berlin-Brandenburg auslies, in den Rathaus-Bürgersaal. Desweiteren beschlossen die REPs ein neues Verfahren bei der Aufnahme neuer Mitglieder. Nach der Satzung müssen bei der Aufnahme neuer Mitglieder zuerst der jeweilige Kreisverband zustimmen und danach der Landesvorstand. Das heißt, daß jedes neues Mitglied, nachdem es vom Kreisverband geworben wurde, zu einem Gespräch mit dem Landesvorstand in die Kluckstraße 25



Peter Rieger

geladen wird. Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 12. Februar '96 den Landesschriftführer **André Kalicinski** (KV Tiergarten) mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben. Kalicinski hatte in vielen Fällen Protokolle verschlampt. Nun hat Kalicinski gegen die Ordnungsmaßnahme beim Landesschiedsgericht Beschwerde eingelegt. ◆

Alles in Butter mit Buttler?

JW, ND, BeZe 4.-20.5.96 - Ziemlich peinlich war sie, die antifaschistische Mobilisierung zu dem Naziaufmarsch in Marzahn, der stattfand, während 15.000 Menschen etwa zehn Kilometer entfernt auf der Revolutionären 1. Mai Demonstration waren (siehe Artikel im Bereich „Bundesweit"). Zu verdanken ist dies u.a. dem Marzahner Bürgermeister **Harald Buttler** (***PDS***), der den angemeldeten Aufmarsch geheimhielt, um ein Zusammentreffen der „Rechten" mit „Chaoten" zu verhindern. Am folgende Wochende äußerte sich Buttler in einem Interview in der Tageszeitung „Junge Welt", welches im nebenstehenden Kasten abgedruckt ist. Der Bezirksvorsitzende der PDS Marzahn, **Wolfgang Bauer**, distanzierte sich am nächsten Tag scharf von Buttlers Äußerungen. Insbesondere kritisierte er Buttlers Genugtuung darüber, daß es keine Krawalle gegeben habe, da keine „Chaoten" vor Ort gewesen seien. *„Es gab 1933 keine Krawalle in Deutschland, als Gewerkschafter und Kommunisten in die KZs geschmissen wurden. Alles lief schön geregelt im Rahmen geltenden „Rechts" und von (fast) allen akzeptierter Ordnung."* Auch **Stefan Lieblich**, Vertreter der PDS im Abgeordnetenhaus, reagierte auf die Äußerungen des Bürgermeisters. Es sei Unsinn, wenn Buttler behaupte, daß es in Marzahn keine rechtsexreme Gefahr mehr gebe. Wie in allen anderen Berliner Stadtteilen falle faschistische Propaganda auch dort auf fruchtbaren Boden. Buttlers Aussage, daß den „deutschen Jugendlichen kein Arbeitsplatz angeboten wird", sei in diesem Zusammenhang höchst unpassend und gefährlich. In einem Offenen Brief von Mitgliedern des PDS-Landesvorstandes an Buttler hieß es: „Deinen Versuch, den Nazi-Aufmarsch zu verharmlosen, finden wir skandalös". Regelrecht unverschämt sei die von ihm vollzogene Gleichsetzung von aktiven AntifaschistInnen mit Neonazis. Welche Interessen habe ein PDS-Bürgermeister, jene die nicht weggucken, als „Chaoten" und „Randalebegehrende" zu diffamieren, fragen die UnterzeichnerInnen, darunter Landesvorsitzender **Petra Pau**. Die ***AG Junge Genossen*** empfahl Buttler aus der Partei auszuschließen. Im Rahmen einer außerordentlichen öffentlichen Hauptversammlung der Marzahner PDS am 17. Mai '96 kam dann auch Buttlers Interview zur Sprache. Geloben mußte er schließlich, an einer am 4. Juni stattfindene Antifa-Kundgebung seine Äußerungen zurückzunehmen. Zu dieser Demo meldete dann auch noch ***Nationale Alternative*** eine Demo an, welche sie dann aber wieder absagte, nachdem eine Antifa-Gegenkundgebung genehmigt wurde. Buttler zeigte in seiner Rede am 17. Mai '96 keinerlei Reue. Eher im Gegenteil, er sagte er frage sich, wer die besseren Antifas seien - diejenigen, die die NS-Hölle durchgestanden hätten, oder die, die jetzt mal wieder „welche aufklatschen wollen". Zumindest diese von heftigen Applaus einiger Marzahner bedachte Äußerung mußte Buttler schließlich auf die ultimative Aufforderung von Petra Pau hin wieder zurücknehmen. Ihm eine gewisse Ausländerfeindlichkeit zu unterstellen sei absurd, schließlich seien nun mal viele deutsche Jugendliche vom Ausbildungsnotstand betroffen. Ansonsten blieb Buttler bei seinen Standpunkt. Von der Diskussion ermuntert trauten sich gar zwei Vertreter der ***Jungen Freiheit*** zur PDS-Versammlung und verteilten, bis sie hinauskomplimentiert wurden, im Foyer ein Flugblatt in welchem sie u.a. Buttlers Verhalten zum 1. Mai lobten. Auch die ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** bedankten sich noch mal brav. In einem offenen Brief an Buttler heißt es: *„Trotz gegensätzlicher politischer Auffassungen möchten wir Ihnen unseren Respekt aussprechen"*, schrieben die Jungnazis. *„Im Vorfeld der Demonstration zum Tag der Arbeit haben Sie vorausschauend keinerlei Stellungnahme abgegeben, um zu verhindern, daß Polit-Chaoten nach Marzahn anreisen, um in unserem Bezirk die Demonstration gewaltsam zu stören oder gar mit Gewalt zu verhindern. Dafür gilt unser Respekt. Einer Antwort entgegensehend"* verbleibt zum Abschluß des Briefes JN-Oberkader **Andreas Storr**.

Wieso konnten am 1. Mai Nazis in Marzahn marschieren?

Der Bürgermeister des Berliner Stadbezirks, Harald Buttler (PDS), im JW-Interview am 4. Mai '96

*JW: Am 1. Mai marschierten in Berlin-Marzahn 200 sogenannte **Junge Nationaldemokraten** und forderten Arbeitsplätze für Deutsche. Wie konnte es dazu kommen, daß die Nazis in einem **PDS**-regierten Stadtbezirk demonstrieren?*

Buttler: Soweit ich weiß, wurde von den Veranstaltern ordnungsgemäß ein Antrag eingereicht, den die Polizei als zuständige Landesbehörde erhielt. Die Polizei hatte versucht, die Demonstration zu verbieten, woraufhin die Jungen Nationaldemokraten eine gerichtliche Entscheidung anstrebten. Das Gericht befand, daß dem Antrag stattgegeben werden muß, daß also die Rechten demonstrieren dürfen. Die Marzahner Behörden haben dabei keine Entscheidungsbefugnis.

Sie hatten als Bezirksbürgermeister also gar keine Ahnung, daß eine solche Veranstaltung stattfinden würde?

Ich bin durch die Polizei informiert worden, daß die Demonstration stattfinden wird, nachdem das Gericht entschieden hatte, dem Ablehnungsersuchen der Polizei nicht stattzugeben. Über das Ganze redet hier und heute doch kein Mensch mehr. Ich möchte die Sache - es sollen 170 Leute dort gewesen seien - nicht mehr Bedeutung beimessen, als sie verdient. Wie Sie gehört haben, ist es hier zu keiner Randale gekommen.

Weil niemand wußte, daß in Marzahn Rechte aufmarschieren. Warum haben sie die Öffentlichkeit nicht informiert?

Ich habe ein gestörtes Verhältnis zu Chaoten, ob sie links oder rechts sind, interessiert mich weniger. Als ich vom Alex kam, habe ich die von der Polizei besetzten Marzahner Bahnhöfe gesehen und zu meinen Freunden in der PDS gesagt, daß ich nicht dafür bin, Randalebehrende politisch zu decken und zu schützen. Die haben in den linken Reihen nichts zu suchen. Wir treten mit demokratischen Mitteln an, uns in dieser Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Die haben ja nun klassisch versagt.

Wenn ein Gericht entscheidet, kann man nicht sagen, die Demokratie hätte versagt. Ich bin nicht die genehmigende Behörde und auch keine politische Instutition, sondern nur der Bürgermeister dieses Stadtbezirks, der im Höchstfall dafür zu sorgen hat, daß es zu keinen offenen Auseinandersetzungen kommt.

Ist es nicht peinlich, daß so etwas gerade in Marzahn stattfindet, und sie nichts dagegen unternehmen?

Was heißt hier peinlich? Ein rechter Aufmarsch ist keine angenehme Sache, ob in Berlin oder Paris. Ich sage Ihnen, die Leute, die was machen wollen, die setzen auf Schlägerei. Und das ist keine Maßgabe für Demokratie. Man muß sich ideologisch auseinandersetzen. Man muß mit den Leuten diskutieren oder wie am Mittwoch anständige Veranstaltungen im Zentrum der Stadt durchführen.

Im Prenzlauer Berg wurde nachmittags bekannt, was in Marzahn passierte, jedoch hielt es kaum einer der Mai-Revolutionäre für nötig, gen Marzahn zu fahren, wo die Faschisten in aller Ruhe demonstrieren durften...

Ach wissen sie, Faschisten! In Marzahn gibt es keine faschistische Szene und keine rechtsextreme Gefahr mehr. Viele von denen sind inzwischen erwachsen und anständige Familienväter geworden. Ich denke, für jede politische Entartung gibt es im Regelfall eine soziale Wurzel. Natürlich kann ich die Forderung nicht teilen, Arbeitsplätze nur für die Deutschen zu schaffen. Aber Fakt ist auch, daß den Deutschen Jugendlichen kein Arbeitsplatz hierzulande angeboten wird. 1.800 Jugendliche auf dem Nichtausbildungsberg. Ich nehme die sozialen Ursachen für rechtes Verhalten sehr ernst, deshalb engagieren wir uns auch für die Schaffung von Ausbildungsplätzen.

Es handelt sich bei den Faschisten also nur um verirrte Schäfchen?

Die am Mittwoch waren gewiß keine. Aber das waren keine Marzahner. Ich bewerte diesen Zug als derzeit bundesweit mobilisierbare Masse an Faschisten. Und die ist es nicht wert, so aufgewertet zu werden.

Warum fand die Demo dann gerade in Marzahn statt?

Weil die uns provozieren wollten, Marzahn ist die Hochburg der Roten.

Und waren die Marzahner, als die Rechten marschierten?

Die waren auf einen schönen Fest, das die PDS im Dorf Marzahn organisierte. Die haben sich nicht provozieren lassen. Die Faschos blieben allein. Das, was die wollten, fand nicht statt. Und zu Ihrer Kundgebung hier auf dem Helene-Waigel-Platz ist niemand gekommen. Sie waren unter sich, für jeden Demo-Teilnehmer gab es mindestens einen Schupo.

Und das war so weit in Ordnung?

Es gab doch keine Krawalle, oder? ◆

Nazis feierten Herrentag

WGA, JW. 18.5.96 - Eine rechtsextremistische Herrenpartie ist am „Vatertag" von der Polizei aufgelöst worden. Die rund 30 Teilnehmer im Alter von 17 bis 22 Jahren hatten eine Schlägerei mit ausländischen Jugendlichen geplant, wie die Polizei bereits wußte. Bei der Polizeiaktion im Bereich des Biesdorfer Baggersees in Marzahn wurden vier Personen vorläufig festgenommen. Zwei von Ihnen hatten den Hitlergruß gemacht und zwei trugen T-Shirts mit Hakenkreuzen und SS-Runen. Wegen der geplanten Schlägerei wurden die Teilnehmer der Nazi-Partie von der Polizei abtransportiert und fern vom Baggersee an verschiedenen Orten ausgesetzt. Zuvor mußten die deutschen Recken jedoch noch den am See hinterlassenen Unrat aufräumen. Auch im Berliner Umland, z.B. am Choriner See trafen sich viele Nazi-Skinheads und feierten zusam-

men mit deutschen Bierprolls, also nach wie vor ein Tag über den man froh ist, wenn er vorbei ist. Ebenfalls am Herrentag feierten etwa 15 Neonazis auf einem Hof in der Ackerstraße in Mitte und bedrohten mehrere HausbewohnerInnen, bis die Polizei eingriff und die Feier beendete. ◆

Nazi-Kundgebung fehlten Teilnehmer

WGA, JW 10.6.96 - Am 8. Juni '96 scheiterte der Versuch von Neonazis, vor der Justizvollzugsanstalt Moabit eine Kundgebung für den inhaftierten Neonazikader **Marcus Bischoff** abzuhalten. Mehrfach hatte der in letzter Zeit schon versucht, mit aller Kraft auf sich aufmerksam zu machen (WGA #5, 11-13). Bischoff wurde 1995 u.a. wegen diverser NS-Propagandadelikte zu zwei Jahren Haft verurteilt. Zu der vom Polizeipräsidenten genehmigten Kundgebung kam es jedoch nicht, denn nur 15 Neonazis hatten sich vor dem Amtsgericht in die glühende Sonne gestellt. Dort blieben sie dann auch stehen ohne noch weiter irgendwie auf sich aufmerksam zu machen. Mit dabei **Christian Wendt**, Nazi-Multi-Aktivist und Sprecher der ***Nationalen***, **Kim Kurlbaum** von der ***Kameradschaft Beusselkiez*** und **Lars Burmeister** (ehem. ***FAP***). Burmeisters Anwesenheit überraschte, da er in seinem noch laufenden Prozeß (siehe WGA # 15) darauf pocht, nicht mehr in der Nazi-Szene aktiv zu sein und so versucht, in Berufung zu gehen. Dicht abgeschirmt von Polizei in Zivil und Uniform fühlten sich die Nazis sicher vor doppelt soviel AntifaschistInnen welche in der Nähe waren und eine Auge auf das klägliche Häuflein warfen. AntifaschistInnen, welche sich der Nazigruppe zu sehr näherten, wurden mit Platzverweisen belangt. Es kam zu zwei Festnahmen und zahlreichen Kontrollen von Antifas. Nach ca. zwei Stunden tatenlosen Herumstehens stiegen die Nazis in ihre extra in Reichweite abgestellten PKWs und machten sich aus dem Staub. Am Rande der Kundgebung wurden zwar einige Autos beschädigt und einige Nazis mußten flitzen , sonst kam es aber zu keinen Auseinandersetzungen. ◆

Von der Faschoclique zum Wehrsport

blickpunkt 2/96 - In der zweiten Ausgabe vom ***Blickpunkt*** in diesem Jahr wird in dem Artikel „von der jugendclique zum feierabend-nazi'" die Geschichte einer Berliner Nazi-Gruppe aufgezeichnet. Die Mitteilung erregte damals Aufsehen. Die Polizei hatte, so hieß es in einer Erfolgsmeldung, bei Hausdursuchungen eine Wehrsportgruppe aus der Nazi-Szene hochgenommen (siehe WGA #14). Unter dem Namen ***Weißer Arischer Widerstand (WAW)*** hatten hauptsächlich sieben Berliner Neonazis militante Aktionen geprobt; gegen zwei Nazi-Kader wurde Haftbefehl erlassen. Die Gruppe ist ein spannendes Beispiel dafür, wie eine Gruppe rechter Jugendlicher hochgezogen wird, um sich schließlich - fast - zu einer militanten Gruppe zu mausern. Auf die Spur gekommen war die Polizei der Gruppe durch deren großspuriges Auftreten: In einschlägig bekannten Nazi-Kneipen prahlte die Gruppe damit, wie gefährlich sie sei - das Interesse der Staatsschützer war geweckt. Elf Wohnungen dursuchte die Polizei schließlich im Januar, in der dritten wurde man fündig: Fein säuberlich (gut deutsch) hatte der Kopf der Gruppe die Aktivitäten aufgelistet - Wehrsportübungen in Wald und Heide. Der Werdegang der Gruppe begann nicht unüblich. Ein harter Kern von 6 rechten Jugendlichen aus Weißensee und Umgebung beginnt, vietnamesische ZigarettenhändlerInnen auszurauben, die Opfer werden zusammengeschlagen. Um die Gruppe bildet sich ein lockerer Kreis, bald sind es mehr als ein Dutzend junge Nazis und Jugendliche die sich von den Aktionen imponieren lassen.

Doch einem der Köpfe **René W.**, ist das nicht genug. René stammt aus dem Umfeld der ***Kameradschaft Treptow*** (früher ***FAP***-Kameradschaft) um die Nazikader **Detlef Cholewa** und **Tino Stange** und will mehr „rechte Aktionen". Anfang '95 steigen die ersten Wehrsportübungen, ein Waffenlager wird angelegt. Bis zu zwanzig der Nazis sind 18 und 19 Jahre alt, der jüngste ist 16. Doch abends werden bereits - beim Bier in Ostberliner Kneipen - Anschläge vorbereitet. Eine türkische Dönerbude stellt das Feindbild dar. Doch die Frauen der Gruppe, halten die übereifrigen Männer zurück, nicht etwa aus ideologischen Bedenken, sie jammern darüber, daß das Geld nicht mal für die Molotowcocktails reicht. Das letzte Geld landet dann doch immer beim Wirt der Kneipe. Eine feste Organisierung der Gruppe in einer Partei läßt sich nicht nachvollziehen, doch in den Wohnungen finden sich Plakate der ***NPD*** zum Todestag von Rudolf Heß, welche die Gruppe für die NPD plakatierte. Doch die Gruppe will hoch hinaus. Die „Mini-Führer" träumen von bewaffneten Nazi-Gruppen - der Name des WAWs soll sich anlehnen an die internationale rechtsextreme Terrororganisation, die unter anderem in den USA und Schweden operiert. Beim Namenszusatz „Heimatschutz Freicohrs" sind die Jungnazis, bei denen ein Realschulabschluß schon das gehobene Niveau ist, dagegen nicht einmal in der Lage, das Wort „Korps" richtig zu buchstabieren. Doch Stück für Stück arbeitet sich die Gruppe hoch, orientiert sich an ihren Vorbildern, hortet Waffen, übt fleißig den Bürgerkrieg und beteiligt sich an Angriffen gegen Ausländer und Andersdenkenden - bis die Polizei dazwischen geht. *„Wenn wir die noch ein halbes Jahr gelassen hätten"*, sagt ein Polizist, *„wäre den richtig was großes zuzutrauen gewesen"*. ◆

Polizei verharmlost Drohbriefe

DGvE #142 - Am 30. September '95 verstarb in Berlin der alte Antifaschist Prof. Dr. **Jakob Segal** er wurde am 24. Oktober begraben. Voll Respekt und in Trauer nahmen seine Freunde und FreundInnen Abschied von einem Antifaschisten, der für seine Wahrheiten auch mit der Waffe gekämpft hat. 1933 nach Frankreich geflüchtet, kämpfte er in der französischen Widerstandsbewegung und im ***NKFD*** gegen Hitler. Wenige Tage nachdem in der Zeitung Neues Deutschland eine Todesanzeige erschienen war, erhielt die Witwe **Lilli Segal** einen Drohbrief von einem ***Forum Sauberes Deutschland*** „Gau Berlin" mit wüstesten Beschimpfungen. Unter anderem hieß es dort: *„Der Abgeschiedene war ein Schwein, ein Aasgeier, schizophren, eine wissenschaftliche Null, ein Volksschädling. Er muß als Sondermüll entsorgt werden. Die Blase + Freunde/Genossen werden vernichtet, da sie Lebensunwert sind. Deutschland muß sauber werden."* Dieser Brief ist nur einer von vielen ähnlich gelagerten auch ihr Briefkasten wurde schon aufgebrochen. Als sich Lilli Segal an die Polizei wandte, meinte der diensthabene Polizist, daß dies nicht ernstzunehmen sei. ◆

Mahnmal für Kemal Altun

AN 10/96, BeZe 21.5.96 - Eine Granit-Skulptur an der Hardenbergstraße erinnert ab dem 22. Mai '96 an **Kemal Altun**. Kemal, ein damals 23jähriger Flüchtling aus der Türkei, hatte sich am 30. August '83 aus Angst vor seiner Auslieferung an die türkische Militärdiktatur aus dem 6. Stock des Westberliners Verwaltungsgerichts zu Tode gestürzt. Aus Spendenmittel finanzierte der Bezirk Charlottenburg nun den 2,40 Meter hohen Granitstein, den der Bildhauer **Akbar Behkalem** schuf. Er verzichtete auf sein Honorar und fertigte eine Skulptur, die einen fallenden Menschen zeigt. „Kemal, tu es nicht", hat sein Anwalt Wolfgang Wieland (heute im Abgeordnetenhaus für

die Grünen) geschrien, als Altun zum Fenster stürmte. Vergeblich, Kemal sprang und stürzte 25 Meter in die Tiefe. Er war der erste politische Flüchtling, der sich das Leben nahm, weil er nicht mehr daran glaubte, daß deutsche Gerichte ihn vor Gefängnis und Tod in der Türkei retten würden. 1981 war er illegal nach Berlin gekommen und hatte Asyl beantragt. Den in der Türkei herrschenden Miltärs war der Sozialdemokrat ein Dorn im Auge. Er wurde aufgrund eines völlig konstruiereten Verdachts, der Beteiligung an der Ermordung eines türkischen Zollministers, in der Türkei gesucht. Dann geriet er in die Mühlen des deutschen Asyl- und Auslieferungsrechtes. Als sein Asylantrag vorlag, fragten die deutschen Behörden in Ankara nach, ob denn etwas gegen Kemal vorliege - und verrieten so den türkischen Behörden seinen Aufenthaltsort. Prombt kam dann auch das Auslieferungsgesuchen und Altun wurde in die Auslieferungszelle gesperrt, obwohl sein Asylverfahren noch lief. 13 Monate saß er dort, auch dann noch, als er im Juni '83 als politisch Verfolgter anerkannt worden war. Denn der Bundesbeauftragte für Asyl-Angelegenheiten des damaligen Innenministes Friedrich Zimmermann klagte gegen die Anerkennung. Ihm lag mehr an einer guten polizeilichen Zusammenarbeit mit der Türkei, als an Kemal Altuns Leben. In Bonn ergab sich eine seltsame Koalition, die auf die Auslieferungs Kemals drängte. Nicht nur Zimmermann, auch das Justizministerium unter dem FDP-Minister Hans Engelhard und Staatssekretär Klaus Kinkel wünschten sie sich. „Sprachrohr" der Bundesregierung im Auslieferungsverfahren war der damalige Bundesbeauftragte für Asyl-Angelegenheiten, **Johann Reichler**. Ein Tag vor Kemals Tod nahm Reichler ihn ins Kreuzverhör. **Alisa Fuss**, welche Kemal im Gefängnis kennenlernte berichtete: *„Er fragte, was Altun vor drei Jahren an einer bestimmten Uhrzeit getan hat. Niemand hätte darauf antworten können."* Als er darauf nicht antworten konnte, meinte Reichler: *„Sehen sie - Altun ist nicht glaubwürdig".* Am nächsten Morgen nahm Kemal Altun sich das Leben. ◆

Mahnmal am Bahnhof

ND 15.5.96 - Die ***Deutsche Bahn AG*** wird am Bahnhof Grunewald ein Mahnmal für die in Vernichtungslager deportierten Juden errichten. Ein entsprechendes Gedenkstätten-Konzept wurde von einer Jury beschlossen. Verwirklicht werden soll der Entwurf von Hirsch, Lorch und Wandel. Dieser sieht vor, das damalige Deportionsgleis 17 durch ein Stahlguß-Band einzurahmen. Mit den Arbeiten soll noch in diesem Jahr begonnen werden. ◆

Brandenburg

Mordversuch vor Gericht

RAG #16, BeZe 8.5., ND 15.5.96 - Am Mittwoch dem 8. Mai '96 stand in Neuruppin der 19jährige **Andre M.** vor Gericht.Der 19jährige war wegen versuchhten Mordes angeklagt, da er im Januar versucht hat ein 17jähriges türkisches Mädchen in Flecken Zechlin zu überfahren (siehe WGA #13). Der Angeklagte hat seine Tat gestanden und als Motiv Ausländerfeindlichkeit angegeben. Das Urteil wurde am 14. Mai gefällt und beträgt dreieinhalb Jahre wegen versuchten Mordes. Der rassistische Überfall kam nicht überraschend. Schon lange benutzten Faschos die Freizeiteinrichtungen der Bildungsstätte mit, pöbelten Leute an und bei einem Einbruch in der Bildungsstätte wurden Hakenkreuze geschmiert. Außerdem stellte sich heraus, daß bei verschiedenen Treffen in Flecken Zechlin ein gewisser „Opa Lange" (WGA #15), seiner richtiger Name lautet **Wilhelm Lange,** dort war und Kontakt zu den Jugendlichen aufgenommen hatte. ◆

Provokationen in Sachsenhausen

Berliner Presse 12.-14.5.96 - Am 10. Mai '96 wurde in der Gedenkstätte Sachsenhausen ein 16jähriger festgenommen, der auf der Gedenkstätte „Sieg Heil" brüllte und mit einer Schreckschußpistole um sich schoß. Zum Glück wurde niemand verletzt. Wie die Neuruppiner Staatsanwaltschaft mitteilte, habe der Beschuldigte die Schüsse zwar zugegeben, seine Äußerungen allerdings bestritten. Bei der Durchsuchung in seiner Oranienburger Wohnung wurde rechtes Propagandagut gefunden, wie z.B. ein Exemplar der Compact Disc „Republik der Strolche" der Gruppe ***Landser***. Am Freitag dem 17. Mai wurde nach Mitteilung der Neuruppiner Staatsanwaltschaft Anklage gegen den 16jährigen Oranienburger erhoben. Die Anklage lautet Verbreitung von Parolen und Grußformen verfassungswidriger Organisationen. Außerdem wurden die Nazi-Schmiererein im Kondolenzbuch der Gedenkstätte vom Donnerstag dem 30. Mai weitgehenst aufgeklärt. Wie die Staatsanwaltschaft in Neuruppin mitteilte, hat eine 17jährige zugegeben, daß ein Teil der Schmierereien von ihr sind. Nach einem Besuch der Gruppe, in welcher sich das Mädchen aufhielt, hatten Mitarbeiter der Gedenkstätte im Gästebuch Hakenkreuze und Naziparolen entdeckt. ◆

Antifa-Workcamp in Ravensbrück

WGA - Vom 24. bis 27. '96 Mai fand in der Gedenkstätte Ravensbrück ein Antifa-Workcamp statt. An drei unterschiedlichen Projekten arbeiteten 45 TeilnehmerInnen. Es wurden Gleisanlagen, die ins ehemalige Arbeitslager von Siemens führten, von Unkraut und Sträuchern befreit. Die Arbeiten, ein Gespräch mit Zeitzeugen und die aktuelle Ausstellung auf Videoband dokumentiert. Im nächsten Jahr soll ein weiteres Workcamp folgen. Unterstützt wurde das Projekt von der ***Hildegard-Hantsche-Stiftung***. ◆

Demo in Brandenburg

JW 13.5.96 - Am 11. Mai '96 gedachten etwa 300 AntifaschistInnen aus Brandenburg und Berlin in Brandenburg/Havel den Opfern alter und neuer Nazis. ◆

Bremen

Rock gegen Rechts

JRE - Am 27. April '96 fand im „Lehe-Treff" in Bremerhaven ein politischer Aktionstag mit Konzert statt. Es gab zwei Veranstaltungen zu den Themen „Antifaschistischer Widerstand" und „Kurdistan". Auf der ersten Veranstaltung wurde von einem Widerstandskämpfer aus Bremen berichtet, wie vor, im und nach dem Faschismus Widerstand geleistet wurde. Er führte aus, wie faschistische Bewegungen mit Kapitalinteressen zusammenhängen und wo heute Ansatzpunkte für antifaschistischen Widerstand sind. Anschließend berichtete eine Frau aus der „Antifa M" über deren Antifa-Konzept und die Repression, der die Gruppe ausgesetzt ist. Die Kurdistan-Veranstaltung lebte von dem Bericht zweier Newroz-Delegationsteilnehmer, die eine Übersicht der aktuellen Lage in Kurdistan gaben. Anschließend wurde von kurdischen, türkischen und deutschen TeilnehmerInnen eine angeregte Diskussion geführt. Weitere Solidaritätsaktionen sind geplant. Im Publikum saß auch ein offensichtlicher Zuhörer der Polizei in zivil, der aber nach Aufforderung den Raum verließ. Höhepunkt des Tages war dann das Konzert, das mit 350 Leuten für Bremerhaven hervorragend besucht war. Es wurde ein Musikmarathon mit fünf Bands, unterbrochen von mehreren Redebeiträgen und einer T-Shirt-Verlosung. Stimmungsmäßig, politisch und finanziell war der Aktionstag ein Erfolg. Außerdem gab es im Rahmen des Konzerts eine prima Zusammenarbeit mit den meisten anderen linken Gruppen Bremerhavens. ◆

Hamburg

DVU-Sonnenwendfeier

AN 10/96 - Die norddeutschen Landesverbände der ***DVU*** planen für den 21. Juni '96 die Durchführung einer großen Sonnenwendfeier. Nebst „musikalischer Umrahmung" ist eine Rede des langjährigen ***NPD***-Funktionärs und DVU-Kandi-

daten **Hans Weidenbach** vorgesehen. Organisiert wird diese Feier offenbar von der DVU Hamburg. ◆

Polizeischutz für Jungnazi

JW 17.5.96 - Für heftige Reaktionen hat die Abiturprüfung von **Jan Zobel**, Bundespressesprechers der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** gesorgt. SchülerInnen der Jahn-Schule haben am 15. Mai '96 in einer Erklärung erneut dagegen protestiert, daß der 19jährige Zobel, der auch Vorsitzender der Hamburger JN ist, am Vortag an ihrer Schule im Fach Philosophie geprüft wurde. Zobel konnte sich der Prüfung nur unterziehen, weil Vertreter der Schulbehörde für zwei Lehrer eingesprungen waren, die sich geweigert hatten, das Abitur des Rechtsextremisten abzunehmen. Die Prüfung hatte angesichts heftiger Proteste von SchülerInnen und LehrerInnen unter Polizeischutz stattgefunden. Gegen die beiden boykottierenden Lehrer wurden unterdessen disziplinarrechtliche Schritte eingeleitet. ◆

Bombe gefunden

bnr 10/96 - Einen brisanten Fund machte eine Frau in Hamburg: Hinter ihrer Küchenspüle entdeckte sie einen Sprengsatz, versteckt in einem Beutel. Sie hatte die Wohnung in der Juliusstraße nach dem Auszug des Neonazis **Henry Fiebig** bezogen. Fiebig war bis Dezember '92 Kader der verbotenen ***Nationalen Offensive***. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei damals bei ihm Waffen und reichlich NS-Propagandamaterial. Als er im Juni '93 auf Flugblättern geoutet wurde und sich eine Demonstration vor seiner Wohnung formierte, schoß Fiebig aus einem Fenster auf die dort versammelten Personen. Ein großes Polizeiaufgebot überwältigte ihn damals. Seit fast zwei Jahren ermittelt nun die Bundesanwaltschaft gegen ihn wegen der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung. Er soll an der Erstellung der Broschüre „Eine Bewegung in Waffen" mitgewirkt haben. Darin wird der Bau von Brandsätzen erläutert, das Leben in der Illegalität beschrieben sowie zum Töten politischer Gegner aufgerufen. ◆

Mecklenburg-Vorpommern

Waffenlager in der Wohnung

JW 17.5.96 - Ein umfangreiches Waffenlager hat die Polizei bei einem 25jährigen in Burg Stargard entdeckt. Die Palette der elf funktionstüchtigen Waffen reichte von Pistolen über ein deutsches Sturmgewehr bis zu Kalaschnikow und Maschinengewehren aus dem Zweiten Weltkrieg. Wie die Polizei am 15. Mai '96 mitteilte, seien neben den Waffen auch Uniformteile, Wehrmachtsschriften und eine „Ahnengalerie des Dritten Reiches" gefunden worden. ◆

Nazifeier in Rostock

ND 20.5.96 - Besucher eines Jugendclubs im Rostocker Stadtteil Groß Klein gröhlten in der Nacht zum 19. Mai '96 faschistische Parolen und sangen rechtsradikale Lieder. Einige der Rechtsradikalen wurden von der Polizei überprüft. ◆

Überfall auf Ausländer

JW 3.6.96 - Bei einem Volksfest am 1. Juni '96 in Kavelsdorf griff eine Gruppe von etwa zwanzig rechten Jugendlichen nach Polizeiangaben vier Ausländer an und verletzte diese mit Messerstichen. Anschließend flüchteten die Täter, lediglich ein 17jähriges Mädchen wurde festgenommen. ◆

Kritik an Abschiebeversuch

ND 15.5.96 - Scharfe Kritik am Versuch, eine armenische Asylbewerberin und ihre vierjährige Tochter abzuschieben, übten Schweriner BürgerInnen. Sie seien empört über die menschenunwürdigen Methoden der Polizei und deren Duldung durch die Politiker, erklärten sie in einem am 14. Mai '96 verbreiteten Brief an Innenminister **Rudi Geil** (CDU), den Innenausschuß des Landtages, die Ausländerbehörde sowie die Polizeidirektion. Zu den Unterzeichnern gehören der evangelische Probst **Holger Marquardt** sowie die Domsprecher **Andreas Weiß** und **Friedrich-Karl Sagert**. Die Abschiebung wurde erst vom Chef der Ausländerabteilung im Innenministerium gestoppt. ◆

Niedersachsen

Hetendorfer Tagungswoche

JW 30.5.96 - Zum sechsten Mal soll vom 15. bis 26. Juni '96 die Hetendorfer Tagungswoche stattfinden, bundesweit eines der größten und wichtigsten faschistischen Treffen. Bei der alljährlichen Veranstaltung werden wieder bis zu 300 alte und junge Nazis erwartet. Zehn Tage lang werden die BesucherInnen durch Vorträge rechter „Größen" ideologisch geschult und „germanische" sowie „heidnische Brauchtümer" gepflegt. Höhepunkt des Spektakels wird die Sommersonnenwendfeier in der Nacht zum 21. Juni '96 darstellen. Die braune Zusammenkunft dient der Vernetzung und Stabilisierung der Szene, dem Informationsaustausch und der Ideologiebildung. Maßgeblich verantwortlich zeichnen Vereine wie ***Artgemeinschaft***, ***Heide-Heim*** oder ***Freundeskreis Filmkunst***, die personell engmit dem Zentrum verwoben sind. Allen voran der Hamburger **Jürgen Rieger**, wichtigster Rechtsanwalt im faschistischen Lager und Funktionär zahlreicher dieser Gruppen. Das Schulungszentrum Hetendorf 13 in der Südheide existiert seit 1979 und war in der Vergangenheit immer wieder Schauplatz solcher Zusammenkünfte. Jahrelang veranstaltete die mittlerweile verbotene ***Wiking-Jugend*** ihr „Tage volkstreuer Jugend" sowie Sommer- und Herbstlager mit militärischer Ausbildung. Die Szene feierte Hochzeiten nach „altgermanischem Ritus" und Sonnenwendfeiern. 1992 führte die später ebenfalls verbotene ***Nationalistische Front*** ihren letzten „Bundesparteitag" auf dem Gelände durch. Im selben Jahr hielt der international bekannte Geschichtsrevisionist **David Irving** trotz Einreiseverbots dort eine Rede. Das Zentrum bietet mit seinem insgesamt 7.000 Quadratmeter großen Grundstück (abgesichert mit Stachel- und Natodraht) und vier Gebäuden einen iedalen Treffpunkt. Seit 1990 befindet sich das Gehöft im Besitz des Heide-Heim e.V. aus Hamburg, ein zweiter Verein gleichen Namens in Buchholz fungiert als Unterstützer. Vorsitzender beider Vereine ist der Buchholzer **Gerhard Hennig**, dessen Stellvertreter ist **Jürgen Rieger**. Der Widerstand gegen die faschistischen Umtriebe in der Region wurde im vergangenen Jahr verstärkt und gezielt gegen das Nazi-Zentrum gerichtet. Ein breites ***Bündnis gegen Rechts*** organisierte 1995 ein Pfingstcamp und eine Demonstration. Danach fanden bisher drei „antifaschistische Sonntagsspaziergänge" am Nazigelände statt. Seitdem haben die faschistischen Aktivitäten dort deutlich nachgelassen. Zuletzt wurde eine großangelegte Unterschriftensammlung für die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der beiden Trägervereine organisiert. Für die AntifaschistInnen vor Ort ist der erste Schritt hin zur Schließung erreicht - nämlich das Öffentlichmachen der Naziaktivitäten und das Stören ihrer ländlichen Idylle. Dieses Jahr sollen die FaschistInnen an der Anreise aktiv gehindert werden. ◆

Ablaßerklärung

JW 6.5.96 - Wie bereits in der vorigen WGA berichtet, wurde von der ***Antifa M*** verlangt, als Gegenleistung für eine Einstellung des Verfahrens gegen sie, eine Art Ablaßerklärung abzugeben, was diese jedoch bisher ablehnen. Somit wird der Prozeß gegen die 17 Angeklagten voraussichtlich am 14. August '96 beginnen. Hier der Wortlaut der verlangen Erklärung:

„Erklärung des/der Angeklagten ...

1. Mir ist bekannt, daß die Gruppe „Autonome Antifaschisten (M)" seit 1990 in Südniedersachsen und hierbei insbesondere in Göttingen eine Reihe von Demonstrationen unter Teilnahme sogenannter „schwarzer Blöcke" vorbereitet und durchgeführt hat. Auch ich habe als Angehöriger der „Autonomen Antifaschisten (M)" an einem Teil dieser Demonstrationen in strafbarer Weise mitgewirkt.

2. Ich erkläre daher, in Zukunft keine strafbaren Handlungen zu begehen. Insbesondere werde ich mich an der Vorbereitung und an dem Marsch „schwarzer Blöcke" nicht beteiligen. Die Vorschriften des Versammlungsgesetzes zum Verbot von Vermummung, Bewaffnung und Tragen von Schutzbewaffnung werde ich beachten und einhalten...

3. Am .. ist meine Wohnung in Göttingen ... durchsucht worden. Dabei sind folgende Gegenstände sichergestellt und beschlagnahmt worden, wie unter Ziffer ... der Anklage der GStA vom ... in Anlage A aufgelistet. Ich verzichte auf die Rückgabe der genannten Gegenstände." ◆

Goden-Treffen

bnr 10/96 - Zur traditionellen Frühjahrstagung des neugermanischen ***Bunds der Goden*** fanden sich rund 60 Teilnehmer in Döhle (Lüneburger Heide) ein. Goden-Vorsitzender ist **August Ventger**, Alter Herr der Burschenschaft ***Askania Hamburg*** und Leserbriefschreiber in der NS-Zeitung „Der Scheinwerfer" und der zwischenzeitlich eingestellten antisemitischen Postille „Die Bauernschaft". Zugegen bei der Versammlung waren auch der einstige Rechtsterrorist **Manfred Roeder** und **Ernst Otto Cohrs** vom „Weltbund zum Schutz des Lebens". ◆

Prozeß gegen NF-Kader

AN 9/96 - In Braunschweig ist der Prozeß gegen die örtlichen Führungskader der verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)*** eröffnet worden. Den vier Angeklagten zwischen 25 und 40 Jahren wird u.a. die Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie Volksverhetzung vorgeworfen. Auch nach dem NF-Verbot hatten die Angeklagten zahlreiche Straftaten begangen. Bei dem Hauptangeklagten fand die Polizei bei einer Hausdurchsuchung ein Schnellfeuergewehr mit 430 Patronen, mehrere Kilo Schwarzpulver sowie zahlreiche Unterlagen. Darunter zum Beispiel sich Pläne für Propagandaeinsätze und umfangreiche Auflistungen darüber, wie man politische Gegner bekämpft. ◆

Resolution zum Prozeß gegen die »Antifa M«

BAT 5/96 - Seit etwa drei Jahren findet das ***Bundesweite Antifa-Treffen (B.A.T.)*** statt. Bei ihrem Treffen im Mai '96 einigte sich der Zusammenschluß von ca. 40 Gruppen auf eine Resolution, die wir hier dokumentieren: *Am 14. August 1996 wird in Lüneburg der Prozeß gegen 17 Menschen aus Göttingen eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder der Autonomen Antifa (M) Göttingen zu sein. Diese soll eine „kriminelle Vereinigung" nach § 129 StGB sein. Das Verfahren ist auf 131 Verhandlungstage (mit drei Prozeßtagen pro Woche) angesetzt. Durch Festlegung des Gerichts von zwei AnwältInnen pro Angeklagter/m ergeben sich insgesamt 3,5 Millionen DM Kosten. Das bedeutet den finanziellen Ruin der Angeklagten. Hier soll eine öffentlich arbeitende Gruppe zu einer „kriminellen Vereinigung" erklärt werden. Die strafrechtlichen Grundlagen dieses Verfahrens sind im wesentlichen lediglich angebliche Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und angeblicher Landfriedensbruch. Eine Verurteilung in diesem Verfahren würde einen deutlichen Einschnitt in die Möglichkeiten linker Organisierung bedeuten. Mit einer Verurteilung würde ein Präzedenzfall geschaffen, der jederzeit auf andere ähnlich arbeitende linke Gruppen übertragen werden könnte. Das Verfahren gegen die Antifa (M) ist Teil der Repression gegen die Linke in den letzten Jahren, die unter anderem dazu dient, die politische Arbeit lahmzulegen. Beispiele dafür sind die Konstruktion einer „kriminellen Vereinigung" Radikal; die mehr als 80 bundesweiten Hausdurchsuchungen vom 13.6.1995 im Rahmen der Ermittlungsverfahren gegen die Radikal, das KOMITEE, die AIZ und wegen angeblicher Unterstützung der RAF, die von Innenminister Kanther selbst als „Präventivschlag gegen die Linke" bezeichnet wurde; Ermittlungsverfahren nach § 129a in Passau und Weimar; die Beugehaft in Wiesbaden und Frankfurt/Main; das Verbot der PKK und anderer kurdischen Organisationen sowie der Kriminalisierung jeglichen kurdischen Widerstandes. Vor dem Hintergrund der forcierten (Re-)Militarisierung der deutschen Außenpolitik und der massiven Umverteilung von unten nach oben, läuft der Repressionsapparat nach innen auf vollen Touren. Angriffe auf linke Strukturen gab es schon immer; einem mehr, einmal weniger. Bei diesen Angriffen geht es um die Zerschlagung von Strukturen, die für eine Organisierung der Linken eintreten und um das Kappen linker Geschichte, Strukturen, welche linke Geschichte nicht auf den Müllhaufen derselben werfen, sondern diese aufgreifen, um daraus neue revolutionäre Perspektiven zu entwickeln, die weiterhin linken militanten Widerstand thematisieren. Gegen diese Strukturen richtet sich die Repression in diesem Moment. Kämpfen wir dagegen an! Das B.A.T. fordert die sofortige und bedingungslose Einstellung der Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) und die Herausgabe allen beschlagnahmten Materials. Das B.A.T. ruft zur Teilnahme an der Demonstration in Göttingen zu Beginn des Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M) auf. Keine Kriminalisierung des linksradikalen Widerstandes! Solidarität ist eine Waffe!*

Nordrhein-Westfalen

Demo in Büren

UZ 10/96, BeZe 28./29.5.96 - Am Pfingstsonntag dem 26. Mai '96 demomstrierten in Büren etwa 3.000 Menschen gegen Deutschlands größten Abschiebeknast. Dort können, versteckt im Wald und gesichert durch eine fünfeinhalb Meter hohe Betonmauer, bis zu 600 Abschiebehäftlinge eingesperrt werden. Anlaß der Demo sollte ursprünglich der dritte Jahrestag der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl sein, jedoch gab es dann leider noch unerwartet einen zweiten: den Tod von zwei algerischen Häftlingen in der JVA Kassel am gleichen Wochende. Die Kundgebung vor dem Gefängnis und die Demonstration vom Knast in das acht Kilometer entfernte Büren verliefen ohne gewaltsame Auseinandersetzungen. Jedoch hatte die Polizei im Vorfeld der Demo angereiste DemonstrantInnen teilweise mehrfach angehalten und durchsucht. Aus einem Bus aus Heildelberg wurden zwei Personen gezerrt und brutal in den Staßengraben gedrückt. Insassen eines Busses aus Bonn wurden mit Knüppeln und Chemical Mace attakiert. Insgesamt landeten etwa 80 Frauen und Männer in Polizeigewahrsam, darunter auch einige Flüchtlinge, die ihren vorgeschriebenen Aufenthaltsort verlassen hatten, um gegen das Abschiebegefängnis zu demonstrieren. Die DemonstrantInnen reagierten entschlossen: „Solange die Leute nicht frei sind, werden wir hierbleiben.", hieß es auf der Abschlußkundgebung auf dem Bürener Marktplatz. Die Polizei hingegen sagte, sie würden erst freigelassen werden, wenn die DemonstrantInnen den Platz räumten. Am Abend waren alle Inhaftierten wieder auf freien Fuß. Die starke Polizeipräsenz (4.000 Beamte im Einsatz wurden unterstützt durch Wasserwerfer, Räumpanzer und Hubschrauber) dürften dem Großteil der Bürener Bevölkerung gefallen haben. Die um der Stadtfrieden besorgten BürenerInnen haben sogar eine Bürgerwehr gegründet, um sich gegen „Reisechaoten" und „gewaltätige Autonome" durchzusetzen. Sie können es gar nicht verstehen, was diese Leute an den „Krimi-

nellen" fänden, weil „hätten die nichts gemacht, säßen die auch nicht da". Die wenigen Ortsansässigen, die im Verein ***Hilfe für Menschen in Abschiebehaft*** organisiert sind, wurden als „schwul" bezeichnet. Lokalmedien und Politiker spielen Bedeutung des Abschiebegefängnisses und den Umgang mit den Gefangenen runter. So erklärte es Anstaltsleiter **Möller** die Freiheitsberaubung von Flüchtlingen gegenüber einer Schulklasse mit den Worten: „Ihr sperrt Eure geliebten Karnarienvögel doch auch ein, damit sie nicht wegfliegen". ◆

Reaktionen auf Gladbeck

JW 18./30.5., UZ 9/96, WGA - Wir berichteten in der vorigen Ausgabe, daß **Thomas Lemke** nach eigenen Angaben fünf Menschen umgebracht hat. Zwei dieser Morde soll sich Lemke, so der „Spiegel", jedoch nur ausgedacht haben. Seine Opfer waren eine Frau, weil sie einen „Nazis raus"-Button trug, eine ehemalige Freundin, weil sie ihn hätte verraten können und ein Mitwisser aus der Naziszene, weil dieser ihn bei der Polizei schwer belastet hatte. Lemke gestand diese Morde nachdem er am 17. März '96 festgenommen wurde. Im Laufe der Vernehmung erlitt Lemke einen Schwächeanfall und ist seitdem in ärztlicher Behandlung. Er gab an, daß er die Anweisungen zu seinen Morden vom Germanengott Odin bekommen hatte. Für die Polizei und Staatsanwaltschaft Essen scheint der Fall klar: Lemke sei „zur Tatzeit zumindest vermindert schuldfähig gewesen". Ein „irrer Einzeltäter" also, der raus aus der U-Haft und rein in die geschlossene Psychiatrie gehöre. Beim „verrückten Serienmörder" Thomas Lemke handelt es sich jedoch um einen Neonazi, der eine beachtliche „rechte Karriere" vorweisen kann: Seit 1984 hatte er Kontakte zur rechten Szene (***FAP***, ***Deutsche Liga***, ***DVU***, ***NF***). Nach seiner Verhaftung fand man in seinen Unterlagen die Adressen führender Neonazis (siehe WGA #16). Schon seit seit 1991 mußte er eine dreijährige Freiheitsstrafe verbüßen. Während dieser Zeit tauchte sein Name auf einer Gefangenenliste in der ***New Order*** (USA) auf. Im Knast verfaßte er einen Artikel für die ***Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene (HNG)*** mit dem Titel: „Wie verhalte ich mich in Gesinnungshaft am besten?". Den Auftrag dazu bekam er von seinem FAP-"Kameraden" **Erhard Kemper**, einem Münsteraner Agraringenieur. 1992 war Lemke sogar „Gefangener des Monats". Im Februar '96 schickte er dem Gladbecker Amtsricher der ihn '91 verurteilt hatte eine Briefbombe. Lemke wurde auch nach der Haft weiterhin vom Verfassungsschutz (VS) beobachtet. Zwar habe dieser laut dem Spiegel Lemkes Spur nach zehn Jahren verloren, aber, wie die „Junge Welt" berichtet, will das Bundesamt für Verfassungsschutz in der fraglichen Zeit Erkenntnisse aus Beobachtungen Lemkes direkt an das Landeskriminalamt (LKA) weitergeleitet haben. Dieses hat Lemke jedoch nicht verhaftet, obwohl er seit dem Frühjahr '95 mit Haftbefehl gesucht wurde. Damit hat das LKA gegen das Legalitätsprinzip verstoßen. Dieses zwingt die Polizei, bei Gesetzesverstößen einzuschreiten. Es stellt sich die Frage, ob die Morde unter Aufsicht des VS passiert sind. Die ***PDS***-Bundestagsgruppe stellte sie in einer Kleinen Anfrage laut und wurde prompt abgewiesen: Die Bundesregierung, in deren Zuständigkeit die Tätigkeiten von VS und BKA fallen, weigerte sich, Auskunft zu erteilen. Dazu meinte die Bundestagsabgeordnete **Ulla Jelpke** (PDS) : *„Der Bundesregierung ist kein Mittel zu schade, um den von ihr erwünschten Eindruck vor der internationalen Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten, in der Bundesrepublik gebe es kein zu derartigen Gewaltverbrechen fähiges und entschlossenes rechtsextremistisches Potential!"* Es wird im Fall Lemke sicherlich noch viel zu klären sein. ◆

Schüsse auf Flüchtlinge

Taz 11.5.96 - Am späten Abend des 9. Mai '96 sind in Lippetal zwei Asylbewerber nur knapp einem Anschlag entgangen. Ein Schütze, der noch unbekannt ist, hatte mit einem Schrotgewehr zwei Schüsse auf das beleuchtete Haus abgefeuert. ◆

Nazis & Verfassungsschutz (II)

EV #102 - Erneut berichtet ein Neonazi aus dem Aachener Raum in der ***Europa Vorn*** über einen Versuch des NRW-***Verfassungsschutzes***, Neonazis als Informanten zu gewinnen. Zwei Beamte hätten versucht, den Nazi über Teilnehmer, Strukturen und Veranstaltungen des „Gesprächskreises Aachen" der ***Jungen Freiheit*** auszufragen. Der Mann lehnte jedoch eine Zusammenarbeit ab. Ähnlich war es seinem Kameraden **Sascha Wagner** aus Aachen ergangen: Wie wir in der WGA #14 bereits berichteten, sollte er ebenfalls für den VS angeworben werden. Er rückte aber die von ihm verlangten Informationen über Steffen Hupka und Andre Goertz nicht raus. Der, nun ins Visier der Verfassungsschützer geratene, Rechtsradikale hatte zwei Wochen nach seiner ersten Begegnung mit den Beamten eine unerwartete Wiederbegegnung einer anderen Art: *„Sie erhofften sich aufgrund meiner politischen Einstellung gegen Linksextremisten einen höheren Wahrheitsgehalt der Informationen. Gegen Ende des ersten Gespräches hatten sich die beiden nach meiner Einstellung gegenüber Linken erkundigt. Ich hatte ihnen gesagt, daß Linksextremisten in der BRD Narrenfreiheit besäßen und für Straftaten kaum belangt würden. [...] Aus den Rechtsextremismus-Experten waren innerhalb weniger Tage stramme Antikommunisten geworden."* Im konkreten sollte der Rechtsradikale die Fachschaft Philosophie der Aachener Uni und deren Mitglieder beobachten. Die VS-Beamten vermuteten hier Kontakte zu „Linksterroristen". Der Angesprochene ließ auch diese Zusammenarbeit platzen. Die „Europa Vorn" lobte dieses Verhalten und freute sich über ihren unbestechlichen Kameraden, dessen Geschichte sie zum „Schutz vor Verdächtigungen" bekanntgab. ◆

Walendy verurteilt

bnr 7/96, NIT 21.5.96 - Der Inhaber des ***Verlags für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung***, **Udo Walendy** ist vom Bielefelder Gericht zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Zuvor waren seine Geschäfts- und Privaträume in Vlotho durchsucht. Dabei wurden Hefte aus Walendys revisionistischer Reihe „Historische Tatsachen" und Machwerke wie Hitlers „Mein Kampf" und der „Auschwitzer-Mythos" von Wilhelm Stäglich beschlagnahmt. Weil seine „Historischen Tatsachen" aber eher hysterische Geschichtsverdrehungen sind, wurde er nun wegen Volksverhetzung verurteilt. Einigen seiner „Kameraden" erging es ähnlich: Einer wurde wegen Verstoßes gegen das Waffengesetzes und Volksverhetzung vom Landgericht Braunschweig zu vier Jahren Haft verurteilt. Das ehemalige Mitglied der ***Nationalistischen Front (NF)*** wurde außerdem wegen der Fortführung einer verbotenen Vereinigung für schuldig befunden. Die drei anderen erhielten Haftstrafen zwischen 12 und 18 Monaten. ◆

»Kulturwerk Bonn«

NIT 30.4.96 - Am 26. April '96 fand in Bonn eine Veranstaltung des ***Kulturwerkes Bonn*** statt. Unter den ca. 150 Teilnehmern befanden sich Anhänger unterschiedlichster rechtsradikaler Organisationen. Der neue ***NPD***-Bundesvorsitzende **Udo Voigt** hielt eine Einführungsrede, in die „Grundpfeiler nationaler Politik" darlegte. Anschließend stellte der bekannte Nazi-Klampfenquäler **Frank Rennicke** mehrere neue Stücke vor. ◆

NPD in Essen

AN 10/96, NIT 30.4.96 - Auch dieses Jahr fand der Landesparteitag der ***NPD*** in Essen statt. Die über 60 TeilnehmerInnen trafen sich am Sonntag dem 28.April '96 in der Essener Gaststätte ***Iskra***. Der kroatische Wirt wußte angeblich nicht, wem er seine Geschäftsräume zur Verfügung stellte und außerdem käme jeder rein, der Geld mitbringe. Als Reaktion darauf will der SPD-Ortsverein Essen-Rüttenscheid keine Veranstaltungen mehr im Iskra durchführen. Der Parteitag lief ohne Störungen ab, da scheinbar weder Staat noch Antifa bescheid wußten. Gesprochen haben unter anderem der neue Auslandsbeauftragte des NPD-Bundesvorstandes **Wolfgang Nahrath**, **Udo Walendy** (als Gast-

referendar) und der Landesvorsitzende der ***Junge Nationaldemokraten (JN)***, **Achim Ezer**. Letzterer sprach über die Perspektiven der bisherigen und zukünftigen *„Jugendarbeit"* in der NPD. Im Anschluß an den Parteitag spielte **Frank Rennicke** *„Lieder zum Mitsingen". „Natürlich wurde wie immer den gefallenen Helden unseres Vaterlandes gedacht und der Parteitag mit dem Lied der Deutschen beschlossen."*, freute sich das Nationale Infotelefon. ◆

Anti-Antifa aufgeflogen

Infoblatt #34 - Im Juni '95 tauchte der Neonazí **Benjamin Oster** (Ziegelsteinweg 24, 51149 Köln,Tel.: 02203/12662) in mehren Kölner Szene-Treffpunkten auf, wo er versuchte, Kontakte zur autonomen und Antifa-Szene zu knüpfen. Außerdem schreibt er noch immer Antifa-Gruppen und -Zeitungen unter seinem Namen an, um Infos zu kriegen. Oster ist seit dem Ende



Benjamin Oster

der 80er Jahre in der rechten Szene aktiv: Ehemals Mitglied der ***Republikaner***, dann Wechsel zum Kühnen-Flügel der ***FAP***; Kontakte zur mittlerweile verbotenen ***Deutschen Alternative*** und Teilnehmer mehrere internationaler Nazi-Treffen. Er gab an, seit 1991 nichts mehr mit der Szene zu tun zu haben. Oster ist jedoch weiterhin zumindest bei der ***Deutschen Liga*** aktiv und außerdem seit Oktober '95 Unterzeichner der „Pulheimer Erklärung", in der ein Bündnis von Vertretern verschiedener rechtsextremer Gruppen unter der Führung der Kölner Deutschen Liga zur Einigung der Rechten aufruft. ◆

Demo gegen Altnazis geplant

Interim 15.5.96 - In Wuppertal planen einige Autonome AntifaschistInnen eine Demo vor dem Wohnsitz eines Gestapo-Mörders. Diese wird wahrscheinlich Ende Juni oder Anfang Juli stattfinden. Dieser war am 13. April 1945 (drei Tage vor Kriegsende) an der Ermordung von 71 Gefangenen aus dem Zuchthaus Lüttringhausen beteiligt. Die Gefangen mußten dabei in eine Grube, die ausländische Gefangene ausheben mußten, steigen, wo sie durch Genickschuss getötet wurden. Die Mörder schaufelten dann die Grube zu. Die Wuppertaler Schutzpolizei hatte sicherheitshalber alles abgeriegelt, weil es später keine Zeugen geben sollte. Auch die Justiz heute hat kein Interesse daran den Fall aufzuklären. So wurde keiner der Mörder vom Wenzelberg zur Rechenschaft gezogen, obwohl Antifas schon sehr früh die Namen der Täter veröffentlichten. Diese berufen sich auf die Aufzeichnungen von **Karl Bennert** von der ***VVN Solingen***. Er nennt die Mörder beim Namen und schildert an Hand von Dokumenten den Ablauf des letzten Verbrechens der ***Gestapo Wuppertal***. Einige der Täter leben wieder in Wuppertal, viele als „Kriminalbeamte im Ruhestand". Auch sind viele der Altnazis schon in Frieden gestorben. Die, die noch leben haben strafrechtlich nichts zu befürchten. Deswegen der Aufruf, sie zur Verantwortung zu ziehen. Kein Vergeben! Kein Vergessen! ◆

Knaller auf Asylbewerberheim

JW 18.5.96 - Am Donnerstag dem 16.Mai´96 haben Unbekannte abends mehrere Silvesterknaller in ein Asylbewerberheim der Gemeinde Waltrop geworfen. Es wurde niemand verletzt nur ein geringer Sachschaden entstand. Fünf Chinaböller waren um einen Metallkern gewickelt und durch ein geschlossenes Fenster geworfen. ◆

Werbung bei der NPD

DZ - Die Firma ***SL*** Asbest Entsorgungs Technik GmbH aus dem Eibenweg 7 (40668 Meerbusch, Tel.: 03159/8448 Fax: 02159/8672) unterstützte die ***NPD*** durch eine Werbeanzeige in deren Postille ***Deutsche Zukunft***. ◆

»Thesen« vom Terroristen

bnr 7/96 - Das ehemalige CDU-Mitglied und spätere Nazi-Terrorist **Manfred Roeder**, der für mehrere Bombenanschläge verantwortlich ist, verschickt seit einiger Zeit weltweit die von ihm erstellten „95 Thesen zum Lutherjahr". Unter Punkt 94 ist zu lesen: „Wenn prominente jüdische Persönlichkeiten fünfzig Jahre nach dem Krieg betonen, daß Vergebung weder erbeten noch gewährt werden kann, dann verbietet es uns die Selbstachtung weiter um Versöhnung zu buhlen". Anlaß für das Machwerk Roeders liefert der 54. Todestag von Luther. ◆

Broschüre macht Kissel nervös

AIB #34 - Eine 150seitige Broschüre des ***Antifa-Archivs Solingen*** über die Aktivitäten des „Baulöwen" **Günther Kissel** macht diesen jetzt scheinbar nervös. So versucht er, sämtliche, an dem Buch beteiligten, Gruppen und Einzelpersonen zu verklagen. Einen Prozess gegen einen Solinger Historiker hat er bereits verloren. Weitere, z.B. ***SOS Rassismus***, denen er terroristische Aktivitäten vorwirft, sind anhängig. Kissel war durch das Verstecken des ehemaligen ***Waffen-SS'***lers **Gottfried Weise** auf dem Gelände seiner Baufirma bekannt geworden. Auch geriet er durch die Mitgliedschaft in der Düsseldorfer ***Herrenrunde***, die als eine der ersten Industriellenvereinigungen den ehemaligen Chef der ***Republikaner***, **Schönhuber**, zu einer Diskussionsrunde einlud. Kissel unterstützte außerdem verschiedene rechtsextreme Organisationen wie die ***NPD***, die ***HIAG*** und die ***Gesellschaft für freie Publistik (GfP)***. Die Initiative des Solinger Antifa-Archivs scheint Erfolge zu zeigen: Die Stadt Solingen überlegt nun, Kissel von zukünftigen Ausschreibungen auszuschließen. ◆

Antifas die Ehrung verweigert

AN 3/96 - In Mönchengladbach wurde ein Antrag auf Anbringung einer Gedenktafel für die, vom NS-Regime ermordeten, WiderstandskämpferInnen abgelehnt. Der Antrag der ***VVN-BdA*** wurde von über 1.200 Menschen unterstützt. Auf der Tafel sollte, stellvertretend für all die anderen, zwanzig Namen von ermordeten AntifaschistInnen stehen, darunter Kommunisten, Interbrigadisten, Syndikalisten, Bibelforscher und Adventisten sowie ein Wehrmachtsdeserteur. Die CDU/USD-Mehrheit im Kulturausschuß der Stadt lehnte den, von ***SPD*** und ***Grünen*** unterstützten, Antrag ab. Einer von ***CDU*** und ***USD*** (einer lokalen rechten SPD-Abspaltung) vorgeschlagene „Korrektur" der Inschrift, in der sogar das Wort „Zivilcourage" gestrichen wurde, wird dagegen von der VVN-BdA abgelehnt. ◆

Faschos dürfen arbeiten

bnr 6/96 - Der Unternehmer **Ulrich Erle**, Inhaber von ***Mechano-Schliff*** aus Velbert, bietet in der Neonazi-Postille ***Einheit und Kampf*** *„Ausbildungsplätze zum Metallschleifer"* an. Besonders Willkommen sind ihm *„Vorbestafte durch das System"*. ◆

Saarland

Kein zweiter Naziaufmarsch in Saarlouis

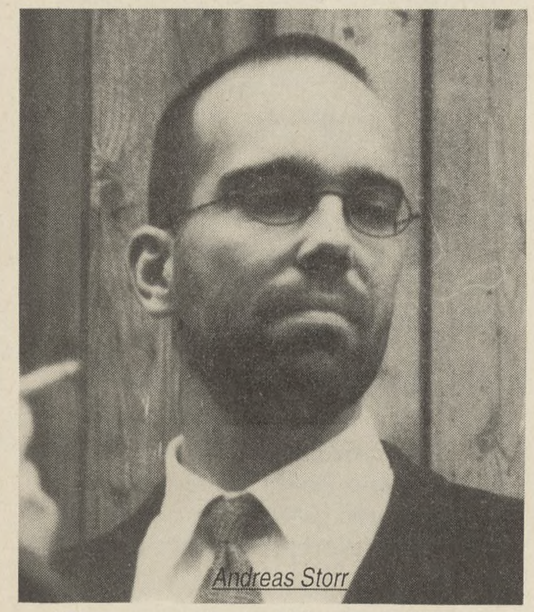
AA/SB - Für den 4. Mai'96 hatten erneut Neonazis eine Demonstration in Saarlouis unter dem Motto „Keine Gewalt gegen Deutsche" angemeldet. Als Anlaß diente wieder eine Schlägerei, bei der sich Nichtdeutsche gegen die Nazis zur Wehr setzen. Ermutigt sahen die Nazis sich wohl von ihrem Aufmarscherfolg vom 23.März´96. Dieses Mal hatten sie es allerding schwerer. Die Anmeldung wurde bereits eine Woche vorher bekannt. Die Stadt Saarlouis stand zu sehr in öffentlicher Kritik. Hinzu kommt, daß Jugendliche in nur wenigen Stunden 500 Unterschriften gegen die

Nazidemonstration gesammelt hatten und die Behörden mit Gegenaktivitäten rechneten. So wurde diesmal die Demonstration einen Tag vorher verboten. Trotzdem wurde von Antifas aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz zu einer (unangemeldeten) Gegendemonstration mobilisiert. Die Polizei war mit einem großen Aufgebot in Saarlouis präsent, ließ die knapp 100 DemonstrantInnen aber ohne Hindernis durch die fast menschenleere Stadt ziehen. ◆

Sachsen

JN-Bundeskongreß in Leipzig

WGA, JW 28.5.96 - Am Pfingstwochenende '96 fand in Leipzig der Bundeskongreß der ***Jungen Nationaldemokraten*** statt. Hier wurde der JN-Bundesvorstand neu gewählt und auf Schulungen die Themen: *„Selbstverständnis der JN, Verhaltensweisen sowie die Koordinierung der Zusammenarbeit des JN-Bundesvorstandes, der Landesverbände und der Stützpunkte"* besprochen. Außerdem referierten die JN-Kader **Jürgen Diestler** („Kaderverständnis"), **Andreas Storr** („Basisgruppenarbeit") und **Achim Ezer**

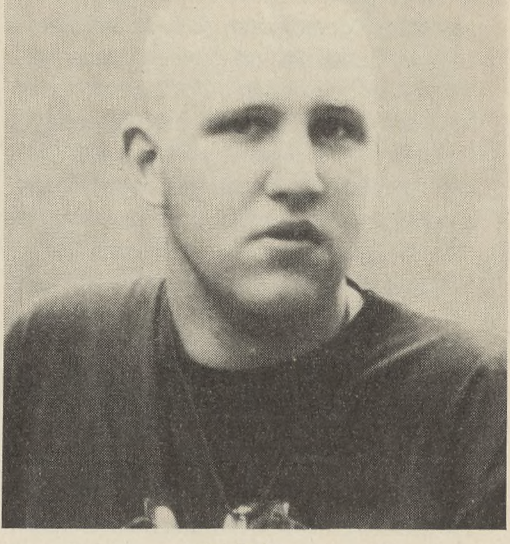


Andreas Storr

(„Thesen zur nationalen Volkswirtschaft") vor den größtenteils ziemlich jungen Nachwuchsnazis. Am Abend wurden dann die Mitgliedsanwärter „im feierlichen Rahmen in die Gemeinschaft der JN" aufgenommen. Die „Höhepunkte des Kongresses waren die Ansprache des neuen NPD-Vorsitzenden **Udo Voigt** und das Gastreferat des



ehemaligen Landesvorsitzenden der ***Republikaner*** in Berlin **Klaus Weinschenk** (momentan an der Berliner Fachhochschule für Sozialpädagogik aktiv). Die Jungnazis scheinen allerdings in Bezug auf „Verhaltensweisen" und „Kaderverständnis" noch einiges an Schulungsbedarf zu haben, weil die wenigsten von ihnen „ein ziviles Erscheinungsbild" und ein „dizipliniertes Auftreten" an den Tag legten, wie der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel** von ihnen in der Einladung gefordert hatte. Auch das Alkohol- und Rauchverbot wurde von dem ***NPD***-Nachwuchs nur halbherzig beachtet. Ein Teil der JN-Nazis trafen sich am 25. Mai 96 zwischen 10.30 Uhr und 11.00 Uhr am Völkerschlachtdenkmal und wurden von dort weiter geschleust. Wer Probleme hatte, rief Holger Apfel, Achim Ezer, Klaus Beier oder **Jörg Hähnel** (0172-3823806) an. Letzterer organisierte auch den „kulturellen Gemeinschaftsabend" mit dem Nazi-Jammerbarden **Frank Rennicke**. Aber auch die Antifas in Leipzig schliefen nicht, so wurde der JN-Tagungsort am Samstag von ca.100 Antifas blokkiert, bis die Polizei die Antifas wegprügelte und einige verhaftete. Mehrer Hundertschaften der Polizei sorgten anschließend für einen „reibungslosen Ablauf" des Kongresses. Danach führte das Antifaschistische Aktionsbündnis in Leipzig eine Antifa-Demo mit rund 400 Leuten durch. Vor Beginn der Demo wurde ein Teilnehmer des JN-Kongresses verjagt, der versuchte bei der Demo rumzuschnüffeln. Dieser kam dann mit Polizeibeamten wieder und ließ von den Polizisten die Namen irgendwelcher Antifas feststellen, die um den Lautsprecherwagen rumstanden. Diese Taktik wenden auch einige Berliner Nazis (z.B. Christian Wendt oder Frank Seifert) hin und wieder



JN-Ordner

an, um dann über ihre Anwälte an die Adressen der Antifas ranzukommen. Am Abend besetzten dann rund 100 Antifas den Haupteingang des Völkerschlachtdenkmals und verhinderten so den zweiten Schleusungstermin der JN. ◆



JN-Aktivisten

Kopp beim Burschenschaftfest

JF 18-19/96, DibN - Der Nazifunktionär **Hans-Ulrich Kopp** war am 3. Mai '96 um 20.00 Uhr in Dresden Festredner auf dem Stiftungsfest der Burschenschaft ***Cheruscia*** im ***Hotel Residenz***. Er sprach zum Thema: „Freiheit duft'ge Himmelsblume - Burschenschaft und politische Korrektheit". Kopp ist Schriftleiter der ***Witiko Briefe***, seit 1984 Mitglied des ***Witikobundes***, Mitglied der Burschenschaft ***Danubia*** und war einer der Mitinitiatoren und Chefredakteur der ***Jungen Freiheit***. ◆

Überfall in Seifhennersdorf

Taz 24.3.96 - Etwa zehn Jugendliche haben am 19. März '96 ein türkisches Lokal in Seifhennersdorf (nahe Zittau) überfallen. Sie schlugen einen Angestellten und demolierten die Gaststätteneinrichtung, teilte die Polizei mit. Lediglich einer der Angreifer, ein 17jähriger Jugendlicher, wurde festgenommen. ◆

NPD-Parteitag

AN 10/96 - Am 3. Februar '96 fand in Penig bei Rochlitz der Landesparteitag der ***NPD*** statt. Sachsen ist der einzige Landesverband der NPD in Ostdeutschland, bei dem annähernd von Funktionsfähigkeit gesprochen werden kann. Funktionsfähig dagegen war der alte Landesvorstand nicht mehr, weshalb Neuwahlen notwendig geworden waren. **Thorsten Keil** wurde als Landesvorsitzender bestätigt. ◆

Sachsen-Anhalt

Faschisten-Überfall in Quedlinburg

Antifa HaQu - Nachdem in der jüngeren Vergangenheit von den Faschisten mehrfach versucht wurde, das alternative Kulturzentrum Reichenstr. 1 in Quedlinburg zu überfallen und sie dabei regelmäßig kläglich scheiterten, starteten sie zu Himmelfahrt am 16. Mai '96 einen neuen Versuch. Mit reichlich Alkohol im Blut liefen mehrere Gruppen von Faschisten durch die Stadt und schlugen auf alles ein, was ihnen in den Weg kam. Gegen 21 Uhr kamen fünf Faschos in das Zentrum Reichenstraße. Als sie erkannten, daß das Café nur von wenigen Menschen besucht war, riefen sie per Handy ihre Kameraden. Daraufhin stürmten ca. 40 Faschisten, darunter **Tilo Gablenz** und **Ronny Jungmann**, mit Eisenstangen und Baseballschlägern bewaffnet in das Café. Die BesucherInnen des Cafés konnten nur knapp über den Hinterausgang entkommen, da zufälligerweise der Haupteingang beschädigt und deshalb verschlossen war. Bis die Faschisten durch den Nebeneingang gestürmt sind, konnten sich die Besucher in Sicherheit bringen. Die gesamte Einrichtung wurde daraufhin zerschlagen, es entstand ein Schaden von etwa 15.000 Mark. Ein junges Mädchen mußte mit einem Schock ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei beobachtete den Überfall und nahm zwei der Angreifer fest, die aber nach der Personalienaufnahme wieder freigelassen wurden. Im weiteren Verlauf des Abends wurden ankommende Antifas von der Polizei bedrängt, obwohl ca. 200 Meter weiter am Jugendclub ***Kleers*** die Faschisten pöbelten und mit Steinen und Molotow-Cocktails in Richtung des Kulturzentrums warfen. Die Polizei kommentierte dies mit: „Unser Einsatzbefehl liegt hier und nicht da oben". Trotz des stärker werdenden Polizeiaufgebots kam es zu militanten Auseinandersetzungen zwischen dem anwachsenden Faschomob und ca. 15 Antifas. Nach Eintreffen der Polizeiverstärkung wurde das Gebiet um die Reichenstraße komplett abgeriegelt. Die Polizei bildete in der Straße zwei Ketten: Eine mit ca. zehn Mann gegen die Faschisten und eine mit etwa 30, gegen die BesucherInnen des Kulturzentrums und zuhilfe eilenden Antifas, die sich inzwischen vor dem Café versammelt hatten. Die Polizei provozierte die Opfer des Überfalls und sprach anschließend Platzverweise aus. Die BesucherInnen wurden von der Polizei aus der Reichenstraße gedrängt, was die Faschisten nutzten und dann ungestört vor dem Café pöbeln konnten. Am darauffolgenden Sonnabend ging die Polizei dann erneut gegen AntifaschistInnen vor. Eine Spontandemo von etwa 100 Menschen gegen den Nazi-Überfall und der augenscheinliche Sympathie der Polizei sollte schon im Vorfeld durch massive Gewaltandrohung durch die Polizei verhindert werden. Etwa 20 bewaffnete Neonazis hatten sich am „Kleers" versammelt, wo sie von drei Hundertschaften Polizei geschützt wurden. Trotzdem wurde die Demonstration durchgesetzt, jedoch immer wieder von der Polizei provoziert. Nach Einschätzung der Antifas vor Ort stehen in der nächsten Zeit weitere Auseinandersetzungen bevor. ◆

Angriff gegen Alternative in Wittenberg

JW 18.5.96 - Wie schon in der letzten WGA berichtet, verschärft sich das Klima im Wittenberg immer weiter. Unter anderem gerät das alternative Jugendzentrum ***Schweizer Garten*** am Alten Bahnhof immer mehr unter Beschuß aus dem rechten Lager. Das seit 1993 besetzte ehemalige Tanzlokal beschäftigt seit einiger Zeit die Öffentlichkeit. Kritik kommt vor allem aus den Reihen der ***CDU***. Deren Fraktionsvorsitzender **Frank Scheurell** sagte, er haben „nichts gegen alternative Jugendprojekte", aber er könne es nicht hinnehmen, daß andere Bürger „in ihren Freiheitsrechten eingeschränkt" würden. Der Jugendclub ziehe „Chaoten" und Autonome an „wie Kot die Fliegen". Nachbarn würden von Bewohnern und Besuchern des Schweizer Gartens bedroht und angegriffen. Daher sei seine Fraktion auch geschlossen dagegen, den Besetzern Mietverträge anzubieten. In dem Zentrum würden auch Musikgruppen wie „Terror" auftreten, „und sowas wollen wir nicht in unserem kleinen Städtchen haben". Neben der CDU powert vor allem die rechtsradikale ***Kameradschaft Elbe-Ost*** gegen das Jugendzentrum. Der Berliner Nazi-Funktionär **Christian Wendt** hetzte in einem Artikel in der von den ***Nationalen*** herausgegebenen Propagandazeitung ***Mitteldeutsche Ruundschau*** dabei nicht nur gegen die angeblich vom „Chaoten-Treff" ausgehende „Gewalt- und Drogenszene", sondern auch gegen die Unterstützer des Jugendzentrums, die vor allem aus der ***PDS*** kommen. Besonders in das Schußfeld geraten ist dabei der Landtagsabgeordnete **Matthias Gärtner** von der „AG Junge GenossInnen". Der laut Wendt „einschlägig bekannte" Abgeordnete setze sich besonders vehement für das „selbsternannte Lumpenproletariat" ein. In einem in zehntausender Auflage verteilten Flugblatt der „Nationalen" wird Gärtner namentlich erwähnt und als Lügner bezeichnet, der gemeinsam „mit seiner PDS-Clique im Landtag" die „linksextremen Chaoten" decke. Die Besucherinnen des Clubs werden in Zusammenhang mit Überfällen auf Frauen und ältere MitbürgerInnen gebracht. Interessant ist auch die Äußerung Wendts, CDU-Mitglieder hätten die Nationalen mit Spenden und aufmunternden Worten bei ihrer Kampagne unterstützt. CDU-Chef Scheurell bestätigte, daß die CDU Initiativen gegen das Jugendzentrum unterstütze, „vor allem beratend". Die PDS will die Angriffe aus dem rechten Lager nicht länger hinnehmen. **Jürgen Dannenberg** vom Kreisvorstand Wittenberg kündigte an, alle juristischen Mittel ausschöpfen zu wollen, um gegen die erfolgten Verunglimpfungen vorzugehen. Gleichzeitig wolle sich seine Partei verstärkt um Aufklärung über die Gefährlichkeit der militanten rechtsradikalen und neofaschistischen Strukturen bemühen. In den letzten Wochen hatten Rechtsextreme vor dem Schweizer Garten einen Barkas zertrümmert. ◆

»Schwarze Liste« der Faschisten

HAb 3.4.96 - Rechtsextremisten haben damit begonnen, „schwarze Listen" mit Namen von mißliebigen Polizisten, Juristen, Verfassungsschützern und Journalisten zu erstellen. Die Nazis erklären in ihrer Postille ***Umbruch***, daß sogenannte Sicherheits-Referate künftig Angaben über „Zielpersonen" sammeln sollen. Das Blatt, das von **Steffen Hupka** herausgegeben wird, veröffentlichte detaillierte Informationen über einen Spitzenbeamten aus Sachsen-Anhalt mitsamt Foto. Zudem sind Namen von Richtern, Staatsanwälten und VS-Mitarbeitern genannt worden. Als „bedenklichen Zustand" hat der CDU-Landtagsabgeordnete **Erich Reichert** die Aktivitäten der faschistischen Gruppen bezeichnet. Schwere Kritik übte er am SPD-Innenminister **Manfred Püchel**, da dessen Partei unter dem Einfluß des „Mehrheitsbeschaffers PDS" den verfassungsschutz „bis an die Grenzen seiner Arbeitsunfähigkeit abwickeln" würde. ◆

Angriff auf Türken

ND 2.5.96 - Die Polizei von Halberstadt sucht einen 19 bis 25 Jahre alten Mann als Hauptverdächtigen für einen schweren Angriff auf einen türkischen Asylbewerber. Der Täter hatte am 29. April '96 seinem 23jährigen Opfer mit einer Schreckschußwaffe ins Auge geschossen. Am 30. April demonstrierten deshalb rund 100 aufgebrachte Flüchtlinge vor dem Polizeipräsidium, am folgenden Tag etwa genauso viel Linke. ◆

17 Festnahmen

Taz 20.5.96 - Die Magdeburger Polizei hat in der Nacht zum 19. Mai '96 insgesamt 17 Rechtsradikale vorübergehend in Gewahrsam genommen, nachdem diese bei einer Feier rassistische und faschistische Parolen gerufen hatten. Bei einer Wohnungsdurchsuchung wurde Propagandamaterial der Nazi-Szene entdeckt. ◆

Betreuungszentrum für Flüchtlinge

JW 23.5.96 - Ein psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge ist am 22. Mai '96 in Magdeburg eröffnet worden. Es ist die erste Einrichtung dieser Art in Ostdeutschland. Sachsen-Anhalts Ausländerbeauftragter **Günter Piening** sprach zur Eröffnung von einem „weiteren Baustein zur ganzheitlichen Betreuung" von Flüchtlingen. Psychologische Belastungen, denen AusländerInnen auf der Flucht und später auch in Deutschland ausgesetzt sind, müssen aus Sicht von Piening ausgeräumt werden, um eine faire Teilnahme am Asylverfahren zu ermöglichen. ◆

Schleswig-Holstein

Anschlag auf Altnazi Grubbe

Taz, JW 22.5.96 - Auf das Wohnhaus des Journalisten **Peter Grubbe** in Lütjensee wurde in der Nacht zum 17. Mai '96 ein Anschlag verübt. Unbekannte AntifaschistInnen warfen Fensterscheiben ein und zerstörten mit Farbflaschen und Buttersäure einen Teil der Einrichtung. In anonymen Schreiben bekannte sich eine „Antifaschistische Zelle" zu dem Anschlag. Grubbe war während der Nazizeit unter seinem Geburtsnamen **Claus Volkmann** in der NS-Verwaltung in der Ukraine tätig und verwaltete als Kreishauptmann von Kolomyja das dortige Judenghetto. Volkmann alias Grubbe gehört zu den 100.000 Naziverbrechern, gegen die zwar die Nachkriegsjustiz ermittelt hatte, die aber nie verurteilt wurden. Eben eine ganz normale Geschichte, wie Grubbe selbst seinen Werdegang beschreibt. Allein bis April '42 wurden in dem Ghetto mindestens 5.000 Juden ermordet. Für diese und weitere Verbrechen stand Grubbe 1969 vor Gericht. Doch trotz der vielen Aussagen überlebender Opfer stellte die Behörde das Verfahren „mangels Tatverdacht" ein. So konnte er unter seinem neuen Namen als Journalist beim „Stern" und im NDR Karriere machen, bis im vergangenen Herbst belastendes Material von **Simon Wiesenthal** vorgelegt wurde. ◆

Lübeck-Prozeß

JW 3./4.6.96 - Fünf Monate nach dem Brand in einem Lübecker Flüchtlingsheim, bei dem in der Nacht zum 18. Januar '96 zehn Menschen starben, kommt die Staatsanwaltschaft mit ihrem Vorwurf, der libanesische Flüchtling **Safwan Eid** sei für das tödliche Feuer verantwortlich, immer mehr ins Schleudern. Erstmals mußte der Anklagevertreter **Klaus-Dieter Schultz** öffentlich eingestehen, man habe es mit einer „schwierigen Beweislage" zu tun. Nachdem mehrere Versuche der Verfolgsbehörden und verschiedener Medien scheiterten, dem Libanesen ein Tatmotiv zu unterstellen, wurde jetzt der Mordvorwurf gegen Eid, der selbst in dem Asylheim übernachtete, fallengelassen. Dessen Verteidigung hat am 3. Juni '96 die Freilassung ihres Mandanten gefordert. Nachdem die Staatsanwaltschaft Ende Mai beschlossen hat, gegen Safwan Eid nach dem Jugendstrafrecht zu verhandeln, müsse nun unverzüglich die Rechtmäßigkeit der Untersuchungshaft überprüft werden, sagte die Hamburger Rechtsanwältin **Gabriele Heinecke**. Sämtliche bisherigen Haftbefehle gegen Eid hätten keinen Bestand, da sie nicht von einem Jugendrichter ausgestellt worden seien. Außerdem basiere die bisherige Haftverfügung auf sogenanntes Täterwissen, das Eid einem Sanitäter offenbart haben soll. Dieses angebliche Wissen des Beschuldigten widerspricht aber selbst den behördlichen Analysen zum Ausbruchsort des Feuers. Eid soll von der Tür neben der Treppe gesprochen haben, diese ist allerdings von dem von der Staatsanwaltschaft gemutmaßten Brandherd zwölf Meter entfernt. ◆

DVU ficht Wahl an

bnr 8/96 - Die ***Deutsche National-Zeitung*** vermeldete in ihrer Ausgabe vom 12. April '96, daß die ***Deutsche Volksunion (DVU)*** die Landtagswahl vom 24. März '96 anfechten wird. Die Leserschaft wird in dem Artikel aufgefordert, sachdienliche Hinweise zu diversen Anfechtungsgründen wie Vandalismus, gewalttätige Angriffe auf DVU-Wahlkampfhelfer, „Medienhetze" usw. an die DVU-Rechtsabteilung in München zu geben. Der DVU-Vorsitzende **Gerhard Frey** nutzt die Gelegenheit wieder mal, um kräftig zu Spenden aufzurufen „für die gerechteste Sache der Welt, für Recht und Freiheit des deutschen Volkes"... ◆

Thüringen

Nazis in Sonneberg

JW, Taz 14.5.96 - Am 11. Mai '96 griffen fünf Nazis (14 bis 27 Jahre) drei Türken aus Coburg auf einer Tankstelle in Sonneberg an. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. Die Polizei nahm die einschlägig bekannten Nazis fest und ermittelt nun wegen des Verdachts auf Körperverletzung. Die Staatsanwaltschaft Meiningen hat außerdem Anklage gegen die zwei Nazis erhoben, die am Ostermontag '96 zwei österreichische Staatsbürger chinesischer Abstammung angegriffen hatten (siehe letzte WGA). ◆

Nazi-Demo für Weilkes

JW 6.5., NIT 2./4.5., NE 6/96 - Am 6. Mai '96, dem Todestag von **Sandro Weilkes**, demonstrierten in Neuhaus rund 250 Rechtsextremisten (u.a. aus der ***NPD*** und dem ***Thüringer Heimatschutz)*** auf einer Demo der ***Republikaner***. Sandro Weilkes war vergangenes Jahr bei einer Schlägerei zwischen linken und rechten Jugendlichen umgekommen. Die Demo begann um 13 Uhr am Westbahnhof und ging zum Ort der Schlägerei, wo ein Kranz niedergelegt wurde. Hier sprachen u.a. der stellvertretende REP-Bundesvorsitzende **Ottmar Wallner**, Landesvorstandsmitglied **Heinz Schneider** und der stellvertretende Landesvorsitzende **Lutz Diener**. Vor der Demo wurden acht Nazis vorübergehend festgenommen und „gefährliche Gegenstände" beschlagnahmt. ◆

Deutscher Kongreß '96

NE 6/96 - Knapp 300 Teilnehmer fanden sich beim Kongreß der rechtsextremen ***Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)*** ein, der vom 19. bis 21. April '96 am Rande des Thüringer Waldes stattfand. Es sprachen **Gert Meier**, **Karl Baßler** (*NPD*, *Witikobund*), **Klaus Weinschenk** (Ex-*REP*-Chef-Berlin, Referent bei *JN*), Rechtsanwalt **Klaus Kunze**, General a.D. **Franz Uhle-Wettler**, **Eduard P. Koch**, **Werner Kuhnt**, **Felix Buck** und der alte Nazi **Adolf von Thadden**. Der Nazi-Multi-Funktionär **Peter Dehoust** (u.a. NE, BNS, HSA, DRP, NPD, DL) bekam den Ulrich-von-Hutten-Preis. ◆

Feldschlacht bei Jena

AN 10/96 - In Anwesenheit des ***Roten Kreuzes*** will der ehemalige „Horstführer" der ***Wiking Jugend***, **Stefan Ulbrich**, am 28. Juni '96 25 km südlich von Jena eine „Feldschlacht" inszenieren. „Erlaubt sind alle Hieb-, Schlag- und Stoßwaffen wie Axt, Speer, Lanze, Keule und Morgenstern". Die an Freunde germanischer Mythologie gerichtete Einladung verspricht neben der Schlacht, „die das arachische Blut in Wallung" bringt, auch „Schaukämpfe, Musik, Suff und Fraß". Der „Nationalrevolutionär" Ulbrich, Geschäftsführer des rechtslastigen ***Aurun-Verlages*** und zeitweise auch Redakteur und Autor in der ***Jungen Freiheit***, inszenierte in der Vergangenheit Vorträge mit dem Vordenker der sog „Neuen Rechten" in der BRD, dem Leiter des ***Thule-Seminars***, **Pierre Krebs**. Im Esoterik-Magazin ***2000*** schrieb Ulbrich über die „magischen Wurzeln des Nationalsozialismus". ◆

Chile

Altnazi gestorben

Taz 13.5.96 - Nach Angaben der Angehörigen ist Mitte Mai '96 mit 81 Jahren der deutsche Altnazi **Hermann Schmidt** gestorben. Gemeinsam mit anderen Altnazis gehörte er zu den Gründern der berüchtigten ***Colonia Dignidad*** in Chile. Schmidt starb an den Folgen eines Herzinfakts. Die „Colonia" arbeitete nach Angaben von MenschenrechtlerInnen eng mit dem Militärregime des **Augusto Pinochet** zusammen. ◆

Dänemark

Nazis bei den »Hell's Angels«

Focus 19/96 - Auch bei dänischen Motorradgangs gibt es Rechtsextremisten. Bei den ***Centuriones***, einem Ableger des wohl bekanntesten und größten Motorradclubs ***Hell's Angels***, wurden bei einer Razzia Neonazi-Material gefunden. Bei der Razzia wurden neben sogenannten Südstaatenbannern auch Reichskriegsflaggen und verschiedene Fahnen mit Hakenkreuzen sichergestellt. Darüberhinaus noch verschiedenste Waffen - von einfachen Messern über Macheten und Dolche bis hin zu zahlreichen Gewehren. ◆

Estland

Treffen ehemaliger Waffen-SS'ler

bnr 8/96, WGA - Am 13. Juli '96 treffen sich in Tori bei Pärnu in Estland ehemalige Kriegsteilnehmer, sie erinnern sich an vergangene Schlachten und besuchen ehemalige Stellungen. Aufgerufen hat dazu in Estland der ***Bund der Freiheitskämpfer Estlands e.V.***, ein Zusammenschluß ehemaliger Angehöriger der ***Waffen-SS***. Auch deutsche Altnazis werden an diesem Treffen teilnehmen. Die ***Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen SS-Angehörigen (HIAG)***, die legale Nachkriegsorganisation der SS, führt aus Anlaß dieses Treffen eine zehntägige Fahrt zu den Gleichgesinnten nach Estland durch. Daß es Kontakte zwischen estnischen ultranationalistischen Gruppen mit „Kameraden" aus dem deutschsprachigen Raum gab und gibt ist bekannt. Doch ist in letzter Zeit aufgefallen, daß sich solche Kontakte verstärken. So referierte zum Beispiel **Kristi Karelsohn** von der ***Nationalen Unabhängigkeitspartei Estlands (ERSP)*** bei der „27. Politischen Akademie" der österreichischen ***Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP)***. Nach Angaben des ***Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW)*** liegt der Schwerpunkt der 1963 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft" auf ideologisch-kultureller Arbeit mit ausgesprochen rechtsextremer Tendenz. Die ERSP erzielte bei den letzten Parlamentswahlen im Verbund mit der ***Vaterlandspartei*** 7,1 Prozent der Stimmen. ◆

Frankreich

Rechte Demo am Tag der Arbeit

bnr 10/96 - Am diesjährigen Internationalen Tag der Arbeit am 1. Mai '96 zogen rund 12.000 AnhängerInnen der rechtsextremen ***Front National (FN)*** durch Paris. Die Demonstration in der Hauptstadt richtete sich für die Ausweisung von AusländerInnen und die soziale Bevorzugung von Franzosen. Was sich hier so harmlos „Ausweisung" anhört ist nichts anderes als Ausländer raus und Arbeitsplätze zuerst für Franzosen - Rassismus pur! ◆

Italien

Veteranenehrung für Nazisoldaten

DNZ 31.5.96; WGA - Das deutsche rechtsextreme Wochenblatt „Deutsche Nationalzeitung" (DNZ) druckte in ihrer Ausgabe vom 31. Mai '96 eine Anzeige ab, nach der am 16. Juni '96 eine „Gefallenenehrung auf deutschem Soldatenfriedhof" stattfinden soll. In der Anzeige heißt es weiter: *„Italienische Kameraden, die auf deutscher Seite gekämpft haben und deren Jugend freuen sich über Teilnahme deutscher Kameraden"*. „Nationale" Deutsche hätten die Möglichkeit sich über eine Chiffre-Nummer bei der DNZ den genauen Treffpunkt zur Ehrung der Nazi-Soldaten zuerfragen. In der Anzeige werden nur die Apenninen als Großraum angegeben, diese Gebirge erstreckt sich jedoch 400 Kilometer von Genua bis Neapel. ◆

Österreich

Schweiger in U-Haft

JF 14/96, DibN - Der Alt-Nazi **Herbert Schweiger** wurde wegen des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung in Untersuchungshaft genommen. Anlaß war das vor kurzem publizierte Buch Schweigers mit dem Titel „Evolution und Wissen. Neuordnung der Politik", welches vom ***Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands*** als „Fortschreibung und Gegenwartsadaptierung des ***NSDAP***-Parteiprogrammes" bewertet wird. Schon 1990 war Schweiger wegen der Leugnung des Holocaust verurteilt worden. Schweiger ist einer der bedeutensden Alt-Nazi in der rechtsextremen Szene. Er ist Vorstandsmitglied der ***Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG)***, bei deren Veranstaltungen Schweigers Ausführungen regen Anklang finden. Schweigers Beliebtheit ist auf seine frühere Angehörigkeit der ***Leibstandarte Adolf Hitler*** zurückzuführen sowie sein Anliegen, die Jung- und Alt-Naziszene zu einen. Der 75jährige übernahm auch die Vaterrolle bei der Gründung der ***Nationalen Front (NF)*** und schrieb 1991 auch Teile des Parteiprogrammentwurfs. ◆



Herbert Schweiger

Neuer Verdacht

bnr 7/96 - Das Amtsgericht Coburg hat einen neuen Verdacht, wer für die Briefbombenserie verantwortlich sein könnte. Aus diesem Grund fand im Februar dieses Jahres bei dem Herausgeber der neonazistischen Hetzpostille ***Der Scheinwerfer*** und Inhaber von ***Odal-Druck und Verlag***, **Eberhard Hefendehl**, eine Hausdurchsuchung statt. Diese galt allerdings nicht dem ***NSDAP/AO***-Aktivisten und ehemaligen ***NPD***-Mitglied, sondern dem Wiener Rechtsextremisten **Otto Rudolf Braun**, einem Mitarbeiter des Scheinwerfers, welcher sich oft bei Hefendehl aufhält. Braun wird verdächtigt, seit 1993 an den Anschlägen beteiligt gewesen zu sein. Da bei den Bekennerschreiben besonders das umfassende Wissen um die bajuwarische Geschichte aufgefallen war, suchte die Staatsanwaltschaft verstärkt nach Geschichtsbüchern. Braun ist Autor der Schrift Heidnisches Bekenntnis" und war Mitglied der verbotenen ***Nationaldemokratischen Partei (NDP)***. ◆

Schausbergers Bündnisvorschlag

JF 17/96 - Der neugewählte Salzburger Landeshauptmann **Franz Schausberger** von der ***ÖVP*** befand die ***Freiheitlichen*** für durchaus bündnisfähig, da sie weithin im Rahmen der Verfassung agierten. Weiterhin entdeckte er einige Gemeinsamkeiten in der Wirtschaftspolitik und obwohl er die Ideologie der „Dritten Republik" nicht teile, halte er die Gleichstellung der Freiheitlichen mit der ***NSDAP*** für falsch. Diese Aussagen zeigen die Angleichungen der österreichischen Parteienlandschaft und riefen bei den ***Grünen*** heftige Proteste hervor. ◆

Emigration Jelineks

NIT HH 9.4.96 - Die prominente Autorin **Elfriede Jelinek** hat sich aus dem kulturellen Geschehen Österreichs entfernt. Sie begründet ihre Entscheidung mit dem Haß der ihr in Österreich entgegenschlage und den sie nicht ertragen könne. Jelinek wurde besonders durch die Stükke „Raststätte" oder „Sie tun es alle" bekannt in dem sie die österreichische Gesellschaft stark angriff, indem sie sie überspitzt darstellte. Ein erklärter Gegner Jelineks war **Jörg Haider**, der sich den Kampf gegen die „linke Kulturmafia" auf die Fahne geschrieben hatte und eine Hetzkampagne gegen linke Künstler initierte die an den Nationalsozialismus erinnert. Jelinek gab als Ausweichort Deutschland an, was die Betreiber des Infotelefons zittern ließ. ◆

Spanien

Neue »Halt« & Co

Halt #80, WGA - Im April '96 ist die 80. Ausgabe der faschistischen Zeitung ***Halt*** erschienen. Die „Halt" mit dem Untertietel „Dem deutschen Volke verpflichtet" berichtet bzw. hetzt viel mehr auf drei der vier Seiten gegen den international erfolgreichen Nazi-Jäger **Simon Wiesenthal**. Die letzten 1½ Seiten widmet die Redaktion den Briefbombenanschlägen von Österreich. Gründer und Hauptschreiberling ist der aus Österreich geflohene Nazi **Gerd Honsik**, in Österreich drohte ihm eine Haftstrafe. Der Druck, mit eine Auflage von angeblich 10.000 Stück, erfolgt nach Angaben der „Halt" in Lissabon (Portugal). Mehr zu den Verstrickungen des Gerd Honisk in der WGA #14. Auffällig ist, daß wenn man/frau die „Halt" bestellen möchte, man gleichzeitig Informationen über den ***Europa Verlag Buchhandlung*** (Libreria Europa) erhält. Es gibt verschiedene Prospekte in deutsch und spanisch. Im deutschen Bücher-Heft werden einschlägig bekannte Publikationen angeboten mit Titeln wie „Freispruch für Hitler?" von Gerd Honsik, „Der Auschwitz-Mythos" von **Wilhem Stäglich** oder „Das Holocaust-Syndrom" vom berüchtigten Auschwitz-Leugner **Ernst Zündel**. In Prospekten mit spanischer Hetz-Literatur heißen die Titel nicht weniger brisant, zum Beispiel „Waffen-SS" oder „Legion Condor". CDs mit deutschen Marschliedern werden ebenso wie CDs mit deutschen Liedern des Großen Zapfenstreichs an-



Gerd Honsik

geboten. Der „größte Renner" in der Neonazi-Szene sind jedoch sicher die angebotenen NS-Lesezeichen mit etwa 15 cm großen SS- und SA-Männern in verschiedenen Uniformen. Obwohl die „Halt" und der „Europa Verlag Buchhandlung" zwei verschiedene Postfächer in Barcelona haben, wird die Post und die Informationen parallel und gemeinsam verschickt. ◆

USA

Neonazis auf dem Vormarsch

Focus 14/96, WGA - Rechtsextreme Gruppen in den USA sind weiter auf dem Weg ihre menschenverachtende Hetze via Internet zu verbreiten. Auf dem populärsten Teil des Internet, dem World Wide Web (www), sammeln sich rund 100 rechtsextremistische Gruppen, so eine Schätzung eines Vertreters des ***Simon-Wiesenthal-Centrums*** in Los Angeles. Eine Auswahl der Anbieter sind: Die ***Knights of the Ku Klux Klan*** („Ritter des Ku Klux Klan" - KKK) fordern über ihre Seiten im Internet neben dem Verbot von Homosexualität auch den Stop von Ehen zwischen Schwarzen und Weißen: *„Diese Abscheulichkeiten gegen Gott und die Natur müssen gestoppt werden"*, fordert Pastor **Thom Robb**, Chef des KKK. Die Carolinian ***Lords of the Causasus*** („Herren der weißen Rasse") hetzen ihrerseits gegen Gott und Schwarze: *„Die Nigger dorthin schicken, wo sie hingehören: nach Afrika"*, heißt es bei ihnen. Bei den ***Independent White Racialists*** („Unabhänige weiße Rassisten") heißt es unter anderem: *„Wir müssen die Existenz unseres Volkes und die Zukunft unserer weißen Kinder sichern"*. Die Medien von „New York Times" bis hin zu den TV-Sendern NBC und CBS seien von Juden dominiert - dieser „jüdischen Übermacht" soll der Garaus gemacht werden. Der ***White Aryan Resistance*** („Weißer Arischer Widerstand" - WAW) ruft auf seinen www-Seiten offen zu Gewalt gegen Schwarze und Minderheiten auf. Es heißt zum Beispiel vom WAW-Chef **Tom Metzger**: *„Gewalt ist nicht nur notwendig [...] sie ist für die Evolution der Menschheit sogar wünschenswert"*. Metzger meint zudem: *„Wir hatten auf unserer neuen 'Weißen Arischen Haßseite' in den letzten Tagen mehr als 81.000 Besucher"*. Die Zielgruppen der Faschisten sind vor allem die selbsternannten Milizen und das Militär. So ist auch die ***Michigan Militia*** (Michigan Miliz) auf dem www mit eigenen Seiten vertreten. Sie ist die bedeutenste paramilitärische Organisation der USA und hat Kontakte zu zahlreichen namhaften Nazis aus aller Welt. Die mutmaßlichen Attentäter des Oklahoma-Anschlags auf ein US-Regierungsgebäude vom 19. April '95 waren mitunter auch in der Michigan Militia organisiert (siehe WGA #6, 15). Nach einem Bericht des US-Verteidigungsministerium hatten bereits 17,4 Prozent der Armeeangehörigen Kontakt mit faschistischen Propagandamaterial. Ein Beispiel zeigt, wie der Einfluß der Nazigruppen auf die Armee Wirkung trägt: **James Burmeister** und **Malcom Wright** von der 82nd Airborne Division Fort Bragg im Bundesstaat North Carolinia waren Nazi-Skinheads und erschossen im Dezember '95 im nahegelegenen Fayettville kaltblütig ein schwarzes Ehepaar. In den Schränken der Soldaten in der Kaserne fand die Polizei Jacken



Tom Metzger (Mitte)

mit NS-Zeichen und über dem Bett von Burmeister hing eine Hakenkreuzfahne. US-Verteidigungsminister **William Perry** verspricht: *„Wir müssen, wir wollen und wir werden jede Form des Rassismus und Extremismus im Militär stoppen"*. Zu den Aktivitäten des KKK zählte die Anti-Ku-Klux-Klan-Organisation ***Center for Democratic Renewal*** 25 Anschläge auf schwarze Kirchen im Süden der USA. 17 Kirchen brannten nieder, bisher gab es nur drei Festnahmen, unter ihnen ein KKK-Mitglied. Allgemein ist zu

verzeichnen, daß sich die Faschisten von Skinheads und Wehrsportgruppen bis hin zum KKK vor allem in Ballungsräumen von Großstädten und im Osten der USA sammeln. Es gibt es allein im südöstlichen Florida mindestens neun Wehrsportgruppen, zehn Ku-Klux-Klan-Verbände und andere Neonazigruppen. Im Großraum Chicago trifft man auf über 30 Wehrsportgruppen, etwa 20 KKK- und Neonazi-Organisationen und eine Vielzahl anderer rechtsradikalen Gruppen. ◆

Broschüre über Nazis im Internet

WGA - Die ***Anti-Defamation League (ADL)*** aus den USA hat eine Broschüre über faschistische AnbieterInnen im Internet harausgegeben. Auf 64 Seiten wird in dem Heft ***The Web Hate. Extremists Exploit the Internet*** detailliert über die verschiedensten Gruppen die im Internet vertreten sind berichtet - vom Ku Klux Klan (KKK), den faschistischen ***Aryan Nations*** und ***Stormfront*** bis hin zu deutschen Nazis wie ***Der Stürmer***. Die Broschüre ist mit zahlreichen meist bunten Bildern versehen und wärmstens zu empfehlen. Diese und ein zweites zehnseitiges Heft ***Research Report. Hate Group Recruitment on the Internet*** sind zu bestellen über: Anti-Defamations Leage (ADL), 823 United Nations Plaza, New York, NY 10017 USA. Die ADL ist selbst auch über folgende Anschrift im Internet zu erreichen: www.adl.org. ◆

Rechte Christen-Demo

JW 2.5.96 - Anfang Mai '96 haben rund 75.000 AnhängerInnen der ***Christlichen Rechten*** vor dem Capitol in der Hauptstadt Washington demonstriert. Die Demo „für eine religiöse Erneuerung" richtete sich zudem gegen Abtreibung, Drogenkonsum und Homosexualität. Zu dem Aufzug wurde von der Organisation ***One Nation Under God*** aufgerufen. ◆

Haft für Nazis wegen rassistischem Mord

bnr 8/96 - Im US-Bundesstaat Texas sind drei Neonazis wegen eines Mordes an einem Farbigen aus Rassenhaß zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die Männer fuhren im Oktober '94 mit ihrem Wagen herum und suchten sich ihre Opfer wahllos aus, hauptsache diese paßten nicht in das Weltbild der Faschisten. Die Täter gaben an, die Überfälle begangen zu haben, weil sie „Nigger" haßten. Bei den Überfällen wurden zwei weitere Menschen verletzt. Bei einem der Männer wurde ein Bild von Hitler und eine Hakenkreuzflagge gefunden. ◆

Soli-Komitee für Deckert

bnr 8/96 - Vom US-amerikanischen Passadena ruft ein ***Günter Deckert Freedom Committee*** zur Unterstützung und zur Solidarität mit dem deutschen Faschisten **Günter Deckert** auf. Deckert wurde in Deutschland mehrfach zu unterschiedlichen zum Teil mit und ohne Bewährung verurteilt worden, meist wegen Volksverhetzung. Seit Ende '95 sitzt er für zwei Jahre im Gefängnis. Das „Committee" für Deckert verbreitet den Aufruf über das Internet von dem deutsch-kanadischen Nazi **Ernst Zündel**. ◆

Buchbesprechung

The 43 Group

»Antifaschistischer Kampf in Großbritannien«

BB 2/96 - *„Die Verbrechen der Naziführer entwikkelten sich aus erbärmlichen Anfängen. Damals hätten sie von ein paar Polizisten aufgehalten werden können. Stattdessen wurden sie zu einer gefährlichen Macht durch die Schlechtigkeit einiger weniger und die Mittäterschaft, Feigheit und Faulheit von vielen".* Diese Sätze schrieb die britische Zeitung „Daily Express" am Tag der Hinrichtungen in Nürnberg. Sie stehen zu Beginn des Buches ***The 43 Group*** von **Morris Beckmann**, das im vergangenen Jahr auf deutsch erschienen ist. Beckmann stellt hier die 43 Group vor, zu deren Gründungsmitgliedern er zählt. 43 Group? Auch antifaschistisch engagierte und historisch interessierte Menschen stutzten bei diesem Namen. Sowohl die west- als auch die ostdeutsche Geschichtsschreibung machte anscheinend um dieses Kapitel der britischen Geschichte einen Bogen. **Oswald Mosley** ist vielen noch ein Begriff. Vor dem 2. Weltkrieg war er ein in Großbritannien aktiver Politiker, der als sozialistischer Labour-Abgeordneter gegen die eigene Partei intrigierte, bis sie ihn ausschloß, und der dann an einer eigenen, mehr und mehr rechts gelagerten Bewegung bastelte. 1932 besuchte er das faschistische Italien, traf dort Mussolini und gründete die ***British Union of Fascists***, die vor dem Krieg einigen Einfluß errang. Da in Großbritannien mit dem Kriegseintritt jedoch alle faschistischen und nationalsozialistischen Gruppen und Organisationen verboten wurden und ihre Führer in Haft kamen, schien das Problem gelöst. Als bei Kriegsende die britischen Soldaten, unter ihnen auch viele Juden, in ihre Heimat zurückkehrten, trauten sie ihren Augen nicht. Die Synagogen Londons waren mit frischen Hakenkreuzen beschmiert und durch die Straßen marschierten Schwarzhemden mit der Hand gestreckt zum faschistischen Gruß. Die Londoner Bevölkerung war erschöpft; wer nicht - heimlich oder versteckt - zustimmend nickte, wendete sich ab. Der freigelassene Mosley und andere Faschistenführer nutzten die elende Nachkriegssituation, um antisemitische Propaganda zu betreiben. Zuwenig Wohnraum für die heimkehrenden Helden? Mosleys Antwort war, die Juden hinauszuwerfen. Er konnte weiterhin damit Stimmung machen, daß ja gerade die britischen Soldaten in Palästina von kämpfenden Zionisten als Besatzungsmacht angegriffen wurden. So entstand die 43 Group aus ehemaligen jüdischen Soldaten. Sie wollten nicht tatenlos zusehen, wie sich der Faschismus, den sie besiegt glaubten, in ihrem eigenen Land erneut ausbreitete. Soweit die Vorgeschichte. Beckmann schildert dann in seinem Buch den langen und mühsamen Kampf der jüdischen Veteranen gegen die sich organisiertenden Faschisten. Aber hier liegt eventuell auch die Schwäche des Buches. Spannende Vorgeschichte, guter Schluß und immer wieder interessante Details bilden einen nur mangelhaften Rahmen für die Aufzählung von immer wieder neuen Demonstrationen, die behindert, Kundgebungen, die zerschlagen und Versammlungen, die gestürmt wurden. Mit falsch verstandener Liebe zum Detail werden hier die Ereignisse nur aneinandergereiht, die sich streitenden Kräfte werden in einer Beliebigkeit dargestellt, wie Banden von Kindern zweier verfeindeter Dörfer, die sich schon seit Ewigkeiten Kämpfte liefern. Ehemalige Faschisten, die zu Überläufern wurden, gibt es auch. Am Ende mehr als zu Beginn. Sie werden befragt, ob sie einsichtig seien und sie sind es natürlich und werden dann zu wertvollen Mitstreitern. Die Gruppe um Morris Beckmann hat Wertvolles geleistet. Nicht zuletzt wegen ihres Engagements haben sich die Faschisten im Nachkriegs-England nicht ausbreiten können. Beckmann selbst ist dafür zu danken, dieses Kapitel des antifaschistischen Kampfes dem Vergessen entrissen zu haben. Das Buch ist erschienen im Harald-Kater-Verlag Berlin (ISBN 3-927170—08-9). Für 25 DM plus 3 DM Versandkosten (Vorkasse!) zu beziehen über den Versand AMOK, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. ◆

Neuerscheinungen

Antifa Jugendinfo Bonn/Rhein-Sieg
c/o Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn
#19, 2 Mark, 32 Seiten
Im März erschien die neueste Ausgabe des AJI im Rheinland. Nach einer einjährigen Zwangspause (Brandanschlag) ist dies die zweite Nummer. Sie steht unter dem Motto „Alle werden fallen" und behandelt den Militarismus und Kriegseinsatz der Bundeswehr. Unter der „Rechtsaußen"-Rubrik wird die erste Folge einer Serie zum Thema „Geschichte des DFB" veröffentlicht. Weitere Themen: Vegane Träume, Jörg Haider, Neue Rechte und der anstehende Prozeß gegen die „Antifa M". Ansonsten wieder die lokale Chronologie und eine Dokumentation zur Liebknecht-Luxenburg-Demo in Berlin. Leider ist das Blatt - außer im Namen - kaum als wirkliche Jugendzeitung zu erkennen, da nichts jugend- oder schulspezifisches enthalten ist. Wenn man mal davon ausgeht, daß die zahlreichen Comics diesen Widerspruch nicht aufheben.

Harte Zeiten (I)
c/o AktivA, PSF 1426, 06434 Aschersleben
#6, kostenlos, 20 S.
Aus Sachsen-Anhalt kommt dieses kleine Blatt, das neben den üblichen Antifa-Themen kaum Lokales zu bieten hat (außer Terminen). Stattdessen Verganismus, Militär und Witze.

Harte Zeiten (II)
Straße der Jugend 100, 03046 Cottbus
#2, 1.Mark, 24 S.
Auch wenn das gleichnamige Blatt aus Cottbus vom Äußerlichen einheitlicher aufgemacht ist, sind lokale und regionale Berichte hoffnungslos in der Minderheit. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt bei „Militär und Zwangsdienste".

...hinter den Kulissen
Schliemannstr. 23, 10437 Berlin
#2/96, 2 Mark, 42 S.
Die „Zeitung für Subkultur, Regionales und Antifaschismus in Brandenburg und Berlin" legt auch in ihrer 6. Ausgabe den Schwerpunkt auf die Beleuchtung regionaler Vorkommnisse und Strukturen. Dabei macht die Beschäftigung mit jugendpolitischen Themen wieder einen großen Teil der Zeitung aus. Weiter Berichte über Demos, der Situation von Flüchtlingen und - auch hier - Veganismus. Die Geschichte des Rechtsextremismus in der DDR kommt im zweiten Teil.

Maulwurf
c/o Antifa Haqu, PSF 42, 06493 Ballenstedt
#8, 50 Pf., 28 S.
Die erste Ausgabe des Ostharzinfos in diesem Jahr behandelt als Schwerpunkt das Thema „Neue Rechte" sowie die Idee Anarchismus. Wie bei den meisten kleinen Zeitungen ist alles zwangsweise nur kurz angeschnitten, vor allem bei den anderen Artikeln zu Arbeitslosigkeit oder Naziaktivitäten.

Venceremos
c/o Infoladen Dresden, Eberswalder Str. 10, 01097 Dresden
Feb. 96, 2 ½ Mark, 40 S.
Viel Infos fürs Geld gibt es aus Dresden. Doch auch hier setzt sich der Trend fort: Alles schon mal woanders gelesen, und kaum das, was man von einer regionalen Zeitung erwarten würde: Nämlich den Schwerpunkt auf lokale oder regionale Themen zu setzen. Die Zeitung, die sich nicht speziell als Antifablatt versteht, dient wohl dazu, ihre Informationen an die linke Szene zu bringen, statt an eine breitere Öffentlichkeit. Dabei weist die Einleitung schon auf den Wunsch hin, Diskussionen durch die Zeitung in einem größeren öffentlichen Rahmen anzuregen. Gleichzeitig aber macht sie auch klar, daß ihr in erster Linie die Situation der radikalen Linken in Dresden am Herzen liegt. Insgesamt zwar ein guter Anfang aber mit eindeutig (noch) fehlendem Konzept.

Index der #17

Stichworte

Organisationen/ Medien

Personen

Orte